



Bundesministerium der Finanzen  
Wilhelmstraße 97

# Monatsbericht des BMF

Oktober 2016



# Monatsbericht des BMF

Oktober 2016

## Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

## Redaktioneller Hinweis

Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifisch differenzierende Formulierungen - z. B. der/die Bürger/in - verzichtet. Die in dieser Veröffentlichung verwendete männliche Form gilt im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für Frauen wie Männer gleichermaßen.

 Inhaltsverzeichnis

# Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial.....</b>	<b>4</b>
<b>Überblick zur aktuellen Lage.....</b>	<b>5</b>
Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2015 .....	6
IWF-Jahrestagung und G20-Treffen im Oktober 2016 in Washington, D.C.....	10
Treffen der Beteiligungsführungen des Bundes und der Länder .....	14
Briefmarken – Zeitenspiegel, Wohltäter, Kunstwerke.....	16
<b>Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage.....</b>	<b>26</b>
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht.....	26
Steuereinnahmen im September 2016.....	33
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich September 2016 .....	37
Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2016 .....	41
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes .....	44
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik .....	57
<b>Aktuelles aus dem BMF.....</b>	<b>60</b>
Termine, Publikationen .....	60
Stellenausschreibungen.....	62
Hinweise auf Ausschreibungen .....	65
<b>Statistiken und Dokumentationen.....</b>	<b>67</b>
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung.....	69
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte .....	101
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes.....	108
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....	122

Editorial

# Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Bundesregierung hat am 7. Oktober 2016 ihre Herbstprojektion veröffentlicht. Sie erwartet einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von preisbereinigt 1,8 % in diesem Jahr und 1,4 % im Jahr 2017. Die gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, steigende Löhne und geringerer Preisauftrieb begünstigen den Konsum der privaten Haushalte in Deutschland. Die Zahl der Erwerbstätigen wird auch im Jahr 2016 weiter ansteigen und 43,6 Millionen erreichen, während die Arbeitslosigkeit weiter sinken wird. Auch von den öffentlichen Ausgaben gehen positive Wachstumsimpulse aus. Somit bleibt der wirtschaftliche Ausblick für Deutschland günstig – trotz eines schwierigen weltwirtschaftlichen Klimas.

Die Lage der Weltwirtschaft stand ebenfalls im Zentrum der Jahrestagung von Internationalem Währungsfond und Weltbank. Vom 6. bis 8. Oktober 2016 trafen sich in Washington, D.C. die Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20 sowie der Lenkungsausschuss des IWF. Dabei fand am Rande der Tagung auch das letzte Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure unter chinesischer Präsidentschaft statt. Nach Diskussionen über weltwirtschaftliche Chancen und Risiken, die fortgesetzte Zusammenarbeit in der internationalen Steuerpolitik und in der Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung und Geldwäsche gab Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble auch einen informellen Ausblick auf die finanzpolitischen Schwerpunkte der deutschen G20-Präsidentschaft. Die deutsche



G20-Präsidentschaft beginnt offiziell am 1. Dezember 2016.

Im Rahmen der europäischen Haushaltsüberwachung hat Deutschland der Europäischen Kommission und dem Rat am 17. Oktober seine gesamtstaatliche Haushaltspolitik 2017 vorgelegt. Der Staatshaushalt zeigt sich widerstandsfähig gegenüber aktuellen Herausforderungen und wird 2016 einen Finanzierungsüberschuss von  $\frac{1}{2}\%$  des Bruttoinlandsprodukts erzielen können. Der Schuldenstand kann erstmals seit acht Jahren wieder unter die Marke von 70 % des Bruttoinlandsprodukts zurückgeführt werden. Im nächsten Schritt werden nun die Finanzministerinnen und Finanzminister des Euroraums über die Haushaltspolitik in der Eurogruppe beraten.

Dr. Thomas Steffen  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

## ► Überblick zur aktuellen Lage

# Überblick zur aktuellen Lage

## Wirtschaft

- Die Bundesregierung erwartet in ihrer Herbstprojektion vom 7. Oktober eine Fortsetzung des verhaltenen Konjunkturaufschwungs in Deutschland. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2016 preisbereinigt um 1,8 % wachsen und damit etwas schneller als in der Frühjahrsprojektion erwartet. Für die Jahre 2017 und 2018 wird mit einem Wirtschaftswachstum von 1,4 % beziehungsweise 1,6 % gerechnet.
- Der Arbeitsmarkt zeigt sich im September weiterhin robust. Die Inflation zog im September leicht an, insgesamt entwickeln sich die Preise aber weiterhin moderat.
- Die Industrieproduktion stieg nach schwachen Ergebnissen im Juli im August kräftig an. Insgesamt dürfte von der Industrie im 3. Quartal jedoch nur ein schwacher Impuls für das Wirtschaftswachstum ausgehen. Es ist ein leichtes Wachstum der Exporte im weiteren Jahresverlauf zu erwarten.

## Finanzen

- Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) sind im September erneut dynamisch um 5,0 % gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen, nachdem die Einnahmeentwicklung in den vergangenen Monaten durch Sondereffekte gedämpft war. Damit bestätigten sie den bisherigen positiven Trend. Der kumulierte Zuwachs der Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern) im Zeitraum Januar bis September 2016 liegt bei 4,2 %.
- Die Bundessteuern wiesen im aktuellen Berichtsmonat einen Rückgang von 1,6 % gegenüber September 2015 auf.
- Die Einnahmen des Bundes betrugen im laufenden Haushaltsjahr bis einschließlich September 2016 233,2 Mrd. €. Das waren um 7 Mrd. € beziehungsweise 3,1 % höhere Einnahmen als im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres. Die Ausgaben des Bundes beliefen sich im Zeitraum Januar bis September 2016 auf 231,7 Mrd. €. Das entsprechende Vorjahresniveau wurde damit leicht um 1,2 % (+ 2,8 Mrd. €) überschritten. Im Zeitraum vom Januar bis zum September 2016 betrug der Finanzierungssaldo 1,5 Mrd. €. Um diesen Betrag waren die Einnahmen höher als die Ausgaben.

## Europa

- Der aktuelle Monatsbericht enthält einen Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des ECOFIN-Rates am 10. und 11. Oktober 2016 in Luxemburg.
- Schwerpunkte der Sitzungen waren die Lage in Griechenland, die nationalen Gesundheits- und Pflegesysteme, der Kampf gegen den Mehrwertsteuerbetrug sowie Fragen der finanz- und haushaltspolitischen Überwachung.

## Analysen und Berichte

ERGEBNISSE DER STEUERLICHEN BETRIEBSPRÜFUNG 2015

# Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2015

- Auf der Grundlage von Meldungen der Länder erstellt das BMF jährlich eine Statistik über die Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung.
- In den Betriebsprüfungen der Länder waren im Jahr 2015 bundesweit 13 620 Prüfer tätig. Es wurde ein Mehrergebnis von rund 16,8 Mrd. € erzielt.
- Von den 7 920 418 Betrieben, die in der Betriebskartei der Finanzämter erfasst sind, wurden 191787 Betriebe geprüft; das entspricht einer Prüfungsquote von 2,4 %.
- Ferner wurden von 18 517 sonstigen Fällen (Steuerpflichtige mit bedeutenden Einkünften beziehungsweise Verlustzuweisungsgesellschaften und Bauherriegemeinschaften) 7 585 Fälle geprüft.

1	Die Betriebsprüfung .....	6
2	Anzahl der Betriebe und geprüften Betriebe .....	7
3	Prüfungszeitraum .....	8
4	Prüfereinsatz und Mehrergebnis der Betriebsprüfung .....	8

## 1 Die Betriebsprüfung

Die Betriebsprüfung ist ein Teil des Außenprüfungsdienstes der Steuerverwaltung. Daneben zählen auch die Lohnsteuer-Außenprüfung und die Umsatzsteuer-Sonderprüfung zu den Außenprüfungsdienssten. Die Betriebsprüfung ist ein wesentliches Instrument zur Erfüllung der den Finanzbehörden gesetzten Aufgabe, die Steuern nach Maßgabe der Gesetze festzusetzen und zu erheben. Die Außenprüfung ist eine abschließende, nachträgliche Überprüfung des Steuerfalls und bezieht sich auf bestimmte Steuerarten und bestimmte Besteuerungszeiträume.

Außenprüfungen sind bei Steuerpflichtigen zulässig, die einen gewerblichen oder land- und forstwirtschaftlichen Betrieb unterhalten, die selbständig tätig sind oder sogenannte bedeutende Einkünfte erzielen. Bei den übrigen Steuerpflichtigen sind Außenprüfungen insbesondere dann zulässig, wenn für die Besteuerung erhebliche Verhältnisse der Aufklärung bedürfen und eine Prüfung im Finanzamt nach Art und Umfang des zu prüfenden Sachverhalts nicht zweckmäßig ist.

Im folgenden Beitrag wird ausschließlich das Ergebnis der steuerlichen Betriebsprüfung dargestellt.

Das BMF erstellt jährlich auf der Grundlage von Meldungen der Länder eine Statistik über die Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung. Die Statistik umfasst ausschließlich die von den Ländern verwalteten Besitz- und Verkehrsteuern und die Gewerbesteuer. Nicht berücksichtigt werden somit die Einfuhrumsatzsteuer, die Zölle und speziellen Verbrauchsteuern sowie die Gemeindesteuern (mit Ausnahme der Gewerbesteuer). Für Zwecke der Außenprüfung werden die Steuerpflichtigen in die Größenklassen

- Großbetriebe,
- Mittelbetriebe,
- Kleinbetriebe und
- Kleinstbetriebe

eingeteilt.

## Analysen und Berichte

### ERGEBNISSE DER STEUERLICHEN BETRIEBSPRÜFUNG 2015

Dabei wird die Zuordnung zu den Größenklassen vom Umsatz und Gewinn der Steuerpflichtigen abhängig gemacht. Die im Jahr 2015 geltenden Abgrenzungsmerkmale sind aus der Tabelle 1 ersichtlich.

Die Einordnung in eine Größenklasse erfolgt stichtagbezogen alle drei Jahre. Die ab dem 1. Januar 2013 gültigen Abgrenzungsmerkmale für die Größenklassen hat das BMF mit Schreiben vom 22. Juni 2012 (BStBl 2012 I S. 689) bekannt gegeben.

## 2 Anzahl der Betriebe und geprüften Betriebe

Im Jahr 2015 waren in der Betriebskartei der Finanzämter 7 920 418 Betriebe erfasst, von denen 191 787 Betriebe geprüft wurden. Dies entspricht einer Prüfungsquote von 2,4 %. Damit wurde die Prüfungsquote vom Vorjahr konstant gehalten (siehe Tabelle 2).

**Tabelle 1: Einheitliche Abgrenzungsmerkmale für den 21. Prüfungsturnus  
1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2015**

Betriebsart <sup>1</sup>	Betriebsmerkmale in €	Großbetriebe	Mittelbetriebe	Kleinbetriebe
Handelsbetriebe	Umsatzerlöse oder steuerlicher Gewinn über	7 300 000 280 000	900 000 56 000	170 000 36 000
Fertigungsbetriebe	Umsatzerlöse oder steuerlicher Gewinn über	4 300 000 250 000	510 000 56 000	170 000 36 000
Freie Berufe	Umsatzerlöse oder steuerlicher Gewinn über	4 700 000 580 000	830 000 130 000	170 000 36 000
Andere Leistungsbetriebe	Umsatzerlöse oder steuerlicher Gewinn über	5 600 000 330 000	760 000 63 000	170 000 36 000
Kreditinstitute	Aktivvermögen oder steuerlicher Gewinn über	140 000 000 560 000	35 000 000 190 000	11 000 000 46 000
Versicherungsunternehmen	Jahresprämieneinnahmen			
Pensionskassen	über	30 000 000	5 000 000	1 800 000
Unterstützungskassen				alle
Land- und forstwirtschaftliche Betriebe	Wirtschaftswert der selbst-bewirtschafteten Fläche oder steuerlicher Gewinn über	230 000 125 000	105 000 65 000	47 000 36 000
Sonstige Fallart (soweit nicht unter den Betriebsarten erfasst)	Erfassungsmerkmale	Erfassung in der Betriebskartei als Großbetrieb		
Verlustzuweisungsgesellschaften und Bauherengemeinschaften	Personenzusammenschlüsse und Gesamtobjekte im Sinne der Nummern 1.2 und 1.3 des BMF-Schreibens vom 13. Juli 1992, IV A 5 - S 0361-19/92 (BStBl I S. 404)			alle
Bedeutende steuerbegünstigte Körperschaften und Berufsverbände	Summe der Einnahmen		über 6 000 000	
Fälle mit bedeutenden Einkünften	Summe der positiven Einkünfte gem. § 2 Absatz 1 Nummern 4-7 EStG (keine Salidierung mit negativen Einkünften)			über 500 000

<sup>1</sup> Mittel-, Klein- und Kleinstbetriebe, die zugleich die Voraussetzungen für die Behandlung als sonstige Fallart erfüllen, sind nur dort zu erfassen.

Quelle: Anlage zum BMF-Schreiben vom 22. Juni 2012 – IV A 4 - S 1450/09/10001-.

## Analysen und Berichte

### ERGEBNISSE DER STEUERLICHEN BETRIEBSPRÜFUNG 2015

**Tabelle 2: Anzahl der Betriebe nach Größenklassen im Berichtszeitraum  
1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2015**

Größenklasse	gesamt	darunter geprüft	
	Anzahl	Anzahl	Anteil
Großbetriebe	196 402	41 886	21,3 %
Mittelbetriebe	820 778	52 159	6,4 %
Kleinbetriebe	1 214 853	39 126	3,2 %
Kleinstbetriebe	5 688 385	58 616	1,0 %
<b>Summe</b>	<b>7 920 418</b>	<b>191 787</b>	<b>2,4 %</b>

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## 3 Prüfungszeitraum

Bei Großbetrieben soll der jeweilige Prüfungszeitraum an den vorhergehenden Prüfungszeitraum anschließen, um eine durchgehende Prüfung sämtlicher Veranlagungszeiträume zu erreichen. Für die übrigen Betriebe ist vorgesehen, dass ein Prüfungszeitraum in der Regel nicht mehr als drei zusammenhängende Besteuerungszeiträume umfasst.

Um eine effektive Betriebsprüfung zu erreichen, werden die zu prüfenden Betriebe unter Risikogesichtspunkten ausgewählt. Das heißt, Großbetriebe werden grundsätzlich lückenlos geprüft, andere Betriebe werden unter Risikogesichtspunkten gezielt geprüft. In Großbetrieben, bei denen im Jahr 2015 eine Außenprüfung abgeschlossen wurde, umfasste der Prüfungszeitraum durchschnittlich 3,3 Veranlagungsjahre, während er sich in allen anderen Betrieben auf 3,0 Veranlagungsjahre belief.

## 4 Prüfereinsatz und Mehrergebnis der Betriebsprüfung

In den Betriebsprüfungen der Länder waren im Jahr 2015 bundesweit 13 620 Prüfer tätig. Es wurde ein Mehrergebnis von rund 16,8 Mrd. € erzielt. 12,8 Mrd. € Mehrergebnis

entfielen auf die Prüfung von Großbetrieben. Die Prüfung der Kleinstbetriebe erbrachte ein Mehrergebnis von 1,0 Mrd. € (siehe Abbildung 1).

Den größten Anteil am Mehrergebnis für das Jahr 2015 insgesamt hat die Körperschaftsteuer (24,8 % beziehungsweise 3 800 352 397 €), gefolgt von der Gewerbesteuer (23,8 % beziehungsweise 3 753 618 135 €). Daneben haben aber auch die Einkommensteuer mit 15,1 % (2 388 372 264 €) und die Umsatzsteuer mit 12,7 % (2 004 855 306 €) einen wesentlichen Anteil am Mehrergebnis (siehe Abbildung 2).

Der Betrag von 947 842 467 € (6,0 %) aus der Prüfung von Bauherriegemeinschaften, Verlustzuweisungsgesellschaften und sonstigen Steuerpflichtigen entspricht den Mehrergebnissen der Vorjahre.

Das Mehrergebnis im Bereich der Zinsen nach § 233a AO beträgt 2 885 124 150 € (18,3 %) und entspricht damit den Mehrergebnissen der Vorjahre.

Diese Verzinsung (Vollverzinsung) schafft einen Ausgleich dafür, dass die Steuern trotz des gleichen gesetzlichen Entstehungszeitpunkts zu unterschiedlichen Zeitpunkten festgesetzt und erhoben werden. Insbesondere bei Steuerpflichtigen, die einer Außenprüfung unterliegen, besteht zwischen dem Entstehungszeitpunkt der Steuer und der Fälligkeit der abschließenden Zahlung nach einer

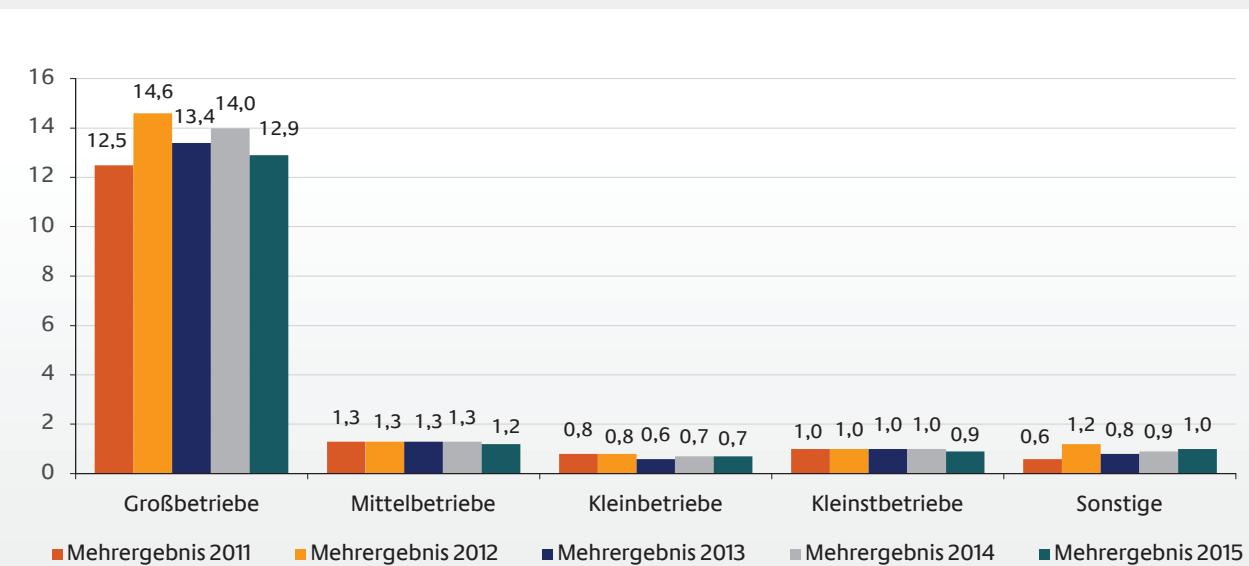
## Analysen und Berichte

### ERGEBNISSE DER STEUERLICHEN BETRIEBSPRÜFUNG 2015

Außenprüfung ein erheblicher Zeitraum. Der Zinslauf beginnt 15 Monate nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Steuer entstanden

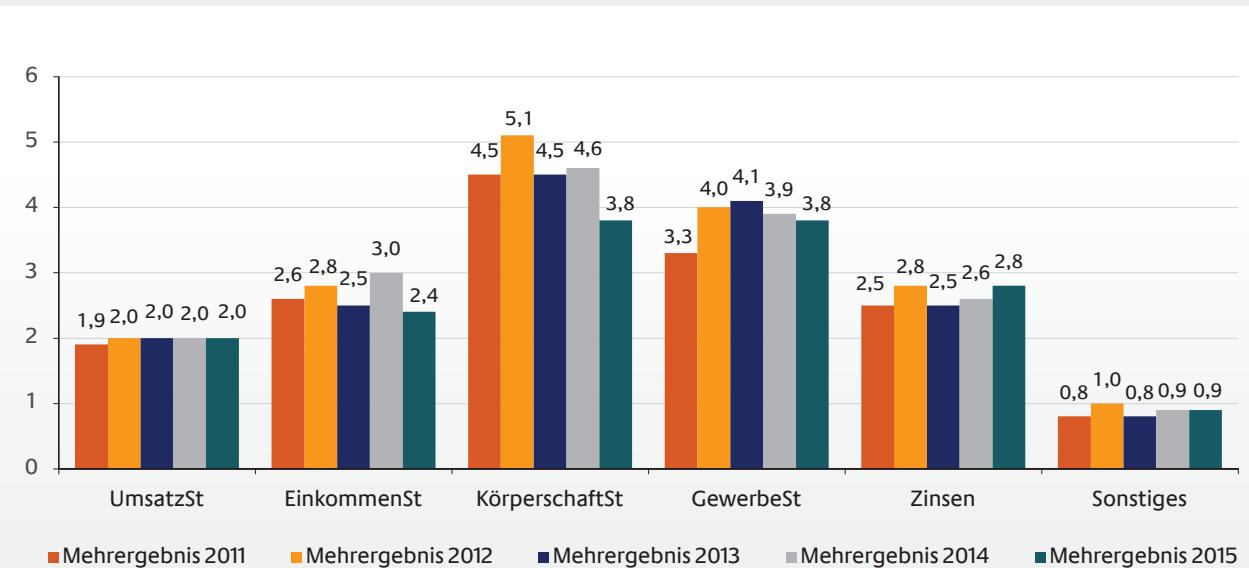
ist, und endet mit Ablauf des Tages, an dem die Steuerfestsetzung wirksam wird.

**Abbildung 1:** Mehrergebnis nach Größenklassen im Fünfjahresvergleich in Mrd. €



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**Abbildung 2:** Mehrergebnis nach Steuerarten im Fünfjahresvergleich in Mrd. €



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Analysen und Berichte

IWF-JAHRESTAGUNG UND G20-TREFFEN IM OKTOBER 2016 IN WASHINGTON, D.C.

# IWF-Jahrestagung und G20-Treffen im Oktober 2016 in Washington, D.C.

- Vom 6. bis 8. Oktober 2016 trafen sich anlässlich der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Washington, D.C. die Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20 sowie der Lenkungsausschuss des IWF.
- Schwerpunkte der Diskussionen waren der Austausch über die Lage der Weltwirtschaft und die richtigen wirtschaftspolitischen Antworten auf die gegenwärtigen Herausforderungen.
- Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble hat seinen Kollegen erstmals die Agenda der deutschen G20-Präsidentschaft im Jahr 2017 vorgestellt. Zum 1. Dezember dieses Jahres wird Deutschland die G20-Präsidentschaft von China übernehmen.

1	Einleitung .....	10
2	Treffen der G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure am 6. Oktober 2016.....	10
3	IWF-Jahrestagung mit Sitzung des IWF-Lenkungsausschusses am 7. und 8. Oktober 2016.....	12
4	Ausblick auf die nächsten Treffen .....	13

## 1 Einleitung

Am Rande der Jahrestagung des IWF und der Weltbank trafen sich die G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure sowie der Lenkungsausschuss des IWF. Neben den

üblichen inhaltlichen Schwerpunkten, nämlich dem Austausch zur Lage der Weltwirtschaft und der internationalen Finanzarchitektur, wurde bei dem Treffen im Kontext der „Panama Papers“ und der „Bahamas Papers“ intensiv über die bereits laufenden Arbeiten zur Verbesserung der Transparenz im Steuerbereich gesprochen. Dies bezog sich insbesondere auf die Bereitstellung von Daten und den internationalen Austausch zum sogenannten „Wirtschaftlich Berechtigten“ (beneficial owner). Diese Daten sind auch bei der Bekämpfung von Geldwäsche von Relevanz.

Logo des IWF



## 2 Treffen der G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure am 6. Oktober 2016

Am Rande der Frühjahrstagung in Washington trafen sich auf Einladung der chinesischen Präsidentschaft wie üblich auch die G20-

## Analysen und Berichte

IWF-JAHRESTAGUNG UND G20-TREFFEN IM OKTOBER 2016 IN WASHINGTON, D.C.

### Mitglieder der G20



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Finanzminister und -Notenbankgouverneure, diesmal im Rahmen eines Abendessens.

Den Auftakt bildete die Diskussion über die Lage der Weltwirtschaft. Zwischen den G20-Finanzministern und -Notenbankgouverneuren bestand weitgehend Einigkeit, dass die Wachstumsdynamik gedämpft bleiben werde und nach wie vor Abwärtsrisiken bestehen. Die G20 seien aber in der Lage, geeignete Maßnahmen zur Wachstumsstützung zu ergreifen, falls dies erforderlich werde. Der Intensivierung von Strukturreformen zur Wachstumsförderung und Vertrauensbildung sowie der Stärkung wachstumsfördernder Investitionen komme hier eine besondere Bedeutung zu. Die Fiskalpolitik müsse daneben eine nachhaltige Entwicklung der jeweiligen Schuldenstände sicherstellen.

Ein wichtiges Thema war erneut die Diskussion über die Schaffung von mehr Steuertransparenz. Schwerpunkt der Diskussion war bei diesem Treffen die Bereitstellung und der inter-

nationale Austausch von Informationen zum „Wirtschaftlich Berechtigen“. Als Reaktion auf die „Panama Papers“ hatten sich die G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure bei ihrem letzten Treffen in Washington im April auf konkrete Maßnahmen zur Intensivierung des Kampfes gegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche verständigt, wobei für letzteres die Financial Action Task Force (FATF) zuständig ist. Nachdem die FATF und das „Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes“ die hierzu von der G20 angeforderten Berichte zur verbesserten Umsetzung von internationalen Transparenzstandards zum aktuellen Treffen vorgelegt hatten, beauftragten die Finanzminister und Notenbankgouverneure die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die FATF nun damit, unter deutscher Präsidentschaft vertiefende Berichte zu möglichen weiteren Schritten vorzulegen. Hierbei soll die OECD insbesondere prüfen, ob die Regelungen

## Analysen und Berichte

IWF-JAHRESTAGUNG UND G20-TREFFEN IM OKTOBER 2016 IN WASHINGTON, D.C.

der FATF zu „Wirtschaftlich Berechtigten“ auch für steuerliche Zwecke ausreichend sind.

Darüber hinaus wurde auch über sogenannte „Gastarbeiterüberweisungen“ (remittances) gesprochen. Hier gilt es eine sinnvolle Balance zu finden zwischen der Notwendigkeit der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung einerseits und der Ermöglichung kostengünstiger Überweisungen in die Empfängerländer andererseits, bei denen diese Überweisungen um ein Vielfaches umfangreicher sind als die offizielle Entwicklungshilfe. Um diesem „Spagat“ gerecht zu werden, verständigten sich die G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure darauf, die FATF zu beauftragen, hierzu eine Problemanalyse und Empfehlungen von Maßnahmen zur besseren Umsetzung der Geldwäschestandards bei „Gastarbeiterüberweisungen“ zu erarbeiten. Außerdem wird sich eine Arbeitsgruppe beim Financial Stability Board (FSB) mit Spezialfragen zu diesem Thema beschäftigen.

Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble stellte auch die thematischen Schwerpunkte der deutschen G20-Präsidentschaft 2017 im sogenannten „Finance Track“ (daneben gibt es bei den Staats- und Regierungschefs noch den „Sherpa Track“) im kommenden Jahr vor. Deutschland knüpft dabei an die chinesische G20-Agenda an. In einer gemeinsamen deutsch-chinesischen Pressekonferenz betonten Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und sein chinesischer Kollege Lou Jiwei die gute und vertrauliche Zusammenarbeit zwischen China und Deutschland im Rahmen der G20. Durch präsidentschaftsübergreifende Programme sind größere Kontinuität und bessere Fortschritte bei den G20-Finanzthemen möglich.

Die Schwerpunkte der deutschen Präsidentschaft sollen die Themen „Widerstandsfähigkeit stärken“ (enhancing resilience), „Digitalisierung gestalten“ (shaping digitalisation) und „Investitionspartnerschaften, insbesondere mit Afrika“ (Compact with Africa) bilden. Ein weiteres Arbeitsfeld bleibt die Inter-

nationale Finanzarchitektur, insbesondere der Umgang mit volatilen Kapitalströmen.

Genauso wichtig ist aus deutscher Sicht die Fortführung der Arbeiten auf der internationalen Steueragenda. Neben „Steuertransparenz“ und damit einhergehend den Fragen zum „Wirtschaftlich Berechtigten“ wird auch der Bereich „Steuersicherheit“ (tax certainty) eine wichtige Rolle spielen.

Die Vorausschau auf die Arbeitsfelder im Jahr 2017 wurde von den G20-Partnern sehr positiv aufgenommen.

### 3 IWF-Jahrestagung mit Sitzung des IWF-Lenkungsausschusses am 7. und 8. Oktober 2016

Das Treffen des IWF-Lenkungsausschusses begann mit einer Diskussion zur Lage der Weltwirtschaft. Diese verlief weitgehend analog zu der Diskussion im G20-Rahmen. Als Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung kristallisierten sich laut IWF zunehmend politische Risiken heraus. Hier seien insbesondere wachsender Protektionismus und nach innen gerichtete Politiken, aber auch endemische Korruption, Terrorismus und die Zunahme von Flüchtlingsströmen zu nennen.

Als roter Faden zog sich durch alle Diskussionen die Feststellung, dass immer mehr Menschen die Globalisierung und den technischen Fortschritt weniger als Chance, sondern vielmehr als Bedrohung wahrnehmen. Hier bestand Einigkeit, dass die Vorteile der Globalisierung und des freien Welthandels nicht nur besser erklärt werden müssten, sondern durch nachhaltiges Wachstum auch erreicht werden müsse, dass alle Menschen von der zunehmenden Integration der Weltwirtschaft profitierten.

Die Umsetzung der schon 2010 beschlossenen Quotenreform zu Jahresbeginn 2016 hat

## Analysen und Berichte

IWF-JAHRESTAGUNG UND G20-TREFFEN IM OKTOBER 2016 IN WASHINGTON, D.C.

zu einer Verdopplung der regulären Eigenmittel des IWF geführt. Nun steht die 15. Quotenüberprüfung auf der Agenda; die auf Bitten des IWF erfolgte Verschiebung des Abschlusses der Überprüfung in das Jahr 2019 soll sicherstellen, dass auch tatsächlich substantielle Ergebnisse erzielt werden können, um den IWF mit den seinen Aufgaben entsprechenden Eigenmitteln auszustatten und um die sich verschiebenden Gewichte in der Weltwirtschaft auch in der Eigentümerstruktur des IWF abilden zu können.

Um ausreichende finanzielle Kapazitäten des IWF sicherzustellen, wurden während der europäischen Schuldenkrise 2012 bilaterale Kreditlinien mit verschiedenen Mitgliedsstaaten vereinbart, die als „weitere Verteidigungslinie“ nach den Quotenmitteln und den Mitteln der sogenannten Neuen Kreditvereinbarung dienten. Diese Kreditlinien laufen ab Herbst 2016 sukzessive aus. Der IWF hat seine Mitgliedsländer um eine Erneuerung gebeten. In den vergangenen Monaten konnte bei diesen neuen bilateralen Kreditlinien eine Einigung über ein verbessertes Rahmenwerk mit einer Stärkung der Position der Gläubiger erzielt werden; die Deutsche Bundesbank wird sich hieran erneut beteiligen. Das BMF begrüßt und unterstützt dieses Vorhaben. Somit verfügt der IWF auch weiterhin über ausreichende finanzielle Ressourcen.

Mit beiden Schritten, der Bereitschaft zur Inangriffnahme einer substantiellen Quotenüberprüfung und der überproportionalen Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Ressourcen, unterstützt Deutschland, in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit seinen europäischen Partnern, auch weiterhin verlässlich den IWF.

Das globale finanzielle Sicherheitsnetz (GFSN), mit dem IWF als seiner wichtigsten Stütze, hat sich in der Vergangenheit bewährt, sogar ohne finanziell voll in Anspruch genommen worden zu sein. Seit der letzten Finanzkrise ist es, über die Verbesserung der Ausstattung des IWF hinaus, nochmals deutlich ausgebaut

und verstärkt worden. Der IWF soll bei der Koordinierung der bestehenden Elemente des GFSN weiterhin eine zentrale Rolle einnehmen und eine weitere Verbesserung der Koordinierung der einzelnen Elemente unterstützen, zu denen auch regionale Sicherheitsmechanismen wie der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) gehören. Die Aufgabe der Mitgliedsländer besteht darin, die eigene Widerstandsfähigkeit durch nationale Politik- und Anpassungsmaßnahmen kontinuierlich zu verbessern, um für eventuelle Krisen in der Zukunft gut gerüstet zu sein. In diesem Zusammenhang kommt einer nachhaltigen Fiskalpolitik eine besondere Bedeutung zu, um in möglichen Krisen flexibel reagieren zu können. Um die Widerstandsfähigkeit gegen externe Schocks zu stärken, bedarf es effizienzsteigernder Strukturreformen, welche die mittel- bis langfristigen Wachstumsperspektiven verbessern. Transparente Beschlussfassung und eine klare Kommunikation bezüglich der Notwendigkeit von Anpassungsmaßnahmen bilden die Basis für Vertrauen in langfristige Stabilität, was eine wichtige Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum darstellt.

Zeitgleich zu den Veranstaltungen beim IWF tagten die Gremien der Weltbank. Präsident Jim Yong Kim verwies auf die Rolle der Weltbank bei der Bereitstellung globaler öffentlicher Güter, um die anstehenden Herausforderungen zu meistern. Dabei standen auch die strategische und institutionelle Weiterentwicklung der Weltbank und die anstehende Anpassung der Stimmrechte im Fokus.

## 4 Ausblick auf die nächsten Treffen

Das nächste Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure wird unter deutscher Präsidentschaft am 17. und 18. März 2017 in Baden-Baden stattfinden. Die nächste Frühjahrstagung von IWF und Weltbank findet vom 20. bis 22. April 2017 in Washington, D.C. statt.

## Analysen und Berichte

TREFFEN DER BETEILIGUNGSFÜHRUNGEN DES BUNDES UND DER LÄNDER

# Treffen der Beteiligungsführungen des Bundes und der Länder

- Ziel des Treffens ist es, den Austausch zwischen Beteiligungsverwaltungen des Bundes und der Länder zu fördern und zu intensivieren.
- Die Themenschwerpunkte haben sich in den zurückliegenden 38 Jahren gewandelt. Im Fokus stand in diesem Jahr das Thema „Nachhaltigkeit“.

Am 15. und 16. September 2016 fand in Berlin das 29. Treffen der Beteiligungsführungen des Bundes und der Länder unter Leitung des BMF statt. Unter Beteiligungsführung wird die Verwaltung und Betreuung der unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an Unternehmen verstanden, die der Bund beziehungsweise das Land an diesen Unternehmen hält. Auf Bundesebene erfolgt die Beteiligungsführung dezentral. Bei den Ländern finden sich sowohl zentrale als auch dezentrale Formen der Beteiligungsführung. Das Treffen blickt auf eine lange Tradition zurück: Das erste Treffen fand im Jahr 1978 statt. Bereits bei der zweiten Zusammenkunft 1979 wurde beschlossen, den Austausch zu institutionalisieren und regelmäßig einmal im Jahr zusammenzukommen, um sich über das jeweilige Beteiligungsmanagement auszutauschen und bei aktuellen Fragestellungen gemeinsame Lösungsansätze zu diskutieren. Ständiger Teilnehmer und Berater ist seither der Bundesrechnungshof.

Ziel des Treffens ist es, den Austausch zwischen Beteiligungsverwaltungen des Bundes und der Länder zu fördern und zu intensivieren. Die wiederum hohe Zahl von Teilnehmern belegt das fortwährende Interesse an diesem Veranstaltungsformat. Es spiegelt sich auch in der aktiven Mitwirkung bei der Gestaltung der Tagesordnung beziehungsweise in den Beiträgen aus den Beteiligungsverwaltungen aus Bund und Ländern wider.

Mögen auch die mit den jeweiligen Unternehmensbeteiligungen von Bund und

Ländern verfolgten Zwecke differieren, so eint die Beteiligungsführungen doch das gemeinsame Anliegen einer guten und verantwortungsvollen Unternehmens- und Beteiligungsführung. Hierzu haben neben dem Bund mit dem sogenannten PCGK (Public Corporate Governance Kodex), den Hinweisen für gute Unternehmensführung und den Berufungsrichtlinien, auch mehrere Länder entsprechende Rahmenwerke für die wirtschaftliche Betätigung bei den Unternehmen geschaffen, für die sie aufgrund ihrer Beteiligungen in der Verantwortung stehen.

Die Themenschwerpunkte haben sich in den zurückliegenden 38 Jahren gewandelt. Stand im vergangenen Jahr noch das Thema „Frauen in Führungspositionen“ im Vordergrund, so bildete dieses Mal das Thema „Nachhaltigkeit“ mit einer Präsentation über aktuelle Entwicklungen des Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) auf nationaler und internationaler Ebene einen Schwerpunkt. Durch die Richtlinie 2014/95/EU über die nichtfinanzielle Berichterstattung (sogenannte CSR-Richtlinie) und deren bis Anfang Dezember 2016 anstehende Umsetzung in nationales Recht stellt sich für viele der betroffenen Unternehmen die Frage, in welcher Form sie über Umwelt-, Arbeitnehmer- und soziale Belange, Menschenrechte, Diversität und Anti-Korruptionsmaßnahmen berichten sollen. Eine Vertreterin des Rates für nachhaltige Entwicklungen (RNE) legte dar, es bestehe mit dem DNK ein einfaches, flexibles und gut zu handhabendes Instrumentarium, um der CSR-Berichtspflicht

## Analysen und Berichte

### TREFFEN DER BETEILIGUNGSFÜHRUNGEN DES BUNDES UND DER LÄNDER

zu entsprechen. Zunehmend finde der DNK auch im europäischen Kontext Beachtung (z. B. Griechischer Nachhaltigkeitskodex).

Aus dem Bereich der Wissenschaft stellte Prof. Dr. Ulf Papenfuß von der Zeppelin Universität Friedrichshafen seine Studie zur Top-Managementvergütung öffentlicher Unternehmen 2016 vor und betonte die Wichtigkeit eines verlässlichen Orientierungsrahmens bei Vergütungsentscheidungen. Mit der Partnerschaft Deutschland – Berater der öffentlichen Hand GmbH wurde ein neues zukunftsweisendes Beratungskonzept für die öffentliche Hand vorgestellt. Ein fester Programmpunkt war auch in diesem Jahr die Information über Neuerungen des Abschlussprüferrechts durch zwei Vertreter des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW). Weitere intensiv diskutierte Themen waren der Umfang des parlamentarischen Fragerechts bei Staatsunternehmen, die parallele Steuerung öffentlicher Wissenschaftseinrichtungen durch Zuwendungsfinanzierung und Beteiligungsführung sowie der Sachstand zur Aktualisierung des PCGK und die Überlegungen der Regierungskommission zur Anpassung des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK).

Mit großer Erwartung blicken die Teilnehmer auf das im nächsten Jahr anstehende 30. Treffen der Beteiligungsführungen des Bundes und der Länder. Die Planungen für die Jubiläumsveranstaltung im Jahr 2017 haben bereits begonnen.

## Analysen und Berichte

BRIEFMARKEN – ZEITENSPiegel, WOHLTÄTER, KUNSTWERKE

# Briefmarken – Zeitenspiegel, Wohltäter, Kunstwerke

- Das BMF ist seit 1998 Herausgeber der Postwertzeichen mit dem Aufdruck „Deutschland“.
- Jährlich werden rund 50 neue Motive herausgegeben.
- Ihre hohe Auflage sichert eine beachtliche Breitenwirkung - auch außerhalb Deutschlands.
- Sogenannte Plusmarken erzielen zusätzliche Erlöse in Millionenhöhe für gemeinnützige Projekte.
- Briefmarken sind ein Kulturgut mit langer Tradition.

1	Geschichte der Briefmarke.....	16
2	Zuständigkeiten und Marken .....	17
2.1	Zuständigkeit.....	17
2.2	Briefmarken allgemein und Programm .....	17
3	Entstehung von Briefmarken.....	18
4	Zweck der Marken.....	20
5	Rechtliches .....	22
5.1	Zivilrecht.....	22
5.2	Urheberrecht .....	22
6	Technisches .....	22
7	Philatelie .....	23

## 1 Geschichte der Briefmarke

Seit Beginn der Menschheit gibt es den Austausch mündlicher Botschaften über weite Entfernung. Um die mündlichen Nachrichten nicht zu vergessen, nahmen die Boten Knotenschnüre oder Kerbhölzer mit. Aus der Erfindung der Schrift vor rund 5000 Jahren entwickelte sich der postalische Austausch. Kaiser Augustus schuf um Christi Geburt eine Postorganisation, die das gesamte damalige Römische Reich mit seinem 80 000 km langen Straßennetz umfasste. Entlang der Verkehrswege zwischen den römischen Provinzen gab es Stationen, sogenannte mansio posita, lateinisch für festgelegter Aufenthaltsort, Raststelle, wovon sich das italienische Wort „posta“ und das deutsche „Post“ ableiten. Diese frühe Form der Post diente – anders als heute – im Wesentlichen der amtlichen und militärischen Kommunikation. In Deutschland beauftragte im 15. Jahrhundert

Kaiser Maximilian I. die Familie Taxis, ein systematisches Reichspostnetz einzurichten und zu unterhalten, in dem bald als zusätzliche Einnahmequelle auch private Post befördert wurde. Dabei wurden üblicherweise die Transportgebühren erst beim Empfänger der Sendung eingefordert.

Die Briefmarke wurde erstmals 1840 in England eingeführt. Die erste war die sogenannte One Penny Black mit einem Portrait der jungen Queen Victoria, zu deren Gestaltung ein öffentlicher Wettbewerb ausgeschrieben worden war. Im Zuge der dortigen Postreform hatte die britische Regierung festgelegt, dass nun Postwertzeichen als Beleg für ein bereits vom Absender bezahltes Porto auf die Post aufzukleben waren. Neben der „Prepaid-Funktion“ konnten so unabhängig von der Entfernung standardisierte Einheitsgebühren festgelegt werden, was den Postbetrieb erheblich vereinfachte und den Massenverkehr förderte. Die

## Analysen und Berichte

BRIEFMARKEN – ZEITENSPiegel, WOHLTÄTER, KUNSTWERKE

erste deutsche Briefmarke war der Schwarze Einser, der 1849 vom Königreich Bayern durch Gesetz geschaffen wurde. Mit der Gründung des Weltpostvereins auf Initiative des deutschen Generalpostmeisters Heinrich von Stephan, der Errichtung des Briefkastensammelsystems und durch den Ausbau der Eisenbahn wurde der Brief zum wichtigsten Kommunikationsmittel. So erreichte die Verbreitung der Briefmarke um 1900 ihren Höhepunkt. Die Auflagenhöhen von Briefmarken gingen zu dieser Zeit bis in den Milliardenbereich.



„175 Jahre Briefmarken“ (2015); Gestaltung Postwertzeichen: Prof. Johannes Graf, Dortmund; Bildvorlage mit freundlicher Genehmigung des Archivs für Philatelie, Museumsstiftung Post und Telekommunikation, Bonn.

Postwertzeichen durch einen Lizenznehmer vervielfältigt und vertrieben.

Im europaweiten wettbewerblichen Auswahlverfahren um die exklusive Erlaubnis hat sich die Deutsche Post AG als erfolgreiche Bieterin durchgesetzt. Sie war, als mit der Postreform 1995 das Briefbeförderungsmonopol und das ursprünglich hieran gekoppelte Monopol für die Verwendung der Postwertzeichen wegfielen, aus der Deutschen Bundespost mit der Aufgabe der Übermittlung von Brief- und Frachtpostsendungen („Gelbe Post“) entstanden. In dem mit dem BMF abgeschlossenen Lizenzvertrag werden die sich aus der Dienstleistungskonzession ergebenden Rechte und Pflichten der Deutschen Post AG konkretisiert: Staatlich herausgegebene Postwertzeichen werden in hinreichender Auflage hergestellt, bundesweit flächen-deckend in kundenfreundlicher Art und Weise angeboten, zur Abgeltung von Postdienstleistungen benutzt und für den Privat- und Geschäftskundenbereich sowie im Bereich der Philatelie vermarktet. Weitere Pflichten sind z. B. die kundenfreundliche verkaufsfördernde optische Präsenz der Sondermarken in den Filialen, die Mitwirkung an der Bewahrung der Postwertzeichen als Kulturgut oder die Pflege des Philateliemarkts.

## 2 Zuständigkeiten und Marken

### 2.1 Zuständigkeit

Das BMF ist gemäß § 43 Absatz 1 des Postgesetzes Herausgeber der Postwertzeichen mit dem Aufdruck „Deutschland“. Es hat das Recht zur Ausgabe und Ungültigerklärung von Postwertzeichen. Diese hoheitliche Aufgabe im Sinne des Art. 87f Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz hatte es zum 1. Januar 1998 im Zuge der Postreformen vom nunmehr aufgelösten Bundesministerium für Post und Telekommunikation übernommen. Da Postdienstleistungen gemäß dem Grundgesetz ausschließlich durch private Unternehmen erbracht werden dürfen, werden

### 2.2 Briefmarken allgemein und Programm

Sondermarken sind motivisch besonders gestaltete Briefmarken aus bestimmtem Anlass mit dem Aufdruck „Deutschland“. Von ihnen werden jährlich rund 50 neue Motive herausgegeben. Von den Sondermarken erscheint eine bestimmte Anzahl als sogenannte Plusmarken, früher Zuschlagsmarken genannt, deren zum Frankaturwert zusätzlicher Erlös unmittelbar den Projekten gemeinnütziger Organisationen zufließt (dazu unter Punkt 4 mehr). In der Regel ist auch ein Markenplatz für eine Gemeinschaftsmarke mit einem anderen Staat vorgesehen. Zusätzlich zum regulären Programm können noch Ad-hoc-Marken aus aktuellem Anlass herausgegeben werden.

## Analysen und Berichte

BRIEFMARKEN – ZEITENSPiegel, WOHLTÄTER, KUNSTWERKE



„Deutschland Fußball-Weltmeister 2014“;  
Grafische Gestaltung: Lutz Menze,  
Wuppertal, Fotovorlage: © Getty Images,  
Clive Mason

Bestimmte Themen sind so ergiebig, dass daraus regel- oder unregelmäßige Serien entstanden sind, z. B. Leuchttürme, Grimms Märchen, Deutschlands schönste Panoramen und Kirchenmarken. Rund 20 Programmplätzen legt die Deutsche Post AG selbst fest, das BMF hat insoweit nur ein Vetorecht. Aufgrund ihrer Funktion für den Postverkehr hat die Deutsche Post AG aber bei den anderen Marken wesentliche Mitspracherechte, z. B. bei den Wertstufen.

Die Deutsche Post hat daneben inzwischen eine Reihe von technischen Alternativen zur Freimachung entwickelt, die der betriebswirtschaftlichen Rationalisierung insbesondere bei Großkunden Rechnung tragen: Automatenmarken, Freistempelmaschinen, Handyposto, Internetmarke, E-Postbrief usw., bei denen es sich aber nicht mehr um Postwertzeichen im eigentlichen Sinn handelt. Nach Schätzungen der Deutschen Post AG tragen heute noch rund 24 % aller von ihr beförderten Sendungen ein Postwertzeichen. Der rückläufige Stellenwert von Briefmarken wird daneben u. a. durch die elektronischen Möglichkeiten der Informationsübermittlung via Mobiltelefon und Internet befördert.

### 3 Entstehung von Briefmarken

Die Ausgabe der Briefmarken im Sinne des Postgesetzes umfasst alle Entscheidungen und

Handlungen, die für das Inverkehrbringen des Postwertzeichens notwendig sind. Ein langjährig bewährtes Verfahren gewährleistet die im In- und Ausland anerkannte hohe Qualität der deutschen Briefmarken.

Es beginnt mit der Entscheidung über die Themen der rund 50 Sondermarken des übernächsten Jahres. Jedermann kann dazu Vorschläge machen. Das BMF als Herausgeber erhält jährlich hunderte Zusendungen, von denen etwa 50 die Chance haben, verwirklicht zu werden. Das letzte Wort bei der Themenauswahl hat der Bundesfinanzminister. Dabei wird er vom Programmbeirat unterstützt. Dieser besteht aus insgesamt 14 Mitgliedern, die sich aus Vertretern des BMF, der Deutschen Post AG, Bundestagsabgeordneten, der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, des Deutschen Presserats, des Bundes Deutscher Philatelisten und des Bundesverbands des Deutschen Briefmarkenhandels zusammensetzen. Der Programmbeirat tagt einmal jährlich – im Regelfall im Herbst –, prüft die vorliegenden Anregungen und erarbeitet eine konkrete Empfehlung für den Bundesfinanzminister für das Programm des übernächsten Jahres (aktuell also für das Jahr 2018).

Der interessantere, manchmal auch schwierigere Teil ist sicherlich die Umsetzung der Themen auf das Format der Briefmarke. Hierbei wird das BMF von den 13 Mitgliedern des sogenannten Kunstbeirats unterstützt: Vertreter des BMF, der Deutschen Post AG, Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Professoren aus dem Grafikbereich, Vertreter des Bundes Deutscher Philatelisten und des Bundesverbands des Deutschen Briefmarkenhandels gewährleisten die Pluralität der Geschmacksrichtungen. Für die Ausschreibungen der Wettbewerbe zur Gestaltung greift das BMF derzeit auf einen Stamm von rund 100 Grafikern zurück. Diese werden aus vielen Bewerbern – in der Regel ausgebildete Experten aus dem Bereich Grafik- und Kommunikationsdesign – vom Kunstbeirat u. a. nach ihrer Fähigkeit ausgewählt, im nur wenigen Quadratzentimeter großen Format

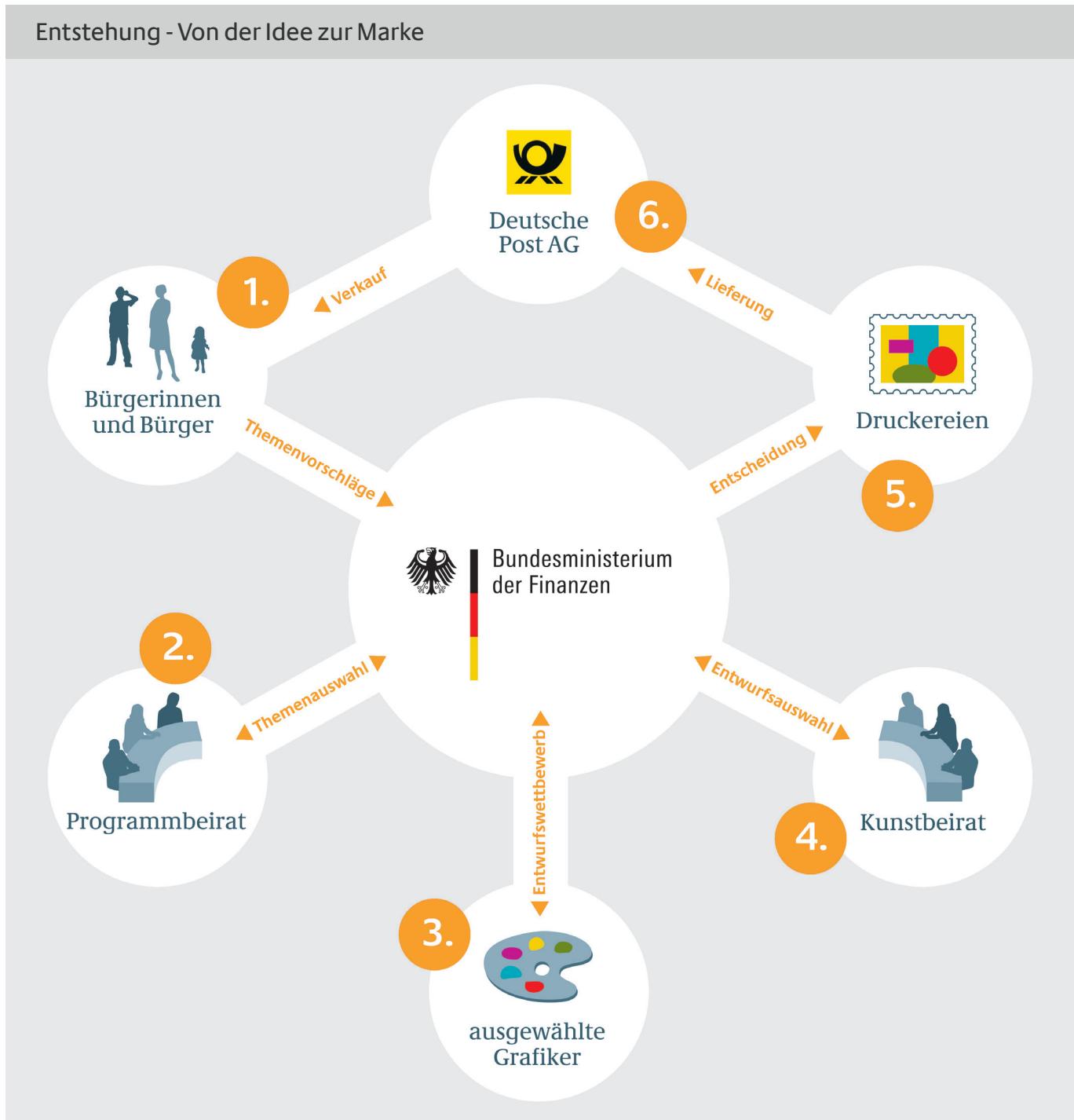
## Analysen und Berichte

### BRIEFMARKEN – ZEITENSPiegel, WOHLTÄTER, KUNSTWERKE

zu arbeiten. Jeweils sieben bis acht von ihnen werden gebeten, für eine neue Marke bis zu drei Entwürfe abzugeben. Der Kunstbeirat beurteilt die grafische Qualität der Entwürfe und bereitet ein Votum vor, auf dessen Grundlage der Bundesfinanzminister sich schließlich für den besten entscheidet.

Die Herstellung der Briefmarken erledigen ausgewählte Druckereien im Auftrag der Deutschen Post AG. Insgesamt werden rund 2,8 Milliarden Wertzeichen pro Jahr hergestellt. Hier wird neben der Sicherheit großen Wert auf eine makellose Qualität gelegt. Denn Fehldrucke sind rar und bei Sammlern begehrt.

### Entstehung - Von der Idee zur Marke



## Analysen und Berichte

BRIEFMARKEN – ZEITENSPiegel, WOHLTÄTER, KUNSTWERKE

Derzeit liegen die Auflagenhöhen bei nassklebenden Briefmarken zwischen 2 bis 7 Millionen Stück, bei selbstklebenden reichen sie bis in den dreistelligen Millionenbereich. Dauermarken werden grundsätzlich bis auf Weiteres nachproduziert.

Einige Marken werden in zeitlicher Nähe zum Ausgabetag der philatelistischen und medialen Öffentlichkeit vorgestellt. Die Vorstellung nimmt der Bundesfinanzminister selbst oder die ihn vertretenden Staatssekretäre vor. Dies geschieht oft an Orten, die einen besonderen Bezug zum Markenthema haben.

### 4 Zweck der Marken

Neben dem bereits benannten betriebswirtschaftlichen Zweck der vereinfachten und standardisierten Freimachung von Postsendungen kommen der Briefmarke noch weitere Bedeutungen zu. Briefmarken sind Spiegel der Zeit und Teil staatlicher Repräsentation. Sie sind nicht nur Alltagsgut, sondern geben die kulturelle Vielfalt Deutschlands und den Zeitgeist facettenreich, seriös, manchmal auch spielerisch wieder. So weisen sie auf herausragende historische oder aktuelle Ereignisse, Geburtstage verstorbener Persönlichkeiten, Wunder der Natur, Besonderes aus den Regionen oder allgemein Wissenswertes hin.



Wie sehen die Deutschen ihr Heimatland? Welches Bild Deutschlands soll in die Welt getragen werden? Vieles, was für Deutschland bedeutsam war und ist, findet seine Ehrung auf den Marken und sichert durch die hohe Auflage eine beachtliche Breitenwirkung – auch außerhalb Deutschlands.

Gemeinschaftsmarken, die Deutschland regelmäßig zusammen mit einem anderen Land herausgibt, erinnern darüber hinaus an nationenverbindende Personen und Ereignisse. Solche Briefmarken sind Botschafter der Freundschaft. 2016 kam die Sonderbriefmarke „25 Jahre Deutsch-Polnisches Jugendwerk“ heraus, 2015 das Motiv „50 Jahre diplomatische Beziehungen mit Israel“.

Daneben ist die einzelne Briefmarke als Trägermedium bereits für sich betrachtet ein Kulturgut mit langer Tradition: ein Kunstwerk auf ungefähr 3,5 mal 3,5 cm, das unsere Post schmückt. Große Themen auf kleinstem Raum im Einklang mit den postalischen Notwendigkeiten überzeugend darzustellen, ist eine Kunst für sich. Nicht zuletzt das macht sie zum beliebten Sammlerobjekt.

Briefmarken können auch Wohltäter sein. Die seit 1949 jährlich herausgegebenen sogenannten Plusmarken übernehmen eine wichtige Funktion innerhalb des gesellschaftlichen Engagements. Sie sind erkennbar am Plus-Zeichen; zudem ist neben der Wertstufe (als Beförderungsentgelt) ein zusätzlicher Wert aufgedruckt, den die Deutsche Post AG beim Verkauf vereinnahmt und an die jeweilig benannten Begünstigten auskehrt. Die kleinen Beiträge von 30 bis 55 Cent zeigen große Wirkung: Die erzielten zusätzlichen Erlöse aus dem Spendenanteil belaufen sich auf derzeit jährlich rund 11 Mio. €, seit 1949 über 1 Mrd. €. Deshalb ist es ein zentrales Anliegen des BMF, den Absatz und die Verbreitung von Plusmarken für die direkte und konkrete Hilfe gemeinnütziger Projekte zu fördern. Es bürgt dafür, dass jeder Cent gut angelegt ist

## Analysen und Berichte

BRIEFMARKEN – ZEITENSPiegel, WOHLTÄTER, KUNSTWERKE



„Alte und gefährdete Nutztierrassen in Deutschland“ (2016); Grafische Gestaltung: Carsten Wolff, Frankfurt am Main; Foto Rhönschaf: Fränkisches Freilandmuseum Fladungen; Foto Deutsches Sattelschwein mit Vorhangshintergrund: Paul Farnham.

und direkt bei denen ankommt, die auf die Solidarität angewiesen sind, ob Kinder oder Jugendliche, Menschen mit Behinderungen

oder ältere Menschen, Spitzensportler oder Umweltschutzprojekte.



Gestaltung Postwertzeichen: Thomas Serres, Hattingen „Für den Sport 2016, Spielbälle“. Fotos: Fußball: Fotolia.com, © Jan Matoska; Rugbyball: albund/Shutterstock; Golfball: Winai Tepsuttinun/Shutterstock.

## Analysen und Berichte

BRIEFMARKEN – ZEITENSPiegel, WOHLTÄTER, KUNSTWERKE

Begünstigte sind seit 1949 die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. (BAG), seit 1962 die Stiftung Deutsche Jugendmarke e. V., seit 1968 die Stiftung Deutsche Sporthilfe, seit 1992 das Bundesministerium für Umwelt sowie seit 1993 die Stiftung Philatelie und Postgeschichte. Seit 1969 erscheinen darüber hinaus jährlich zwei beziehungsweise seit 2012 jährlich eine Weihnachtsmarke zugunsten der BAG. Die BAG konnte seit ihrer Gründung über 4 Milliarden Wohlfahrts- und Weihnachtsmarken verkaufen und ist so die größte Erlösempfängerin. Sie leitet(e) die 650 Mio. € an die soziale Arbeit der Arbeiterwohlfahrt, der Caritas, des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, des Deutschen Roten Kreuzes, der Diakonie und der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland weiter. Diese betreuen mehr als 3,6 Millionen Menschen in nahezu 100 000 Einrichtungen. Ihr Engagement reicht von der Jugend-, Alten- und Behindertenhilfe sowie Gesundheits- und Familienhilfe, sozialen Maßnahmen für Arbeitslose, Flüchtlinge, Suchtkranke bis hin zur internationalen Katastrophenhilfe. Schirmherr des Sozialwerks Wohlfahrtsmarken (ebenso wie für die Deutsche Sporthilfe) ist traditionell der amtierende Bundespräsident. So vermitteln die Plusmarken die Botschaft, wie wichtig z. B. das bürgerliche Engagement für die Gesellschaft ist.

## 5 Rechtliches

### 5.1 Zivilrecht

Postwertzeichen sind juristisch gesehen sogenannte kleine Inhaberpapiere im Sinne des § 807 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Nach dem Urteil des Bundesgerichtshofs vom 11. Oktober 2005 (XI ZR 395/04) gilt das auch für die vor der ersten Postreform 1989 ausgegebenen Marken. Das bedeutet, dass die Marke als Urkunde einen Anspruch auf Beförderung einer Postsendung in dem Umfang verkörpert, der dem aufgedruckten Wert entspricht. Im internationalen Postverkehr sichern die Vereinbarungen des Weltpostvertrags, dass auch

die Postdienstleister unterwegs und im Bestimmungsland diesen Nachweis akzeptieren. Mit der Entwertung durch die Stempelung kann keine Leistung mehr verlangt werden. Solange die Postbeförderung staatlich war, war nach der Postordnung das Entgelt für die Briefbeförderung eine öffentlichrechtliche Gebühr. Aufgrund der heutigen privaten Organisationsform der Postunternehmen handelt es sich beim Erwerb des Postwertzeichens um einen privatrechtlichen Kauf.

### 5.2 Urheberrecht

Briefmarken unterliegen dem Urheberrechtschutz; es handelt sich nicht um amtliche Werke im Sinne des Urheberrechtsgesetzes. Beim BMF als Herausgeber liegt das ausschließliche Nutzungsrecht. Zudem kann u. a. das Recht des Gestalters als Urheber tangiert sein. Eine Abbildung ist unter bestimmten Voraussetzungen jedoch möglich.

## 6 Technisches

Briefmarken sind im Allgemeinen rechteckig, da sie so leichter zu zähnen und aus dem Bogen zu trennen sind. Die Zähnung ist die weltweit übliche Weise der Perforation. Briefmarken erscheinen mit Gummierung oder auf selbstklebender Kunststofffolie. Das Papier ist speziell für den Druck von Briefmarken hergestellt, da es besonderen drucktechnischen Anforderungen genügen sowie einheitlich und fälschungssicher sein muss. Postwertzeichen werden in der Regel im Offsetdruckverfahren produziert. Jenes ist unter den gegebenen Rahmenbedingungen – wesentliche Nutzung der Wertzeichen zu Frankaturzwecken, Anforderungen an die Farbigkeit von Wertzeichen, Wirtschaftlichkeit der Herstellung etc. – die derzeit beste Wahl unter den verschiedenen Druckverfahren. Gedruckt wird auf holzfreiem, fluoreszierendem Spezialpapier, das vor dem Druck gummiert wird, wofür seit geraumer Zeit ausschließlich Kunststoffe verwendet werden. Im Jahr 2010 kamen das erste Mal sogar „Duftmarken“ heraus,

## Analysen und Berichte

BRIEFMARKEN – ZEITENSPiegel, WOHLTÄTER, KUNSTWERKE

Wohlfahrtsmarken mit Obstmotiv, die beim Darüberreiben den Geruch der abgebildeten Frucht verströmten.

## 7 Philatelie

Mit dem Massenbriefverkehr Ende des 19. Jahrhunderts setzte auch die große Bewegung des Briefmarkensammelns ein. Bis in die siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts wird es die am meisten verbreitete aktive Freizeitbeschäftigung in Deutschland gewesen sein. Der Begriff Philatelie stammt aus dem Griechischen: „Philos“ bedeutet Freund, „ateleia“ Gebührenfreiheit, was man mit Liebhaber für Gebührenfreiheitszeichen übersetzen könnte, also das systematische Sammeln und Erforschen von letztlich allen postalischen Erscheinungsformen. Dies umfasst nicht nur Briefmarken, sondern z. B. auch Ersttagsstempel, Ersttagsbriefe und Numisblätter. Das BMF misst dem Philateliemarkt eine besondere Bedeutung zu, die sich in der Verpflichtung des Lizenznehmers widerspiegelt, den Sammlermarkt zu fördern. Der Anteil der Sammler an der jeweiligen Markenauflage liegt nach Schätzungen bei rund einer Million. Der Umsatz im Händlerbereich dürfte jährlich bei etwa 150 Mio. € liegen. Nach einem längeren Abwärtstrend, der mit der Jahrtausendwende einsetzte und den Sammlermarkt ungefähr halbierte, stabilisiert er sich seit geraumer Zeit auf gleicher Höhe. Als Einnahmequelle für die Deutsche Post AG ist die Philatelie nicht zu unterschätzen. Die an die Sammler verkauften Postwertzeichen und Begleitprodukte bedeuten eine Einnahme ohne zu erbringende Beförderungsleistung, also einen jährlichen Reingewinn im geschätzten niedrigen zweistelligen Millionenbereich.

Seltene, alte, besonders schöne oder Briefmarken mit einer besonderen Geschichte erzielen bei ausreichender Qualität nach wie vor bei Auktionen beachtlich hohe Preise. Die teuerste Marke der Welt dürfte nach Zeitungsberichten die British Guiana 1 Cent magenta mit einem Ersteigererlös von 9,5 Mio. US-Dollar (erzielt 2012 bei Sotheby's) sein. Zu den berühmtesten hierzulande zählen wohl die obengenannte One Penny Black, die Blaue Mauritius (aus Mauritius von 1847), der oben genannte Schwarze Einser oder die deutsche Wohlfahrtsmarke Audrey Hepburn von 2001. Letztere kam nach dem Druck von 14 Millionen Exemplaren nie zur Ausgabe. Die Erben der Schauspielerin hatten kurz vor der Ausgabe ihre Zustimmung verweigert, da ihre Mutter auf dem Filmmotiv mit Zigaretten spitze abgebildet war. Dennoch gelangten einige Exemplare aus bis heute ungeklärten Gründen in den Umlauf. Ein Zehnerbogen konnte für 430 000 Euro versteigert werden.

Zu den beliebtesten Motiven bei den Briefmarken in den vergangenen Jahren gehören die Leuchtturm-Motive. Die Serie wurde schon 2004 aufgelegt und war nur für wenige Jahre gedacht. Erstes Exemplar war der Leuchtturm Roter Sand in der Außenweser. Seither werden alljährlich zwei Leuchtturmmarken in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur und der Wasser- und Schiffahrtsverwaltung des Bundes herausgegeben – einer aus dem Nordsee- und einer aus dem Ostseeraum im Postkarten- und Brieftarif. Aktuell erschienen am 7. Juli die Leuchttürme Staberhuk auf Fehmarn und Kampen auf Sylt.

Für 2017 sind die Türme Bremerhaven Unterfeuer und Kiel-Holtenau vorgesehen.

## Analysen und Berichte

BRIEFMARKEN – ZEITENSPiegel, WOHLTÄTER, KUNSTWERKE



Gestaltung Postwertzeichen:  
Prof. Johannes Graf, Dortmund

Fotos: © Reinhard Scheiblich,  
Norderstedt.

**Tabelle 1:** Liste der ausgewählten Themen zum Sonderpostwertzeichen-Jahresprogramm 2017

Themen	Anzahl PWZ
<b>Markenthemen</b>	
500 Jahre Reformation (Gemeinschaftsmarke mit Brasilien)	1
50 Jahre Justitia et Pax	1
Die Bibel in der Übersetzung Martin Luthers	1
300. Geburtstag Johann Joachim Winckelmann	1
200 Jahre Fahrrad - 1817 Karl Drais	1
150. Geburtstag Walther Rathenau	1
Topographie des Terrors	1
1000 Jahre Stadt Neunburg vorm Wald	1
150 Jahre Norddeutscher Bund	1
100. Geburtstag Heinrich Böll	1
200. Geburtstag Theodor Mommsen	1
200. Geburtstag August Wilhelm Schlegel	1
400 Jahre Fruchtbringende Gesellschaft	1
100. Geburtstag Heinz Sielmann	1
50 Jahre Farbfernsehen in Deutschland	1
Weltkulturerbe der UNESCO - Bergwerk Rammelsberg, Altstadt von Goslar und Oberharzer Wasserwirtschaft	1
Weinanbau in Deutschland	1
Motive von Otto Waalkes	1
Weihnachten/Winter	1
<b>Plusmarken</b>	
Serie „Für den Sport“ zur Unterstützung der Stiftung Deutsche Sporthilfe:	3
50 Jahre Deutsche Sporthilfe	
Serie „Für die Jugend“ zur Unterstützung der Stiftung Deutsche Jugendmarke e. V.:	3
Motive der Augsburger Puppenkiste	
Serie „Für die Wohlfahrtspflege“ zur Unterstützung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.:	3
Grimms Märchen – Die Bremer Stadtmusikanten	
Serie „Weihnachten“ zur Unterstützung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.:	1
Serie „Tag der Briefmarke“ Fix & Foxi	1

## Analysen und Berichte

BRIEFMARKEN – ZEITENSPiegel, WOHLTÄTER, KUNSTWERKE

noch Tabelle 1: Liste der ausgewählten Themen zum Sonderpostwertzeichen-Jahresprogramm 2017

	Themen	Anzahl PWZ
<b>Serien</b>		
Serie „Aktuelles“: G20-Präsidentschaft Deutschland 2017		1
Eröffnung der Elbphilharmonie		1
Serie „Burgen und Schlösser“: Schloss Ludwigsburg		1
Serie „Leuchttürme“: Kiel-Holtenau und Bremerhaven Unterfeuer		2
Serie „Europa“: Die Wartburg		1
Serie „Deutsche Fernseh-Legenden“: Das Millionenspiel		1
Serie „Design aus Deutschland“: Lindinger Straßenbahn		1
Serie „Automobil-Klassiker (1950er bis 1980er Jahre)“: Opel Manta A und VW Golf 1		2
Serie „Deutschlands schönste Panoramen“: Badische Weinstraße/Markgräflerland		2
Serie „Mikrowelten“: Menschliches Haar und Vitamin C		2
Serie „Schätze aus deutschen Museen“: Jan Vermeer van Delft – Mädchen mit dem Weinglas Jean-Baptiste Oudry – Pfefferfresser, Jungfern- und Haubenkranich		2
Serie „Tierkinder“: Iltis und Wildschwein		2
Serie „Wildes Deutschland“: Mecklenburgische Seenplatte und Reinhardswald		2
Serie „Astronomie“: Unser Sonnensystem		2

Änderungen vorbehalten. Stand: September 2016.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

# Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die Bundesregierung erwartet in ihrer Herbstprojektion vom 7. Oktober eine Fortsetzung des verhaltenen Konjunkturaufschwungs in Deutschland. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) dürfte im Jahr 2016 preisbereinigt um 1,8 % wachsen und damit etwas schneller als in der Frühjahrsprojektion erwartet. Für die Jahre 2017 und 2018 wird mit einem Wirtschaftswachstum von 1,4 % beziehungsweise 1,6 % gerechnet.
- Der Arbeitsmarkt zeigt sich im September weiterhin robust. Die Inflation zog im September leicht an, insgesamt entwickeln sich die Preise aber weiterhin moderat.
- Die Industrieproduktion stieg nach schwachen Ergebnissen im Juli im August kräftig an. Insgesamt dürfte von der Industrie im 3. Quartal jedoch nur ein schwacher Impuls für das Wirtschaftswachstum ausgehen. Es ist ein leichtes Wachstum der Exporte im weiteren Jahresverlauf zu erwarten.

## Herbstprojektion der Bundesregierung: Fortsetzung des verhaltenen Konjunkturaufschwungs

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft zeigt sich trotz des schwachen weltwirtschaftlichen Umfelds auch im Jahr 2016 weiterhin solide. Die Bundesregierung erwartet in ihrer am 7. Oktober 2016 veröffentlichten Herbstprojektion ein Wirtschaftswachstum von real 1,8 % im Jahr 2016, von 1,4 % im Jahr 2017 und von 1,6 % im Jahr 2018. Für eine Fortsetzung des moderaten Aufschwungs sprechen nach wie vor günstige wirtschaftliche Fundamentaldaten: niedrige Zinsen, gute Absatzperspektiven im Inland, Lohnsteigerungen und Beschäftigungsexpansion sowie ein hohes Maß an Preisniveaustabilität. Aufgrund der stärker als erwarteten Zunahme des BIP im 1. Halbjahr 2016 wurden die Wachstumserwartungen für das Jahr 2016 gegenüber der Frühjahrsprojektion leicht nach oben korrigiert (von 1,7 % auf 1,8 %).

Für die 2. Jahreshälfte zeichnet sich jedoch anhand der Konjunkturindikatoren eine leichte Wachstumsabschwächung ab. Die Industrieproduktion war schwach in das 3. Quartal gestartet und insgesamt dürfte von ihr nur ein schwacher Impuls für das

Wirtschaftswachstum ausgehen. Auch die Warenexporte zeigten trotz starkem August zuletzt in der Tendenz eine schwache Entwicklung. Für das Jahr 2017 wurde deswegen die Wachstumserwartung leicht nach unten angepasst (von 1,5 % auf 1,4 %). Die Wachstumsdynamik bleibt aber angesichts der geringeren Anzahl von Arbeitstagen im kommenden Jahr in etwa erhalten. Kalenderbereinigt nimmt das BIP im Jahr 2016 um 1,8 % und in den Jahren 2017 und 2018 jeweils um 1,6 % zu.

Der Konjunkturaufschwung wird nach wie vor von der Binnenwirtschaft getragen. Insbesondere Gesundheitsdienstleistungen sowie der Bausektor tragen zum Wachstum bei. Auf der Verwendungsseite des BIP wird das Wirtschaftswachstum besonders durch den expandierenden privaten Konsum gestützt, und zwar als Ergebnis eines starken Arbeitsmarkts, zunehmender Löhne und geringer Preisniveausteigerungen. Auch vom öffentlichen Konsum gehen Impulse aus, da für den Unterhalt der zugewanderten Flüchtlinge vermehrt Sachaufwendungen des Staates notwendig sind. Auch der Wohnungsbau trägt zum Wachstum bei (durch die günstige Einkommenssituation privater Haushalte,

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/Einkommen	2015		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			4. Q 15	1. Q 16	2. Q 16	4. Q 15	1. Q 16	2. Q 16
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	108,1	+1,7	+0,4	+0,7	+0,4	+2,1	+1,5	+3,1
jeweilige Preise	3 033	+3,7	+1,0	+1,0	+0,7	+4,2	+3,2	+4,6
<b>Einkommen<sup>1</sup></b>								
Volkseinkommen	2 263	+3,8	+1,2	+0,8	+2,1	+4,3	+3,3	+5,3
Arbeitnehmerentgelte	1 540	+3,7	+1,1	+0,7	+0,6	+3,9	+4,1	+3,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	723	+4,2	+1,4	+0,8	+5,3	+5,3	+1,9	+9,8
verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 763	+3,1	+0,8	-0,2	+1,4	+3,2	+2,3	+3,0
Bruttolöhne und -gehälter	1 261	+3,9	+1,0	+1,0	+0,7	+4,2	+4,4	+3,5
Sparen der privaten Haushalte	175	+6,1	+3,2	-3,0	+3,1	+5,7	+2,8	+4,2
<b>Außenhandel/Umsätze/Produktion/Auftragseingänge</b>								
in jeweiligen Preisen	Mrd. € bzw. Index	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr <sup>2</sup>		
			Jul 16	Aug 16	Zweimonatsdurchschnitt	Jul 16	Aug 16	Zweimonatsdurchschnitt
<b>Außenhandel (Mrd. €)</b>								
Waren-Exporte	1 196	+6,5	-2,6	+5,4	+0,1	-10,0	+9,8	-1,0
Waren-Importe	949	+4,2	-0,7	+3,0	+1,3	-6,5	+5,3	-0,9
in konstanten Preisen von 2010								
<b>Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)</b>								
Industrie <sup>3</sup>	110,3	+0,4	-2,5	+3,3	-0,0	-1,6	+2,2	+0,2
Bauhauptgewerbe	106,0	-2,2	+1,1	-1,2	+0,6	+2,1	+0,0	+1,1
<b>Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)</b>								
Industrie <sup>3</sup>	110,2	+1,5	-1,6	+4,2	+0,0	-2,8	+2,2	-0,4
Inland	105,0	+0,5	-2,4	+3,4	-0,7	-3,1	+1,0	-1,1
Ausland	115,8	+2,5	-1,0	+5,0	+0,6	-2,6	+3,3	+0,2
<b>Auftragseingang (Index 2010 = 100)</b>								
Industrie <sup>3</sup>	110,2	+1,0	+0,3	+1,0	+0,6	-0,6	+2,1	+0,7
Inland	105,3	+1,8	-3,2	+2,6	-1,5	-4,4	+1,6	-1,6
Ausland	114,2	+0,4	+2,8	-0,2	+2,1	+2,3	+2,7	+2,5
Bauhauptgewerbe	113,7	+4,0	-4,6	.	-2,3	+14,4	.	+16,4
<b>Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)</b>								
Einzelhandel (ohne Kfz, mit Tankstellen)	105,1	+2,6	+0,5	-0,3	+0,3	-1,5	+3,8	+1,1
Handel mit Kfz	112,1	+7,8	-1,3	.	-0,2	-5,0	.	+1,1

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2015		Veränderung in Tausend gegenüber					
	Personen Mio.	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Jul 16	Aug 16	Sep 16	Jul 16	Aug 16	Sep 16
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,79	-3,6	-6	-6	+1	-112	-111	-100
Erwerbstätige, Inland	43,06	+0,9	+38	+15	.	+535	+506	.
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	30,85	+2,1	-18	.	.	+496	.	.
Preisindizes 2010 = 100	2015		Veränderung in % gegenüber					
	Index	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode			Vorjahr		
			Jul 16	Aug 16	Sep 16	Jul 16	Aug 16	Sep 16
Importpreise	100,9	-2,6	+0,1	-0,2	.	-3,8	-2,6	.
Erzeugerpreise gewerbliche Produkte	103,9	-1,9	+0,2	-0,1	.	-2,0	-1,6	.
Verbraucherpreise	106,9	+0,2	+0,3	+0,0	+0,1	+0,4	+0,4	+0,7
ifo Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft	saisonbereinigte Salden							
	Feb 16	Mrz 16	Apr 16	Mai 16	Jun 16	Jul 16	Aug 16	Sep 16
	+5,0	+7,0	+6,5	+8,6	+10,4	+9,6	+5,7	+11,9
Klima	+15,1	+16,7	+15,5	+17,2	+18,0	+18,2	+14,6	+18,1
Geschäftslage	-4,6	-2,1	-2,1	+0,3	+3,0	+1,3	-2,8	+5,9
Geschäftserwartungen								

<sup>1</sup> Stand: August 2016.

<sup>2</sup> Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bauhauptgewerbe saisonbereinigt.

<sup>3</sup> Ohne Energie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, eigene Berechnungen.

niedrige Zinsen und eine größere Wohnraumnachfrage im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration).

Für einen kräftigeren Aufschwung fehlen allerdings noch hinreichende Impulse von der außenwirtschaftlichen Seite. Trotz des hohen Maßes an preislicher und nicht-preislicher Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen ist die Exportdynamik eher mäßig. Dies wird zunächst auch so bleiben, bis sich die weltwirtschaftlichen Perspektiven verbessern und das Welthandelsvolumen – beziehungsweise insbesondere die deutschen Absatzmärkte – wieder stärker expandiert. Im Prognosezeitraum dürften die Importe von Waren und Dienstleistungen preisbereinigt etwas kräftiger zunehmen als die Exporte. Rechnerisch gehen im gesamten Prognosezeitraum vom Außenhandel in etwa neutrale Wachstumsimpulse aus und das Wachstum wird vollständig von der inländischen Nachfrage getragen.

Die Investitionstätigkeit wird in Deutschland – trotz günstiger Fremd- und Innenfinanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen und guter Absatzperspektiven im Inland – im Projektionszeitraum verhalten bleiben. Gerade die großen, auf den Export ausgerichteten Kapitalgesellschaften dürften sich zunächst noch mit Investitionen in Ausrüstungen und gewerbliche Bauten zurückhalten, bis eine stärkere Auslandsnachfrage zur Entfaltung kommt.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist nach wie vor sehr günstig. Der Beschäftigungsaufbau setzt sich fort. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen dürfte sich im Jahresdurchschnitt 2016 trotz der hohen Zuwanderung von Flüchtlingen verringern.

Von der erfreulichen Entwicklung des Arbeitsmarkts und von dem insgesamt soliden gesamtwirtschaftlichen Umfeld profitieren Unternehmen und private Haushalte durch

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

### KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

steigende Einkommen und Gewinne. Dies spiegelt sich auch in der Entwicklung des Steueraufkommens wider. Im September zeigte sich erneut eine dynamische Entwicklung der gewinnabhängigen Steuerarten, wie der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer, und bestätigte damit eine weiter günstige Gewinnsituation der Unternehmen. Auch das Lohnsteueraufkommen konnte im September einen hohen Zuwachs verbuchen. Am 4. November 2016 wird der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ auf Grundlage der Herbstprojektion der Bundesregierung seine aktualisierte Aufkommensschätzung für die Jahre bis 2021 vorlegen.

### Industriekonjunktur springt wieder an

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe stieg im August saisonbereinigt kräftig gegenüber dem Vormonat (+ 2,5 %), nachdem sie sich im Juli deutlich abgeschwächt hatte (- 1,5 %). Insbesondere die Industrieproduktion erholte sich im August nach einem schwachen Quartalsbeginn spürbar (+ 3,3 % gegenüber Vormonat). Dies ist vor allem als Gegeneffekt auf einen durch Sondereffekte (Lage der Schul- und Werksferien) bedingten Produktionsrückgang im Juli zu werten. Diese Entwicklung hatte sich bereits im Vorfeld vor dem Hintergrund guter Ergebnisse der Automobilunternehmen sowie des verbesserten ifo Geschäftsklimas abgezeichnet. Insbesondere die Entwicklung bei Investitionsgütern verzeichnete im Vormonatsvergleich ein deutliches Plus (+ 4,7 %). Auch die Konsumgüterproduktion stieg kräftiger an als im Juli (+ 3,3 %). Die Produktion von Vorleistungsgütern lag um 1,6 % über dem Niveau des Vormonats.

Der Umsatz in der Industrie verbesserte sich im August nach drei Rückgängen in Folge deutlich und überschritt das im Januar erreichte bislang höchste Niveau dieses Jahres. Sowohl im Inland als auch im Ausland waren außergewöhnliche Umsatzsteigerungen zu beobachten. Die Dreimonatsdurchschnitte

bleiben jedoch aufgrund der Rückgänge in den Vormonaten leicht abwärtsgerichtet.

Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe zog im August nach einer nur schwachen Zunahme im gesamten Zeitraum bis Juli leicht an. Die Dreimonatsbetrachtung lässt nach wie vor eine leichte Abnahme erkennen. Die Inlandsaufträge stiegen im August spürbar, während die Auslandsaufträge weitgehend unverändert blieben.

Die Bauproduktion sank im August, insbesondere durch einen Rückgang im Ausbaugewerbe um 3,3 % im Vergleich zum Vormonat. Die Bereiche Hoch- und Tiefbau nahmen leicht zu beziehungsweise zeigten eine Seitwärtsbewegung.

Sowohl Umsätze als auch Auftragseingänge sind trotz der guten Ergebnisse im August in der Tendenz abwärtsgerichtet; die Industrieproduktion hat im Dreimonatsdurchschnitt nur eine leichte Aufwärtstendenz. Im 3. Quartal dürften von der Produktion deshalb nur moderate Impulse für das Wirtschaftswachstum ausgegangen sein. Es dürfte aber mit einer leichten Belebung im weiteren Jahresverlauf zu rechnen sein. Dies bestätigen die Geschäftserwartungen der Unternehmen, die sich zuletzt deutlich aufgehellt haben.

### Kräftiger Anstieg der Exporte zur Quartalsmitte

Die nominalen Warenexporte stiegen im August nach einem deutlichen Rückgang im Vormonat sowohl gegenüber dem Vormonat als auch gegenüber dem Vorjahr merklich an. Der deutliche Anstieg ist im Zusammenhang mit dem durch Sondereffekte (Werksferien) bedingten Rückgang im Juli zu sehen. Die Korrekturbewegung kommt deshalb nicht unerwartet. Im Zweimonatsdurchschnitt zeigt sich nun eine Seitwärtsentwicklung.

Angesichts des schwierigen weltwirtschaftlichen Umfelds und der Unsicherheiten in

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

### KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Zusammenhang mit dem erwarteten Auscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU sind die deutschen Exporte dennoch überraschend robust. Insbesondere die Exporte in die Nicht-Euroraum-Länder der EU verzeichneten im Zeitraum bis Juli (Daten nach Ursprungslandprinzip liegen bis Juli vor) im Vergleich zum Vorjahr den deutlichsten Anstieg (+3,0%). Die Exporte in Drittländer nahmen in diesem Zeitraum merklich ab (-3,2%).

Der Leistungsbilanzüberschuss erhöhte sich im Zeitraum Januar bis August um 18,9 Mrd. €. Dieser war hauptsächlich auf den Überschuss beim Warenhandel zurückzuführen, welcher das Vorjahresniveau im selben Zeitraum um 13,3 Mrd. € überschritt.

Im weiteren Jahresverlauf ist ein moderates Wachstum der Exporte zu erwarten. Der Internationale Währungsfonds rechnet mit einem Weltwirtschaftswachstum von 3,1% im Jahr 2016 und 3,4% im Jahr 2017. Der Ausblick für die Schwellenländer scheint sich dabei aufzuhellen, während die Wachstumserswartungen für den für Deutschland wichtigen Handelspartner USA nach unten korrigiert wurden. Die Risiken im Zusammenhang mit der Brexit-Entscheidung bleiben bestehen. Die deutsche Industrie ist jedoch laut ifo Umfrage zuletzt optimistisch hinsichtlich des Exportgeschäfts (ifo Exporterwartungen September).

Die Bundesregierung geht in ihrer Herbstprojektion von einem moderaten Wachstum der nominalen Warenausfuhren im laufenden Jahr in Höhe von 1,3% und im Jahr 2017 in Höhe von 3,3% aus. Es wird ein preisbereinigter Zuwachs der Exporte von Waren und Dienstleistungen in Höhe von 2,3% im Jahr 2016 und 2,1% im Jahr 2017 erwartet.

### Privater Verbrauch dynamisch

Das gesamtwirtschaftliche Wachstum wird nach wie vor von der Binnenwirtschaft getragen. Die zentralen Größen für die binnengesetzliche Dynamik bleiben dabei die

gute Entwicklung der Beschäftigung und die soliden Einkommenszuwächse. Dies stützt zusammen mit dem günstigen finanziellen Umfeld den privaten Verbrauch. Die aktuelle Herbstprojektion der Bundesregierung geht deswegen weiter von soliden jährlichen Zuwachsrate aus. Demnach werden die privaten Konsumausgaben dieses Jahr preisbereinigt um 1,7% zunehmen, für 2017 wird eine Zunahme von 1,3% erwartet.

Am aktuellen Rand deuten die Indikatoren allerdings auf eine leichte Abschwächung der Dynamik hin. Das Konsumklima, das sich im August noch widerstandsfähig gegenüber der zuletzt gestiegenen allgemeinen Verunsicherung durch die Brexit-Entscheidung gezeigt hatte und leicht gestiegen war, zeigte sich im September etwas weniger optimistisch. Das Klima befindet sich aber nach wie vor auf sehr hohem Niveau. Auch die Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) sind saisonbereinigt im August etwas schwächer ausgefallen als im Vormonat (-0,3%). Der Zweimonatsdurchschnitt ist aber noch leicht aufwärtsgerichtet. Allerdings hat sich das Geschäftsklima im Einzelhandel, nach deutlichem Rückgang im August, im September wieder spürbar erholt. Die robuste Arbeitsmarktsituation, ein nach wie vor geringer Preisauftrieb und die gute Einkommensentwicklung stimulieren die Kaufbereitschaft der Verbraucher.

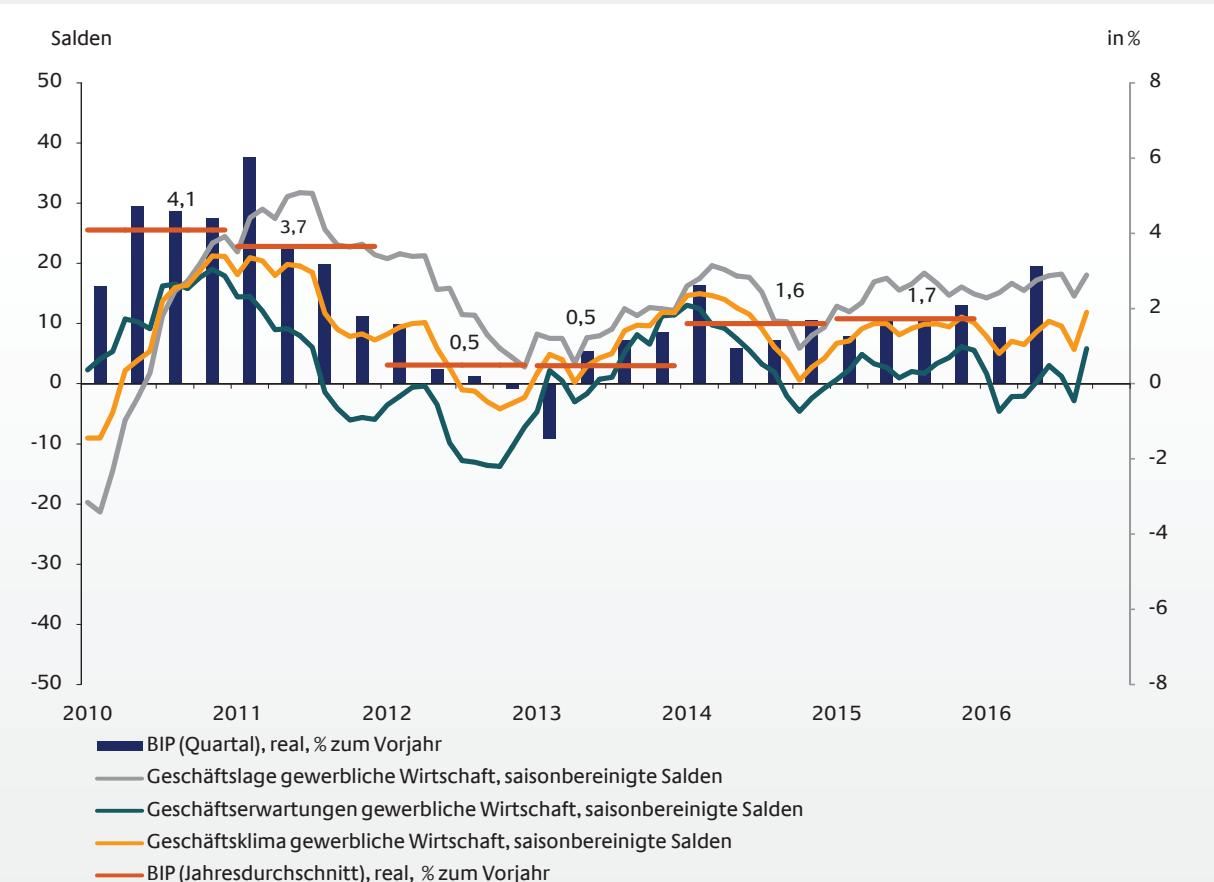
### Arbeitsmarktentwicklung ist weiterhin robust

Der Arbeitsmarkt zeigte sich im September weiterhin robust. Nach Ursprungswerten waren 2,61 Millionen Personen als arbeitslos registriert. Das waren 77 000 Personen weniger als im Vormonat und 100 000 Personen weniger als vor einem Jahr. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag bei 5,9% (-0,2 Prozentpunkte gegenüber dem Vormonat, -0,3 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr). Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl stieg leicht an (+1 000 Personen). Gleichzeitig stieg die saisonbereinigte Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

### BIP-Wachstum und ifo Geschäftsklima



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut.

Maßnahmen, die der Unterbeschäftigung und nicht der Arbeitslosigkeit zugerechnet werden, um 10 000 Personen an. Hierunter fallen u. a. Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung sowie Integrationskurse beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Die Auswirkungen der Fluchtmigration machen sich hier zunehmend bemerkbar. Die Zahl der Erwerbslosen (nach ILO-Konzept und Ursprungszahlen) betrug im August 2016 1,80 Millionen Personen (Erwerbslosenquote: 4,2 %).

Die Erwerbstätigkeit ist im August weiter gestiegen und lag deutlich über dem Vorjahreswert. So lag die Erwerbstätigenzahl

(Inlandskonzept) nach Ursprungswerten im August bei 43,7 Millionen Personen (+ 506 000 Personen beziehungsweise + 1,2 % gegenüber dem Vorjahr). Saisonbereinigt nahm die Erwerbstätigenzahl um 15 000 Personen gegenüber dem Vormonat zu (Juli: + 38 000 Personen, Juni: + 46 000 Personen).

Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm in der Tendenz weiter zu. Nach der Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit (BA) lag sie im Juli bei 31,2 Millionen Personen. Der Vorjahresstand wurde damit um 496 000 Personen überschritten (+ 1,6 %). Saisonbereinigt verzeichnete die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

### KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

im Juli zwar ein Minus von 18 000 Personen gegenüber dem Vormonat. Hierbei könnte es laut BA jedoch nachträglich noch zu Aufwärtskorrekturen kommen. Da die Frühindikatoren positive Signale senden, dürfte der Anstieg bei der Beschäftigung nur vorübergehend gedämpft sein. Nach Wirtschaftszweigen nahm die Beschäftigung im Vorjahresvergleich insbesondere in den Bereichen Pflege/Soziales und den „sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ (darunter fallen u. a. Unternehmensdienstleistungen, Vermietung, Wach- und Sicherheitsdienste) zu. Nennenswerte Abnahmen gab es erneut bei Finanz- und Versicherungsdienstleistungen.

Die Unternehmen zeigen nach wie vor eine Einstellungsbereitschaft auf hohem Niveau. Der umfassende Stellenindex der BA (ohne geförderte und Saisonstellen) legte im September erneut um 2 Zähler auf 221 Punkte zu. Wie schon im August fällt der Unterschied zum Vorjahr mit + 24 Punkten auch im September deutlich aus.

Aller Voraussicht nach wird sich die positive Entwicklung auch im weiteren Jahresverlauf fortsetzen. Darauf deutet eine Vielzahl von Frühindikatoren hin. Das ifo Beschäftigungsbarometer legte den dritten Monat in Folge zu, das IAB-Arbeitsmarktbarometer signalisiert gute Aussichten am Arbeitsmarkt und die Zahl der offenen Stellen ist weiter angestiegen.

### Leichte Zunahme der Inflation

Die Verbraucherpreisinfation zog im Spätsommer leicht an. Im September erreichte sie mit + 0,7% gegenüber dem Vorjahr einen leicht höheren Wert als in den drei Monaten zuvor (Juni: 0,3%, Juli: 0,4%, August: 0,4%). Erneut fielen die Preise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe im Vorjahresvergleich, allerdings mit abnehmender Tendenz. Dies zeigt, dass die dämpfenden Effekte der Energiepreise auslaufen. Preise für Nahrungsmittel stiegen erneut leicht an. Die Kerninflationsrate lag wie schon im August bei 1,2%.

Insgesamt entwickeln sich die Preise weiterhin moderat. Der bremsende Einfluss der Energiepreise schwindet allmählich. Der Preis für Rohöl bewegte sich im September in etwa auf Vorjahresniveau. Allerdings dürfte durch die von der Organisation der Erdöl exportierenden Länder (OPEC) beschlossene Fördergrenze für Erdöl ab Herbst ein leichter preislicher Auftrieb entstehen. Auch von der sich zunehmend wieder belebenden Weltwirtschaft könnten Impulse auf den Ölpreis ausgehen.

Die aktuelle Herbstprojektion der Bundesregierung geht von einer Jahresinflation von 0,4% in diesem Jahr aus. In den Jahren 2017 und 2018 dürfte sich der Preisauftrieb auf 1,6% beziehungsweise 1,7% etwas verstärken. Die Kerninflation liegt in allen drei Jahren deutlich weniger volatil zwischen 1,2% und 1,6%.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN IM SEPTEMBER 2016

# Steuereinnahmen im September 2016

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) sind im September erneut dynamisch um 5,0 % gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen, nachdem die Einnahmeentwicklung in den vergangenen Monaten durch Sondereffekte gedämpft war. Damit bestätigten sie den bisherigen positiven Trend. Der kumulierte Zuwachs der Steuereinnahmen ohne Gemeindesteuern im Zeitraum Januar bis September 2016 liegt bei 4,2 %, wobei dieser Zuwachs leicht erhöht ist.

Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern lag im aktuellen Berichtsmonat um 6,4 % deutlich über dem Niveau des Vorjahresmonats. Im aufkommensstarken Vorauszahlungsmonat September waren für die veranlagte Einkommensteuer sowie die Körperschaftsteuer deutliche Aufkommenszuwächse zu verzeichnen. Zudem stieg das Steueraufkommen der Lohnsteuer sowie der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag gegenüber dem Vorjahresmonat deutlich an. Auch die Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge konnte im September erstmalig im laufenden Berichtsjahr eine positive Wachstumsrate erzielen, wenngleich dies nicht als Trendwende gewertet werden kann, da das Zinsniveau weiterhin sehr niedrig ist.

Die Bundessteuern wiesen im aktuellen Berichtsmonat einen Rückgang von 1,6 % gegenüber dem September 2015 auf. Die Ländersteuern verzeichneten einen moderaten Zuwachs von 3,9 % gegenüber dem Vorjahresmonat.

## EU-Eigenmittel

Im aktuellen Berichtsmonat wurden wie bereits in den Vormonaten Juli und August deutlich mehr BNE- und MwSt-Eigenmitteln als im Vorjahresmonat von der EU abgerufen. Im 1. Halbjahr 2016 waren noch erheblich niedrigere EU-Eigenmittelabführungen als im Vorjahr zu leisten. Letztlich orientieren sich die Mittelabrufe durch die EU an dem für das

Jahr 2016 vorgesehenen Finanzrahmen. Die unterjährigen Schwankungen ergeben sich aus dem jeweiligen Finanzierungsbedarf der EU. In kumulierter Betrachtung bis September 2016 liegen die EU-Eigenmittel inklusive Zölle noch um 8,6 % unter denen des Vorjahreszeitraums.

## Verteilung auf Bund, Länder und Gemeinden

Die Steuereinnahmen des Bundes nach Verrechnung von Bundesergänzungszuweisungen verringerten sich im September 2016 um 1,9 % gegenüber dem September 2015. Zwar stiegen die Einnahmen des Bundes an gemeinschaftlichen Steuern im direkten Vorjahresmonatsvergleich deutlich um 5,0 % an. Dies wurde aber durch die leicht rückläufigen Einnahmen aus den Bundessteuern sowie deutlich höhere EU-MwSt- und EU-BNE-Eigenmittelabrufe im Vorjahresvergleich überkompensiert. In der aussagefähigeren kumulierten Betrachtung stiegen die Einnahmen des Bundes im laufenden Jahr bis zum September um 4,0 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Die Steuereinnahmen der Länder stiegen im Vorjahresvergleich um 6,7 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Ein höheres Aufkommen aus dem Länderanteil an den gemeinschaftlichen Steuern sowie höhere Ländersteuern tragen zu diesem Ergebnis bei. Der Anteil der Gemeinden am Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern stieg im September 2016 um 7,5 % gegenüber dem Vorjahresmonat.

## Gemeinschaftliche Steuern

### Lohnsteuer

Das Lohnsteueraufkommen konnte im Berichtsmonat einen kräftigen Zuwachs verbuchen. Das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer stieg im September 2016 deutlich um 6,2 % gegenüber dem Vorjahrsniveau. Nach Abzug des aus dem Lohnsteuer-

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN IM SEPTEMBER 2016

### Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr<sup>1</sup>

2016	September	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis September	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2016 <sup>4</sup>	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
<b>Gemeinschaftliche Steuern</b>						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	14 231	+7,4	132 551	+2,7	184 850	+3,3
veranlagte Einkommensteuer	12 680	+8,5	39 411	+9,1	51 600	+6,2
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	945	+39,2	15 690	+10,8	17 250	-3,9
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschließlich ehemaligen Zinsabschlags)	345	+13,0	4 456	-35,1	6 450	-21,9
Körperschaftsteuer	5 386	+7,0	21 308	+35,4	20 620	+5,3
Steuern vom Umsatz	17 691	+2,5	161 019	+3,3	219 500	+4,6
Gewerbesteuerumlage	1	-61,3	2 267	+5,9	4 024	+0,6
erhöhte Gewerbesteuerumlage	1	-61,3	1 908	+7,1	3 396	-0,3
<b>Gemeinschaftliche Steuern insgesamt</b>	<b>51 281</b>	<b>+6,4</b>	<b>378 611</b>	<b>+4,7</b>	<b>507 690</b>	<b>+3,5</b>
<b>Bundessteuern</b>						
Energiesteuer	3 399	-5,4	24 629	+1,0	40 000	+1,0
Tabaksteuer	1 170	-2,5	9 871	-0,2	14 460	-3,1
Branntweinsteuer inklusive Alkopopsteuer	164	-4,2	1 538	+0,1	2 055	-0,7
Versicherungsteuer	592	+7,4	10 725	+2,7	12 720	+2,4
Stromsteuer	548	+8,6	4 841	-1,5	6 600	+0,1
Kraftfahrzeugsteuer	719	+2,6	7 053	+1,9	8 900	+1,1
Luftverkehrsteuer	102	-2,4	736	+3,4	1 060	+3,6
Kernbrennstoffsteuer	61	-72,9	355	-69,2	1 000	-27,0
Solidaritätszuschlag	1 949	+7,5	12 387	+5,2	16 400	+2,9
übrige Bundessteuern	120	+10,1	1 058	-1,8	1 463	-1,1
<b>Bundessteuern insgesamt</b>	<b>8 826</b>	<b>-1,6</b>	<b>73 194</b>	<b>+0,5</b>	<b>104 658</b>	<b>+0,4</b>
<b>Ländersteuern</b>						
Erbschaftsteuer	531	+7,4	5 452	+18,0	5 908	-6,1
Grunderwerbsteuer	991	-0,4	9 219	+10,5	12 260	+9,0
Rennwett- und Lotteriesteuer	158	+23,2	1 348	+7,0	1 745	+1,9
Biersteuer	66	+10,3	513	-0,6	670	-0,9
sonstige Ländersteuern	32	-5,8	355	+5,8	418	+1,5
<b>Ländersteuern insgesamt</b>	<b>1 777</b>	<b>+3,9</b>	<b>16 888</b>	<b>+12,0</b>	<b>21 001</b>	<b>+3,3</b>
<b>EU-Eigenmittel</b>						
Zölle	449	-5,7	3 820	+0,0	5 400	+4,7
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	354	+236,7	3 188	-3,1	2 400	-42,9
BNE-Eigenmittel	1 825	+228,9	14 412	-11,8	22 050	+2,2
<b>EU-Eigenmittel insgesamt</b>	<b>2 628</b>	<b>+131,3</b>	<b>21 419</b>	<b>-8,6</b>	<b>29 850</b>	<b>-3,5</b>
<b>Bund<sup>3</sup></b>	<b>28 245</b>	<b>-1,9</b>	<b>212 351</b>	<b>+4,0</b>	<b>290 050</b>	<b>+3,0</b>
<b>Länder<sup>3</sup></b>	<b>26 987</b>	<b>+6,7</b>	<b>208 812</b>	<b>+6,2</b>	<b>277 726</b>	<b>+3,7</b>
<b>EU</b>	<b>2 628</b>	<b>+131,3</b>	<b>21 419</b>	<b>-8,6</b>	<b>29 850</b>	<b>-3,5</b>
<b>Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer</b>	<b>4 474</b>	<b>+7,5</b>	<b>29 930</b>	<b>+2,8</b>	<b>41 123</b>	<b>+3,3</b>
<b>Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)</b>	<b>62 333</b>	<b>+5,0</b>	<b>472 512</b>	<b>+4,2</b>	<b>638 749</b>	<b>+3,0</b>

<sup>1</sup>Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>2</sup>Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

<sup>3</sup>Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fußnote 1).

<sup>4</sup>Ergebnis Arbeitskreis "Steuerschätzungen" vom Mai 2016.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

### STEUEREINNAHMEN IM SEPTEMBER 2016

aufkommen gezahlten Kindergelds lag das Kassenaufkommen der Lohnsteuer im September 2016 mit einem Plus von 7,4 % deutlich über Vorjahresniveau, nachdem in den vorangegangenen Monaten die Entwicklung moderat verlaufen war. Hierfür könnten im September das In-Kraft-Treten von Tariflohnsteigerungen in einigen Wirtschaftsbereichen sowie möglicherweise Ferieneffekte verantwortlich sein. Zudem zeigt sich der Arbeitsmarkt weiterhin stark. Im September sank die Arbeitslosenquote auf 5,9 %. Auch die Frühindikatoren deuten auf eine Fortsetzung der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hin. In kumulierter Betrachtung bis September 2016 liegt das Kassenergebnis der Lohnsteuer + 2,7 % über dem Vorjahresniveau.

### Körperschaftsteuer

Das Körperschaftsteueraufkommen entwickelt sich weiterhin gut. Im Vorauszahlungsmonat September 2016 ergab sich bei der Körperschaftsteuer brutto ein deutlicher Zuwachs von 6,3 % gegenüber dem September 2015. Nach Abzug der aus dem Körperschaftsteueraufkommen gezahlten Investitionszulage ergibt sich im Vorjahresmonatsvergleich ein Zuwachs des kassenmäßigen Aufkommens von 7,0 %. Weiterhin zeigen sich die Vorauszahlungen robust, was auf eine günstige Gewinnsituation bei den Unternehmen hindeutet. Dagegen waren die geleisteten Erstattungen an Steuerpflichtige rückläufig. Kumuliert bis September 2016 liegt das Aufkommen der Körperschaftsteuer um 35,4 % über dem Vorjahresniveau. Allerdings werden für dieses Jahr noch beträchtliche Einnahmeausfälle aufgrund von höchstrichterlicher Rechtsprechung erwartet, die bisher noch nicht aufkommenswirksam geworden sind.<sup>1</sup>

### Veranlagte Einkommensteuer

Auch das Steueraufkommen der veranlagten Einkommensteuer entwickelt sich überaus günstig. Im aufkommensstarken September

stiegen die Bruttoeinnahmen der veranlagten Einkommensteuer um 8,1 % im Vorjahresvergleich. Hiervon abzuziehen sind die Arbeitnehmererstattungen sowie die Investitions- und Eigenheimzulagen. Im Ergebnis ergab sich ein Anstieg im Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer von 8,5 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Wie bei der Körperschaftsteuer lagen dabei die geleisteten Vorauszahlungen deutlich über Vorjahresniveau; Nachzahlungen und Erstattungen stiegen dagegen nur leicht an. In kumulierter Betrachtung bis September 2016 ist für das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer mit 9,1 % gegenüber dem Vorjahresniveau ein sehr kräftiger Aufkommensanstieg zu beobachten.

### Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag

Im Berichtsmonat ergab sich ein Anstieg des Bruttoaufkommens von 31,4 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Nach Abzug der aus dem Aufkommen geleisteten Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern beträgt der Anstieg des Kassenaufkommens der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag im Berichtsmonat 39,2 %. Allerdings war im Vorjahresmonat ein Rückgang von fast 32 % zu verzeichnen, was den diesjährigen Anstieg relativiert. Zudem variieren die Dividendausschüttungen von Jahr zu Jahr und führen regelmäßig zu einer hohen Volatilität des unterjährigen Steueraufkommens. Daher ist der Blick auf das kumulierte Kassenaufkommen aussagekräftiger. Dieses wuchs bis September 2016 mit 10,8 % gegenüber dem Vorjahresniveau deutlich an.

### Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge

Erstmals im laufenden Jahr stiegen die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge im direkten Vorjahresvergleich. Aktuell konnte ein Zuwachs von 13,0 % gegenüber dem September 2015 verbucht werden. Dies ist allerdings nicht als Trendwende zu deuten. Denn kumuliert liegt das Steueraufkommen bis

<sup>1</sup> BFH-Urteile zu STEKO und § 40 KAGG.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

### STEUEREINNAHMEN IM SEPTEMBER 2016

September 2016 deutlich um 35,1% unter dem des Vorjahreszeitraums.

#### Steuern vom Umsatz

Der Aufkommenszuwachs der Steuern vom Umsatz von 2,5 % reiht sich aufgrund der niedrigen Vorjahresbasis in die nur moderate Entwicklung des Aufkommens seit Jahresmitte ein. Kumuliert bis September 2016 liegt das Aufkommen der Steuern vom Umsatz um 3,3 % über dem des Vorjahreszeitraums. Das Aufkommen der Binnenumsatzsteuer stieg um 1,2 % gegenüber dem September 2015, das der Einfuhrumsatzsteuer um 6,8 %.

#### Bundessteuern

Das Aufkommen der Bundessteuern verringerte sich im September 2016 um 1,6 % gegenüber dem Vorjahresniveau. Nachdem in den Vormonaten der Rückgang hauptsächlich der Entwicklung der Tabaksteuereinnahmen geschuldet war, ebbt dieser Sondereffekt wie erwartet ab. Die Tabaksteuereinnahmen weisen aktuell noch einen Rückgang von 2,5 % gegenüber dem Vorjahresmonat auf, während der Rückgang im August noch bei 20,0 % lag. Des Weiteren waren im September 2016 Aufkommensrückgänge bei den Energiesteuern von 5,4 % sowie bei der Kernbrennstoffsteuer von 72,9 % gegenüber dem Vorjahresmonat zu verzeichnen. Der

Rückgang bei der Energiesteuer könnte auf einen Ferientagseffekt zurückzuführen sein. Insgesamt entwickelte sich das Steueraufkommen der anderen Bundessteuern im Großen und Ganzen erwartungsgemäß. Zuwächse verzeichneten u. a. die Kaffeesteuer (+ 16,2 %), die Versicherungsteuer (+ 7,4 %), die Kraftfahrzeugsteuer (+ 2,6 %) sowie der Solidaritätszuschlag (+ 7,5 %). Rückgänge im Steueraufkommen gab es bei der Branntweinsteuer (- 4,2 %) und der Luftverkehrsteuer (- 2,4 %). Die übrigen Veränderungen hatten betragsmäßig nur geringen Einfluss auf das Gesamtergebnis der Bundessteuern. Kumuliert bis September 2016 stieg das Aufkommen der Bundessteuern gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,5 %.

#### Ländersteuern

Das Aufkommen der Ländersteuern hatte sich im September 2016 im direkten Vorjahresvergleich um 3,9 % erhöht. Deutlich zulegen konnte die Erbschaftsteuer um 7,4 %, aber auch die Rennwett- und Lotteriesteuer stieg um 23,2 % gegenüber dem Vorjahresmonat an. Auch das Aufkommen der Biersteuer erhöhte sich um 10,3 % gegenüber dem September 2015. Das Grunderwerbsteueraufkommen lag nahezu auf Vorjahresniveau. Das kumulierte Aufkommen der Ländersteuern bis September 2016 lag um 12,0 % über dem Vorjahresniveau.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH SEPTEMBER 2016

# Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich September 2016

## Einnahmenentwicklung

Die Einnahmen des Bundes betrugen im laufenden Haushaltsjahr bis einschließlich September 233,2 Mrd. €. Das waren um 7 Mrd. € beziehungsweise 3,1% höhere Einnahmen als im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres. Die Steuereinnahmen, die den größten Anteil an den Gesamteinnahmen ausmachen, erhöhten sich um 4,0%. Die sonstigen Einnahmen gingen aufgrund von Sondereffekten um 5,0% zurück. Sie haben jedoch bereits das für dieses Jahr im Haushaltsplan erwartete Niveau erreicht.

## Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich im Zeitraum Januar bis September 2016 auf 231,7 Mrd. €. Das entsprechende Vorjahresniveau wurde damit leicht um 1,2% (+2,8 Mrd. €) überschritten.

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten werden in konsumtive und investive Ausgaben gegliedert. Die konsumtiven Ausgaben haben einen Anteil von rund 90 % an den Ausgaben des Bundeshaushalts. Sie nahmen um 1,9 % gegenüber dem Vorjahr zu. Hierzu trug hauptsächlich der Anstieg des laufenden Sachaufwands bei. Die rückläufigen Zinsausgaben dämpften den Ausgabenanstieg. Die investiven Ausgaben, die einen Anteil von rund 10 % an den Gesamtausgaben haben, lagen im betrachteten Zeitraum um 6,5 % unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Dies war auf einen Basiseffekt im Jahr 2015 bei den Finanzierungshilfen zurückzuführen: Im vergangenen Jahr nahmen die Finanzierungshilfen im September gegenüber dem Vormonat um 4,6 Mrd. € zu und in diesem Jahr nur um 1,1 Mrd. €. Die Sachinvestitionen, die ebenfalls zu den investiven Ausgaben gehören, überschritten dagegen im Zeitraum Januar bis September 2016 das entsprechende Vorjahresniveau deutlich.

## Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2015	Soll 2016	Ist-Entwicklung <sup>1</sup> Januar bis September 2016
<b>Ausgaben (Mrd. €)<sup>2</sup></b>	<b>299,3</b>	<b>316,9</b>	<b>231,7</b>
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+1,2
<b>Einnahmen (Mrd. €)<sup>2</sup></b>	<b>311,1</b>	<b>310,5</b>	<b>233,2</b>
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+3,1
<b>Steuereinnahmen (Mrd. €)</b>	<b>281,7</b>	<b>288,1</b>	<b>210,6</b>
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+4,0
<b>Finanzierungssaldo (Mrd. €)</b>	<b>11,8</b>	<b>-6,4</b>	<b>1,5</b>
<b>Finanzierung / Verwendung:</b>	<b>-11,8</b>	<b>6,4</b>	<b>-1,5</b>
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	19,1
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,4	0,3	0,1
Saldo der Rücklagenbewegungen	-12,1	6,1	-0,7
<b>Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo<sup>3</sup> (Mrd. €)</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>-20,1</b>

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>1</sup> Buchungsergebnisse.

<sup>2</sup> Ohne Einnahmen und Ausgaben aus haushaltstechnischen Verrechnungen.

<sup>3</sup> (-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH SEPTEMBER 2016

### Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2015		Soll 2016		Ist-Entwicklung		Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	in %	
<b>Allgemeine Dienste</b>	<b>66 947</b>	<b>22,4</b>	<b>71 572</b>	<b>22,6</b>	<b>48 228</b>	<b>52 211</b>	<b>+8,3</b>
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6 399	2,1	7 287	2,3	4 210	5 019	+19,2
Verteidigung	33 442	11,2	33 966	10,7	23 421	25 002	+6,8
politische Führung, zentrale Verwaltung	14 175	4,7	15 172	4,8	11 436	11 377	-0,5
Finanzverwaltung	4 199	1,4	4 445	1,4	3 028	3 203	+5,8
<b>Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>20 271</b>	<b>6,8</b>	<b>21 961</b>	<b>6,9</b>	<b>13 754</b>	<b>13 939</b>	<b>+1,3</b>
Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	3 381	1,1	3 648	1,2	2 527	2 419	-4,3
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 872	3,6	11 689	3,7	6 768	6 676	-1,4
<b>Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik</b>	<b>153 611</b>	<b>51,3</b>	<b>161 485</b>	<b>51,0</b>	<b>121 267</b>	<b>125 130</b>	<b>+3,2</b>
Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	101 992	34,1	106 888	33,7	82 640	86 296	+4,4
Arbeitsmarktpolitik	33 894	11,3	34 676	10,9	25 537	25 045	-1,9
darunter:							
Arbeitslosengeld II nach SGB II	20 198	6,7	20 500	6,5	15 486	15 488	+0,0
Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	5 249	1,8	5 100	1,6	4 050	3 704	-8,5
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7 890	2,6	8 374	2,6	6 059	6 184	+2,1
Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 059	0,7	2 139	0,7	1 638	1 606	-2,0
<b>Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung</b>	<b>1 915</b>	<b>0,6</b>	<b>2 312</b>	<b>0,7</b>	<b>1 224</b>	<b>1 318</b>	<b>+7,7</b>
<b>Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>2 004</b>	<b>0,7</b>	<b>2 502</b>	<b>0,8</b>	<b>1 335</b>	<b>1 666</b>	<b>+24,8</b>
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 491	0,5	1 809	0,6	1 168	1 468	+25,7
<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>846</b>	<b>0,3</b>	<b>1 066</b>	<b>0,3</b>	<b>398</b>	<b>425</b>	<b>+6,9</b>
<b>Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>4 156</b>	<b>1,4</b>	<b>5 870</b>	<b>1,9</b>	<b>3 158</b>	<b>3 234</b>	<b>+2,4</b>
regionale Förderungsmaßnahmen	997	0,3	1 389	0,4	668	445	-33,4
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 497	0,5	1 707	0,5	1 358	1 557	+14,6
<b>Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>16 595</b>	<b>5,5</b>	<b>18 881</b>	<b>6,0</b>	<b>10 540</b>	<b>11 768</b>	<b>+11,6</b>
Straßen	7 859	2,6	8 786	2,8	4 817	5 304	+10,1
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 953	1,7	5 349	1,7	3 081	3 598	+16,8
<b>Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>33 225</b>	<b>11,1</b>	<b>31 252</b>	<b>9,9</b>	<b>29 174</b>	<b>22 211</b>	<b>-23,9</b>
Zinsausgaben und Ausgaben im Zusammenhang mit der Schuldenaufnahme	21 066	7,0	23 772	7,5	20 270	16 402	-19,1
<b>Ausgaben insgesamt<sup>1</sup></b>	<b>299 285</b>	<b>100,0</b>	<b>316 900</b>	<b>100,0</b>	<b>228 888</b>	<b>231 684</b>	<b>+1,2</b>

<sup>1</sup> Ohne Ausgaben durch haushaltstechnische Verrechnungen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH SEPTEMBER 2016

Die Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen zeigen, dass jeder zweite Euro, den der Bund ausgibt, für die Soziale Sicherung aufgewendet wird. Den größten Anteil daran haben in dieser Betrachtungsweise die Ausgaben für die Sozialversicherung, die um 3,7 Mrd. € beziehungsweise 4,4% gegenüber dem Vorjahr zunahmen.

## Finanzierungssaldo

Im Zeitraum vom Januar bis zum September 2016 betrug der Finanzierungssaldo 1,5 Mrd. €. Um diesen Betrag waren die Einnahmen höher als die Ausgaben.

Die Einnahmen und Ausgaben unterliegen im Laufe des Haushaltsjahres starken

### Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2015		Soll 2016		Ist - Entwicklung		Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	in %	
<b>Konsumentive Ausgaben</b>	<b>269 732</b>	<b>90,1</b>	<b>286 004</b>	<b>90,3</b>	<b>209 487</b>	<b>213 545</b>	<b>+1,9</b>
<b>Personalausgaben</b>	<b>29 907</b>	<b>10,0</b>	<b>30 989</b>	<b>9,8</b>	<b>23 087</b>	<b>23 484</b>	<b>+1,7</b>
Aktivbezüge	21 695	7,2	22 562	7,1	16 530	16 841	+1,9
Versorgung	8 212	2,7	8 427	2,7	6 557	6 644	+1,3
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>24 305</b>	<b>8,1</b>	<b>26 202</b>	<b>8,3</b>	<b>15 453</b>	<b>17 169</b>	<b>+11,1</b>
sächliche Verwaltungsaufgaben	1 462	0,5	1 493	0,5	988	1 022	+3,4
militärische Beschaffungen	9 055	3,0	10 186	3,2	5 030	6 163	+22,5
sonstiger laufender Sachaufwand	13 788	4,6	14 523	4,6	9 435	9 984	+5,8
<b>Zinsausgaben</b>	<b>21 066</b>	<b>7,0</b>	<b>23 772</b>	<b>7,5</b>	<b>20 262</b>	<b>16 400</b>	<b>-19,1</b>
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>193 751</b>	<b>64,7</b>	<b>204 322</b>	<b>64,5</b>	<b>150 106</b>	<b>155 843</b>	<b>+3,8</b>
an Verwaltungen	24 064	8,0	24 285	7,7	16 690	16 846	+0,9
an andere Bereiche	169 687	56,7	180 036	56,8	133 416	138 997	+4,2
darunter:							
Unternehmen	25 616	8,6	28 296	8,9	19 275	19 607	+1,7
Renten, Unterstützungen u. a.	28 903	9,7	29 609	9,3	22 259	22 155	-0,5
Sozialversicherungen	107 334	35,9	111 824	35,3	86 451	90 081	+4,2
<b>Sonstige Vermögensübertragungen</b>	<b>703</b>	<b>0,2</b>	<b>719</b>	<b>0,2</b>	<b>579</b>	<b>649</b>	<b>+12,1</b>
<b>Investive Ausgaben</b>	<b>29 553</b>	<b>9,9</b>	<b>31 484</b>	<b>9,9</b>	<b>19 401</b>	<b>18 140</b>	<b>-6,5</b>
<b>Finanzierungshilfen</b>	<b>21 869</b>	<b>7,3</b>	<b>22 220</b>	<b>7,0</b>	<b>14 930</b>	<b>13 011</b>	<b>-12,9</b>
Zuweisungen und Zuschüsse	20 516	6,9	19 919	6,3	14 045	11 955	-14,9
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	983	0,3	1 848	0,6	664	736	+10,8
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	370	0,1	453	0,1	221	320	+44,8
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>7 684</b>	<b>2,6</b>	<b>9 264</b>	<b>2,9</b>	<b>4 470</b>	<b>5 128</b>	<b>+14,7</b>
Baumaßnahmen	6 141	2,1	7 137	2,3	3 842	4 066	+5,8
Erwerb von beweglichen Sachen	1 186	0,4	1 491	0,5	561	773	+37,8
Grunderwerb	357	0,1	636	0,2	68	289	+325,0
<b>Globalansätze</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>	<b>- 588</b>	<b>-0,2</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>X</b>
<b>Ausgaben insgesamt<sup>1</sup></b>	<b>299 285</b>	<b>100,0</b>	<b>316 900</b>	<b>100,0</b>	<b>228 888</b>	<b>231 684</b>	<b>+1,2</b>

<sup>1</sup> Ohne Ausgaben durch haushaltstechnische Verrechnungen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH SEPTEMBER 2016

Schwankungen und beeinflussen somit die eingesetzten Kassenmittel in den einzelnen Monaten in unterschiedlichem Maße. Auch der Kapitalmarktsaldo zeigt im Jahresverlauf in der Regel starke Schwankungen. Die unterjährige

Entwicklung des Finanzierungssaldos und des jeweiligen Kapitalmarktsaldos sind daher keine Indikatoren, aus denen sich die erforderliche Nettokreditaufnahme am Jahresende errechnen lässt.

### Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist 2015		Soll 2016		Ist - Entwicklung		Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis September 2015	Januar bis September 2016	
<b>I. Steuern</b>	<b>281 706</b>	<b>90,6</b>	<b>288 083</b>	<b>92,8</b>	<b>202 457</b>	<b>210 620</b>	<b>+4,0</b>
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	229 618	73,8	234 733	75,6	169 103	174 809	+3,4
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	119 068	38,3	121 197	39,0	86 523	91 840	+6,1
davon:							
Lohnsteuer	76 028	24,4	78 476	25,3	53 206	54 628	+2,7
veranlagte Einkommensteuer	20 647	6,6	21 144	6,8	15 353	16 749	+9,1
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 968	2,9	8 508	2,7	7 073	7 848	+11,0
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 634	1,2	3 574	1,2	3 022	1 961	-35,1
Körperschaftsteuer	9 792	3,1	9 495	3,1	7 871	10 654	+35,4
Steuern vom Umsatz	108 894	35,0	111 889	36,0	81 694	82 030	+0,4
Gewerbesteuerumlage	1 656	0,5	1 647	0,5	886	939	+6,0
Energiesteuer	39 594	12,7	40 200	12,9	24 374	24 629	+1,0
Tabaksteuer	14 921	4,8	14 360	4,6	9 887	9 871	-0,2
Solidaritätszuschlag	15 930	5,1	16 000	5,2	11 775	12 387	+5,2
Versicherungsteuer	12 419	4,0	12 700	4,1	10 448	10 725	+2,7
Stromsteuer	6 593	2,1	6 600	2,1	4 914	4 841	-1,5
Kraftfahrzeugsteuer	8 805	2,8	8 800	2,8	6 922	7 053	+1,9
Kernbrennstoffsteuer	1371	0,4	1 100	0,4	1 154	355	-69,2
Branntweinabgaben	2 072	0,7	2 057	0,7	1 537	1 539	+0,1
Kaffeesteuers	1 032	0,3	1 031	0,3	753	766	+1,7
Luftverkehrsteuer	1 023	0,3	1 024	0,3	711	736	+3,5
Ergänzungzuweisungen an Länder	-10 041	-3,2	-9 401	-3,0	-7 606	-7 484	-1,6
BNE-Eigenmittel der EU	-21 578	-6,9	-22 160	-7,1	-16 331	-14 412	-11,8
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-4 098	-1,3	-2 390	-0,8	-3 289	-3 188	-3,1
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 408	-2,4	-8 000	-2,6	-5 474	-5 556	+1,5
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw-Maut	-8 992	-2,9	-8 992	-2,9	-6 744	-6 744	+0,0
<b>II. Sonstige Einnahmen</b>	<b>29 349</b>	<b>9,4</b>	<b>22 432</b>	<b>7,2</b>	<b>23 709</b>	<b>22 534</b>	<b>-5,0</b>
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	6 889	2,2	5 758	1,9	5 426	5 644	+4,0
Zinseinnahmen	269	0,1	271	0,1	176	184	+4,5
Darlehenrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	3 211	1,0	1 682	0,5	2 510	2 393	-4,7
<b>Einnahmen insgesamt<sup>1</sup></b>	<b>311 055</b>	<b>100,0</b>	<b>310 515</b>	<b>100,0</b>	<b>226 166</b>	<b>233 154</b>	<b>+3,1</b>

<sup>1</sup> Ohne Einnahmen aus haushaltstechnischen Verrechnungen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS AUGUST 2016

# Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2016

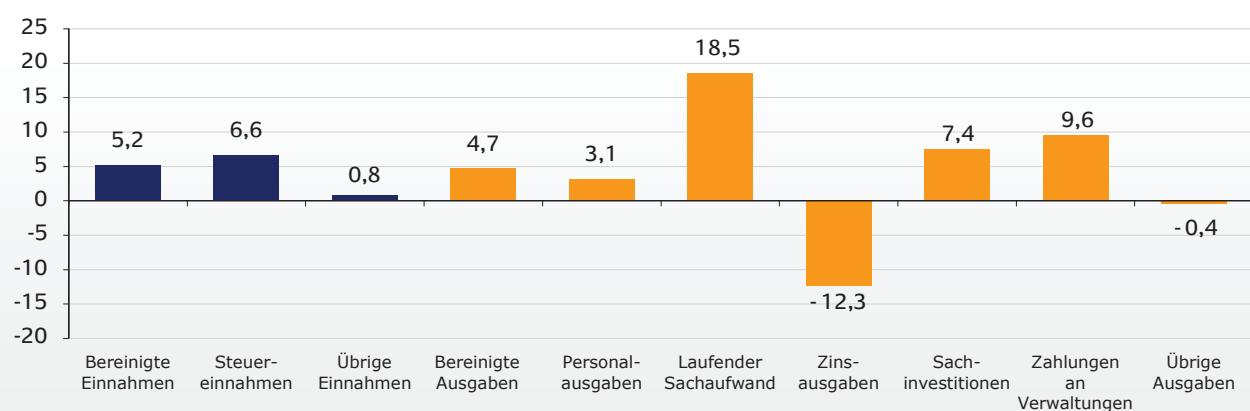
Die Ländergesamtheit erzielte bis Ende August einen Haushaltsüberschuss von 1,9 Mrd. € und verbesserte damit die Haushaltssituation um rund 1,1 Mrd. € gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Zurzeit gehen die Planungen der Länder insgesamt von einem Finanzierungsdefizit von - 10,6 Mrd. € für das Gesamtjahr 2016 aus. Die Ausgaben der Länder insgesamt stiegen im Vergleich zum Vorjahr

um 4,7%, während die Einnahmen um 5,2% zunahmen. Die Steuereinnahmen erhöhten sich gegenüber dem Vergleichszeitraum um 6,6%.

Die Einnahmen und Ausgaben der Länder bis August sind in den nachfolgenden Grafiken sowie in den Tabellen im Statistikteil aufgeführt.

## Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2016, Länder insgesamt

Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %



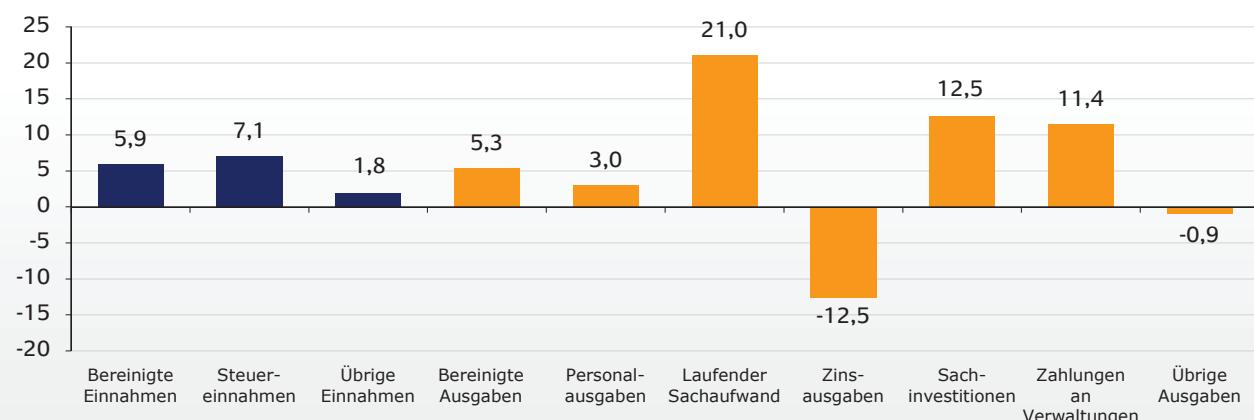
Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS AUGUST 2016

### Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2016, Flächenländer (West)

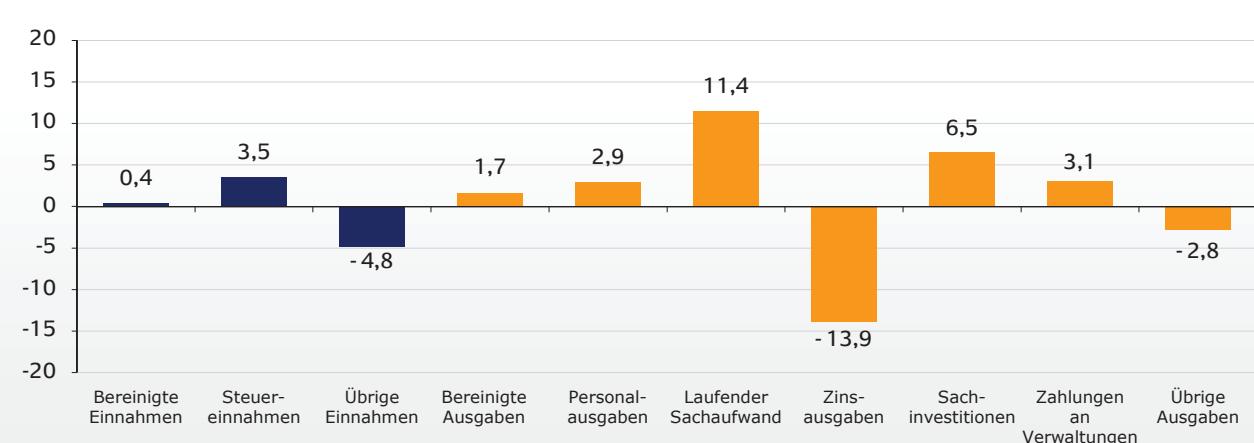
Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

### Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2016, Flächenländer (Ost)

Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %



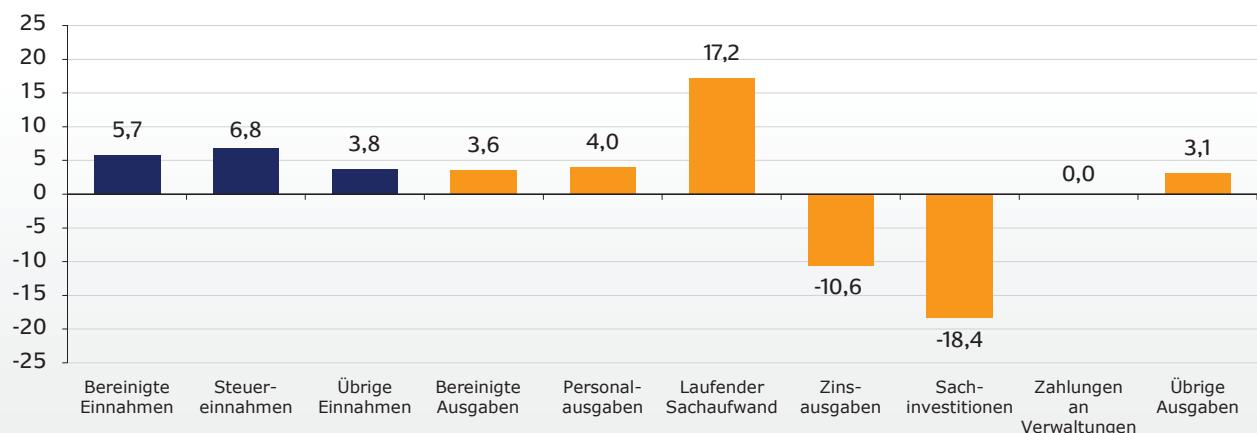
Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS AUGUST 2016

### Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2016, Stadtstaaten

Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

## Entwicklung von Schulden, Kreditaufnahme, Tilgungen und Zinsen

Im September wurden für den Bundeshaushalt und seine Sondervermögen insgesamt 18,4 Mrd. € Kredite aufgenommen und 16,8 Mrd. € an fälligen Krediten getilgt, sodass sich per 30. September 2016 ein Schuldenstand von 1105,5 Mrd. € ergab. Davon waren zur Finanzierung des Bundeshaushalts 1064,1 Mrd. €, des Finanzmarktstabilisierungsfonds 22,8 Mrd. € und des Investitions- und Tilgungsfonds 18,6 Mrd. € verwendet worden.

Die Schwerpunkte der Kreditaufnahme lagen auf der Emission einer 10-jährigen Bundesanleihe mit einem Nominalvolumen von 5 Mrd. € und einer 2-jährigen Bundesschatzanweisung sowie einer 5-jährigen Bundesobligation mit einem Nominalvolumen von je 4 Mrd. €. Bei den Bundesschatzanweisungen valutierten im September außerdem 4 Mrd. €, die allerdings bereits im Monat August begeben worden waren. Ferner wurden 3,5 Mrd. € Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes, 1 Mrd. € 30-jährige festverzinsliche Bundesanleihen und 0,5 Mrd. € inflationsindexierte Anleihen des Bundes emittiert. Im Rahmen der Marktpflege wurden Bundeswertpapiere von saldiert 2,6 Mrd. € für den Eigenbestand gekauft; dieser erreichte Ende September ein Volumen von 47,5 Mrd. €. Weitere Einzelheiten zu den Schuldenständen sowie ihrer Veränderung infolge von Kreditaufnahme und Tilgungen zeigt die Tabelle „Entwicklung der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen im September 2016“. Im statistischen Anhang wird die Entwicklung der Verschuldung und der Tilgungen kumuliert für die Monate

Januar bis September 2016 gezeigt; die Tabelle „Entwicklung des Umlaufvolumens an Bundeswertpapieren im Monat September 2016“ zeigt das Umlaufvolumen der emittierten Bundeswertpapiere einschließlich der Eigenbestände (Nennwerte) sowie zusätzlich die als Kassenkredit emittierten und verbuchten Bundeswertpapiere.

Die Abbildung „Struktur der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen per 30. September 2016 nach Instrumentenarten“ zeigt die Verteilung der vom Bund und seinen Sondervermögen eingegangenen Gesamtschulden nach Instrumentenarten. Danach entfällt der überwiegende Anteil auf nominalverzinsliche Bundesanleihen (42,5 % auf 10-jährige und 17,5 % auf 30-jährige), gefolgt von Bundesobligationen (20,9 %) und Bundesschatzanweisungen (9,2 %). Der Anteil der inflationsindexierten Bundeswertpapiere beträgt 5,9 % des gesamten Schuldenstands.

Insgesamt sind die Schulden des Bundes zu 98,7 % in Form von Bundeswertpapieren verbrieft, wobei es sich ausschließlich um Inhaberschuldverschreibungen handelt und folglich der konkrete Gläubiger dem Emittenten (Bund) nicht bekannt ist. Nur 1,3 % der Schulden entfallen auf Kreditaufnahmen wie Schuldscheindarlehen und sonstige Kredite.

Die kumulierten Jahresergebnisse der Kreditaufnahme, die Tilgungsleistungen und Schuldenstände des Bundes und seiner Sondervermögen werden im statistischen Anhang des Monatsberichts gezeigt. Darüber hinaus enthält der statistische Anhang für den interessierten Leser auch eine längere Datenreihe der Verschuldung gruppiert nach Restlaufzeitklassen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

### FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Eine detaillierte Übersicht über die durchgeführten Auktionen von Bundeswertpapieren wird von der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH veröffentlicht<sup>1</sup>. Sie

<sup>1</sup> Abrufbar unter: [www.bundesfinanzministerium.de/bmb/2016101](http://www.bundesfinanzministerium.de/bmb/2016101)

veröffentlicht ebenfalls die für 2016 geplanten Auktionen von Bundeswertpapieren.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Abrufbar unter: [www.bundesfinanzministerium.de/bmb/2016102](http://www.bundesfinanzministerium.de/bmb/2016102)

## Entwicklung der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen in Mio. €

	Schuldenstand: 31. August 2016	Kreditauf- nahme (Zunahme)	Tilgungen (Abnahme)	Schuldenstand: 30. September 2016	Schulden- stands- änderung (Saldo)
<b>Haushaltskredite</b>	<b>1 103 823</b>	<b>18 447</b>	<b>-16 792</b>	<b>1 105 478</b>	<b>1 655</b>
<b>Gliederung nach Verwendung</b>					
Bundesaushalt	1 060 506	19 767	-16 185	1 064 088	3 582
Finanzmarktstabilisierungsfonds	22 077	1 122	-394	22 805	728
Investitions- und Tiligungsfonds	21 241	-2 442	-213	18 585	-2 655
<b>Gliederung nach Schuldenarten</b>					
Bundeswertpapiere	1 088 299	19 413	-16 762	1 090 949	2 650
Bundesanleihen	660 719	3 660	-750	663 629	2 910
30-jährige Bundesanleihen	192 846	1 202	-750	193 298	452
10-jährige Bundesanleihen	467 873	2 458	-	470 332	2 458
inflationsindexierte Bundeswertpapiere	64 971	468	-	65 439	468
30-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	4 279	27	-	4 306	27
10-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	46 147	416	-	46 563	416
inflationsindexierte Obligationen des Bundes	14 545	25	-	14 570	25
Bundesobligationen	227 995	3 380	-	231 375	3 380
Bundesschatzanweisungen	107 439	7 614	-13 000	102 053	-5 386
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	24 821	4 291	-3 007	26 105	1 283
sonstige Bundeswertpapiere	2 354	0	-5	2 348	-5
Schuldscheindarlehen	9 856	-	-30	9 826	-30
sonstige Kredite und Buchschulden	5 668	-965	0	4 703	-965
<b>Gliederung nach Restlaufzeiten</b>					
bis 1 Jahr	160 198			160 816	617
über 1 Jahr bis 4 Jahre	344 997			353 205	8 208
über 4 Jahre	598 627			591 457	-7 170
<b>nachrichtlich:</b>					
Verbindlichkeiten aus der Kapitalindexierung					
inflationsindexierter Bundeswertpapiere	3 463			3 097	-366
Rücklagen gemäß Schlussfinanzierungsgesetz	2 317			2 317	-

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

## FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

### Entwicklung des Umlaufvolumens an Bundeswertpapieren in Mio. €

	Schuldenstand: 31. August 2016	Kreditauf- nahme (Zunahme)	Tilgungen (Abnahme)	Schuldenstand: 30. September 2016	Schulden- stands- änderung (Saldo)
<b>Gliederung nach Schuldenarten</b>					
Haushaltsemissionen	1 088 299	19 413	-16 762	1 090 949	2 650
Umlaufvolumen	1 133 199	22 016	-16 762	1 138 453	5 254
30-jährige Bundesanleihen	198 250	1 000	-750	198 500	250
10-jährige Bundesanleihen	494 000	5 000	-	499 000	5 000
30-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	4 500	-	-	4 500	-
10-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	47 500	500	-	48 000	500
inflationsindexierte Obligationen des Bundes	15 000	-	-	15 000	-
Bundesobligationen	234 000	4 000	-	238 000	4 000
Bundesschatzanweisungen	112 000	8 000	-13 000	107 000	-5 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	25 596	3 516	-3 007	26 105	509
sonstige Bundeswertpapiere	2 354	0	-5	2 348	-5
Eigenbestände	-44 901	-2 604	-	-47 504	-2 604
Kassenemissionen – Umlaufvolumen –					
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	4 522	-	-	4 522	-
Bundeswertpapiere – Umlaufvolumen –					
Insgesamt	1 137 721	22 016	-16 762	1 142 975	2 650

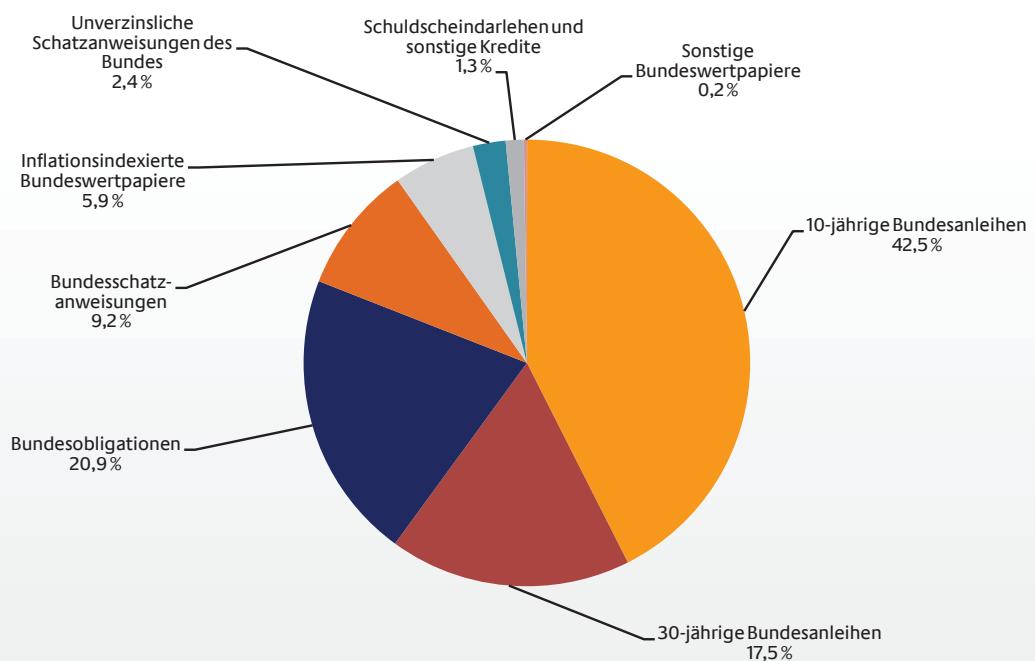
Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

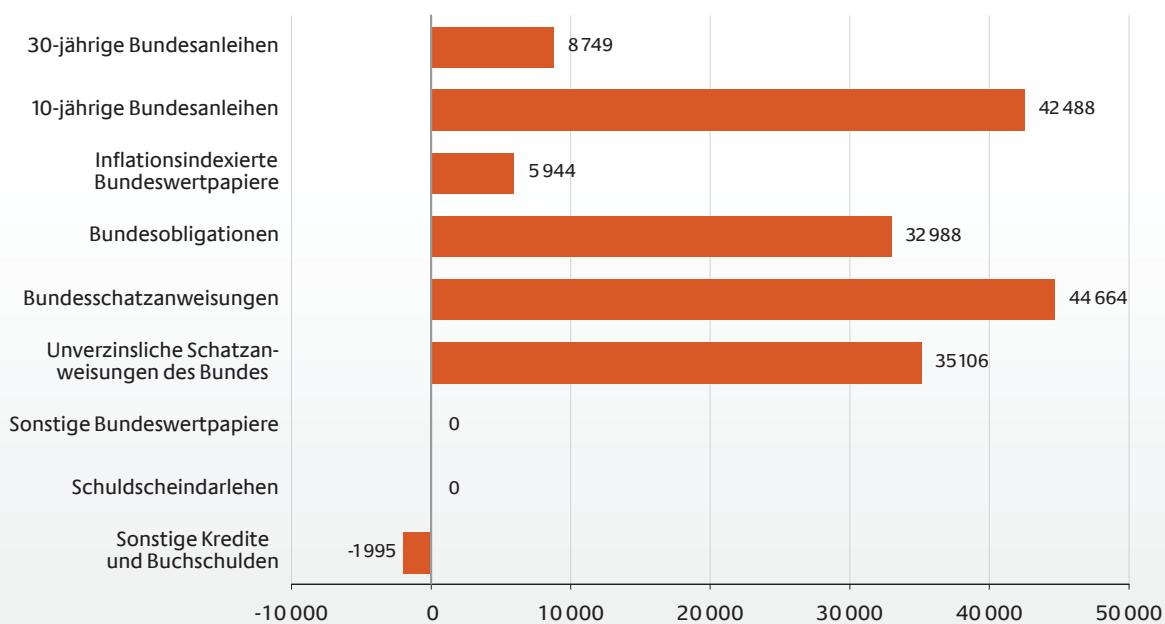
### FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

#### Struktur der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen per 30. September 2016 nach Instrumentarten



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

#### Kreditaufnahme des Bundes und seiner Sondervermögen bis September 2016 in Mio. €



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

### FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

#### Schuldenstand des Bundes und seiner Sondervermögen 2016

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez
	in Mrd. €											
30-jährige Bundesanleihen	189,9	190,8	191,9	193,1	194,2	191,5	192,6	192,8	193,3	-	-	-
10-jährige Bundesanleihen	466,6	470,7	474,2	477,6	481,2	483,9	465,0	467,9	470,3	-	-	-
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	75,4	75,9	76,5	62,4	63,4	64,2	64,8	65,0	65,4	-	-	-
Bundesobligationen	232,7	221,2	225,7	212,1	216,0	220,8	224,7	228,0	231,4	-	-	-
Bundesschatzanweisungen	101,5	106,9	98,2	102,6	107,4	99,4	103,2	107,4	102,1	-	-	-
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	11,2	12,7	14,4	18,1	21,2	23,8	23,7	24,8	26,1	-	-	-
Sonstige Bundeswertpapiere	2,8	2,8	2,7	2,6	2,6	2,5	2,4	2,4	2,3	-	-	-
Schuldscheindarlehen	10,6	10,6	10,5	10,3	10,2	10,0	9,9	9,9	9,8	-	-	-
Sonstige Kredite und Buchschulden	6,7	6,7	4,5	4,5	4,5	5,7	5,7	5,7	4,7	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>1097,4</b>	<b>1098,3</b>	<b>1098,6</b>	<b>1083,2</b>	<b>1100,6</b>	<b>1101,9</b>	<b>1092,0</b>	<b>1103,8</b>	<b>1105,5</b>	-	-	-

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

#### Bruttokreditbedarf des Bundes und seiner Sondervermögen 2016

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe
	in Mrd. €												
30-jährige Bundesanleihen	0,8	0,9	1,1	1,2	1,0	1,1	1,0	0,3	1,2	-	-	-	8,7
10-jährige Bundesanleihen	15,7	4,2	3,5	3,4	3,6	2,7	4,2	2,8	2,5	-	-	-	42,5
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	0,9	0,5	0,6	0,9	1,1	0,8	0,6	0,1	0,5	-	-	-	5,9
Bundesobligationen	0,4	4,4	4,5	4,4	4,0	4,8	3,8	3,3	3,4	-	-	-	33,0
Bundesschatzanweisungen	5,1	5,3	4,4	4,4	4,8	5,0	3,8	4,2	7,6	-	-	-	44,7
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	1,8	3,1	3,2	5,2	4,6	4,5	4,3	4,2	4,3	-	-	-	35,1
Sonstige Bundeswertpapiere	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-	-	-	0,0
Schuldscheindarlehen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-	-	-	0,0
Sonstige Kredite und Buchschulden	0,0	0,0	-2,2	0,0	0,0	1,2	0,0	0,0	-1,0	-	-	-	-2,0
<b>Insgesamt</b>	<b>24,7</b>	<b>18,4</b>	<b>15,0</b>	<b>19,4</b>	<b>19,0</b>	<b>20,1</b>	<b>17,8</b>	<b>15,0</b>	<b>18,4</b>	-	-	-	<b>167,9</b>

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

## Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2016

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe
	in Mrd. €												
30-jährige Bundesanleihen	-	-	-	-	-	-	3,8	-	-	0,8	-	-	4,5
10-jährige Bundesanleihen	23,0	-	-	-	-	-	-	23,0	-	-	-	-	46,0
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	-	-	-	15,0	-	-	-	-	-	-	-	-	15,0
Bundesobligationen	-	16,0	-	18,0	-	-	-	-	-	-	-	-	34,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	13,0	-	-	13,0	-	-	13,0	-	-	-	39,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,8	4,5	3,0	3,0	-	-	-	19,9
Sonstige Bundeswertpapiere	0,0	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	-	-	-	0,4
Schuldscheindarlehen	-	0,1	0,1	0,3	0,1	0,2	0,1	0,1	0,0	-	-	-	0,8
Sonstige Kredite und Buchschulden	-	-	-	-	-	-	0,0	-	0,0	-	-	-	0,0
<b>Insgesamt</b>	<b>24,5</b>	<b>17,6</b>	<b>14,7</b>	<b>34,8</b>	<b>1,6</b>	<b>18,8</b>	<b>27,7</b>	<b>3,2</b>	<b>16,8</b>	-	-	-	<b>159,6</b>

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2016

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe
	in Mrd. €												
<b>Insgesamt</b>	<b>7,4</b>	<b>0,8</b>	<b>-0,7</b>	<b>0,8</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,5</b>	<b>8,7</b>	<b>1,1</b>	<b>0,5</b>	-	-	-	<b>17,8</b>

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

### FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

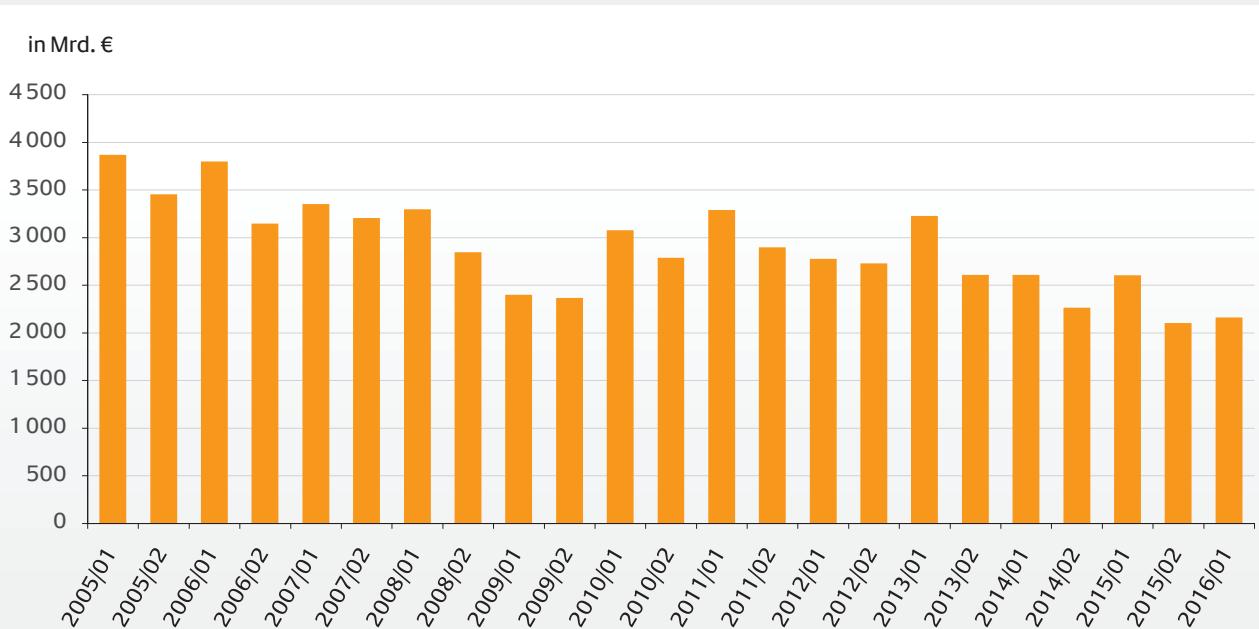
## Der Sekundärmarkthandel mit Bundeswertpapieren

Nach ihrer Emission werden Bundeswertpapiere am Sekundärmarkt gehandelt. Er umfasst vor allem den Handel an Wertpapierbörsen oder auf elektronischen Handelsplattformen, aber auch den außerbörslichen Handel unmittelbar zwischen den institutionellen Finanzmarktteilnehmern. Ein Großteil dieses Handels findet unter Beteiligung der Banken der Bietergruppe Bundeswertpapiere statt. Sie übernehmen nach der Auktion (im sogenannten Primärmarkt) auch im Sekundär-

markt die wichtige Funktion des Handelsmittlers und führen Anbieter und Nachfrager von Bundeswertpapieren zusammen. Die nachfolgend gezeigten Daten zum Sekundärmarkt mit Bundeswertpapieren beruhen auf Meldungen eines repräsentativen Teils der Bieterbanken.

Wie die Grafik „Halbjährliches Handelsvolumen in Bundeswertpapieren“ zeigt, ist seit 2005 eine rückläufige Tendenz bei den Sekundärmarktaktivitäten zu beobachten, wobei die beiden letzten Halbjahre eine gewisse Stabilisierung andeuten.

### Halbjährliches Handelsvolumen in Bundeswertpapieren



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

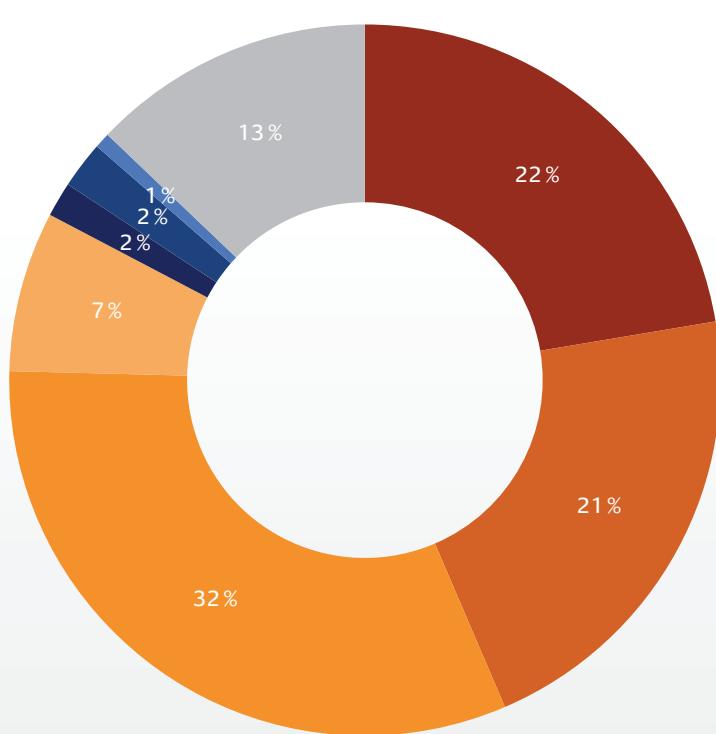
## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

### FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Die Grafik „Handel mit Bundeswertpapieren nach Kontrahenten 1. Halbjahr 2016“ zeigt, dass der größte Teil der Sekundärmarktaktivitäten auf Broker entfällt, gefolgt von Asset Managern, Banken und Zentralbanken.

Deutliche Zuwächse waren bei den Hedgefonds zu verzeichnen, deren Anteil mit 7% den bislang höchsten Wert seit Beginn der Datenerhebung erreichte.

**Handel mit Bundeswertpapieren nach Kontrahenten 1. Halbjahr 2016**



■ Asset Manager ■ Banken ■ Broker ■ Hedgefonds ■ Pensionsfonds ■ Sonstige ■ Versicherungen ■ Zentralbanken

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

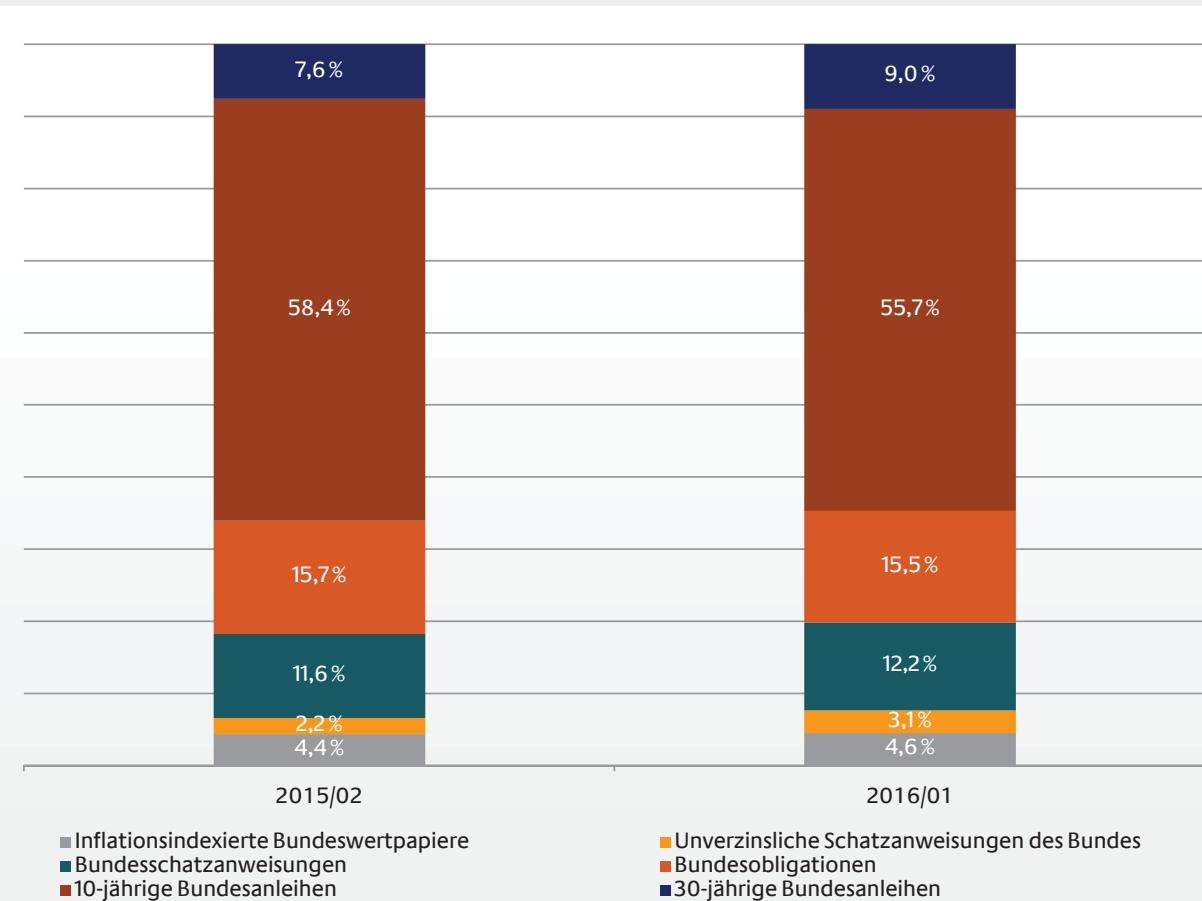
## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

### FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Untergliedert nach Wertpapierarten nahm der Umsatz sowohl der kurzlaufenden Unverzinslichen Schatzanweisungen des Bundes mit Laufzeiten von sechs und 12 Monaten als auch der Bundesschatzanweisungen mit Laufzeiten von zwei Jahren zu (zusammen 24,3 %). Der Hauptteil der Sekundärmarktumsätze entfiel jedoch

nach wie vor auf 5-jährige Bundesobligationen und 10-jährige Bundesanleihen, allerdings nahm ihr Anteil von 74,1 % auf 71,2 % leicht ab. Die Umsätze bei inflationsindexierten Bundeswertpapieren erreichten im 1. Halbjahr 2016 einen Anteil von 4,6 %.

**Sekundärmarktumsätze nach Arten von Bundeswertpapieren**  
prozentuale Anteile in %



Quellen: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

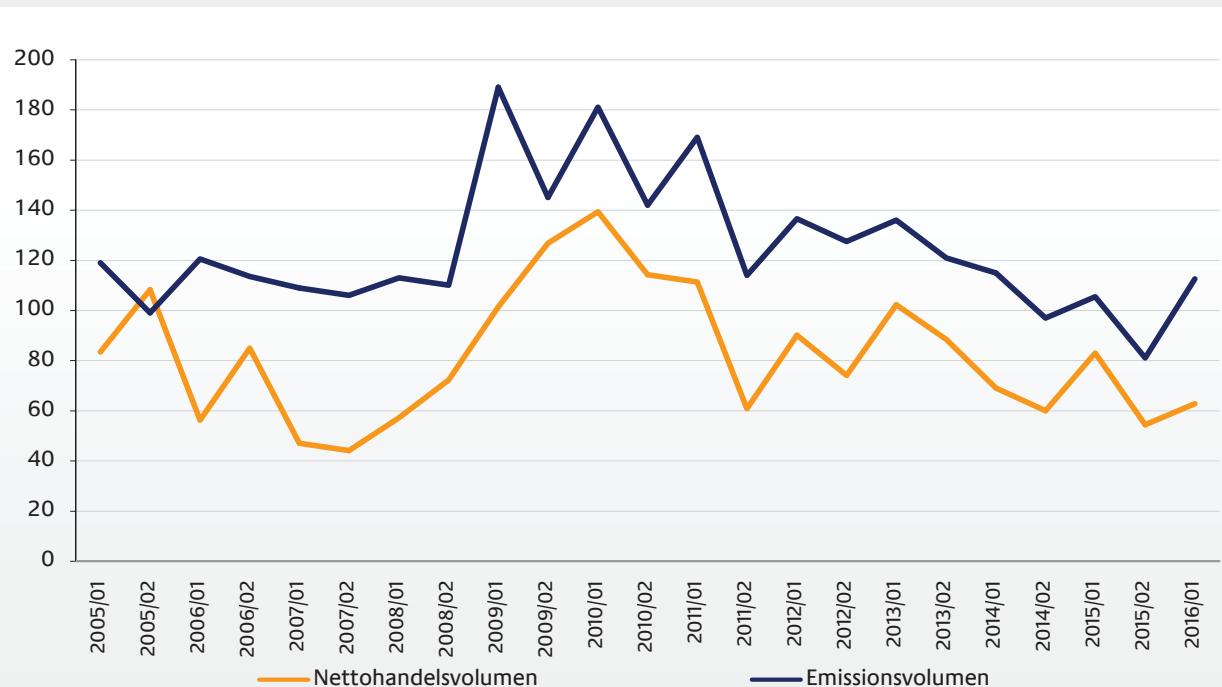
### FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Etwas anders stellt sich die Bedeutung der einzelnen Kontrahenten, Regionen und Bundeswertpapierarten bei den Nettohandelsumsätzen (Salden aus Verkäufen und Käufen meldender Bieterbanken) dar. Positive Werte zeigen einen Bestandsaufbau, negative eine Bestandsreduzierung.

Insgesamt wurden im 1. Halbjahr 2016 Bundeswertpapiere im Volumen von rund 63 Mrd. €

netto abgesetzt – nach 83 Mrd. € im 1. und 54 Mrd. € im 2. Halbjahr 2015. Das Niveau der Nettoabsätze wird in erster Linie von der Höhe der Emissionsvolumen der Bundeswertpapiere im jeweiligen Zeitraum beeinflusst. Die Grafik „Nettohandels- versus Emissionsvolumen von Bundeswertpapieren“ zeigt die Entwicklung seit 2005.

**Nettohandels- versus Emissionsvolumen von Bundeswertpapieren  
in Mrd. €**



Quellen: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

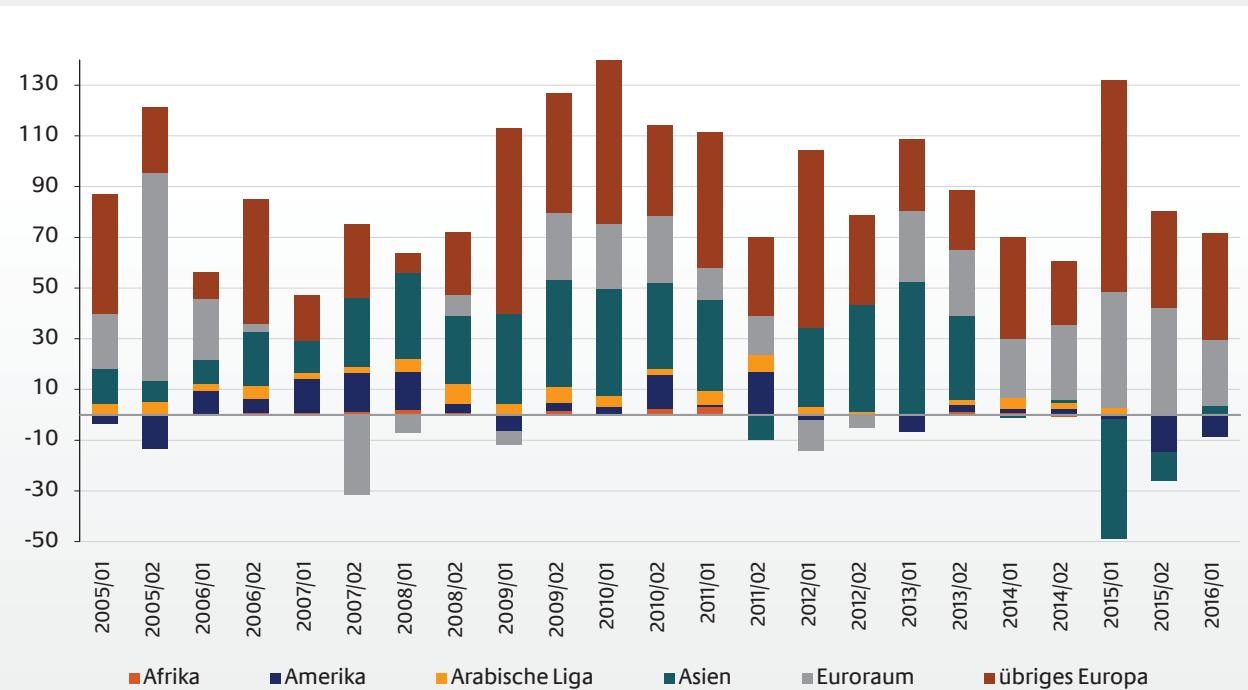
### FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Von Interesse ist hier in erster Linie, welche Kontrahenten aus welchen Regionen die Bundeswertpapiere per Saldo kaufen. So traten die schon seit 2006 fast durchgängig die Nettonachfrage dominierenden Zentralbanken auch im 2. Halbjahr 2016 als mit Abstand bedeutendster Nachfrager auf (Nettobestandsveränderung: + 68 Mrd. €). Im Vergleich zu Nettobestandsveränderung von + 35 Mrd. € im 2. Halbjahr 2015, die jedoch noch unter dem Einfluss von Nettoverkäufen asiatischer Zentralbanken standen, bestimmen nunmehr das Staatsanleihen-Ankaufprogramm der Europäischen Zentralbank (EZB) zusammen mit der Nachfrage von Zentralbanken aus Euroraum-Anrainerstaaten die Zentralbanknachfrage bis zur Jahresmitte 2016 fast vollständig. Die neben den Asset Managern traditionell ebenfalls nachfragestarken Banken stellen mit rund 10 Mrd. € die zweitwichtigste Käufergruppe. Die stärksten Netto-Verkäufer sind hingegen die Broker mit - 15 Mrd. €,

gefolgt von den Hedgefonds mit - 7 Mrd. €, wobei letztere im 2. Halbjahr 2015 mit + 3 Mrd. € als Netto-Käufer auftraten.

In der Regionalverteilung gab es in den vergangenen Perioden deutliche Veränderungen. So ist die Bedeutung der asiatischen Märkte als Nettokäufer seit 2014 deutlich rückläufig. Der seit Beginn der Datenerhebung stets positive Handelssaldo mit den europäischen Ländern ohne die Eurogruppe erfuhr im 1. Halbjahr wieder eine leichte Stärkung. Zusammen mit den Kontrahenten aus der Eurogruppe, deren Handelssaldo von + 42 Mrd. € auf + 26 Mrd. € zurückging, sind die europäischen Kontrahenten die durchweg wichtigsten Nettokäufer von Bundeswertpapieren. Amerikanische Kontrahenten verkauften per Saldo im 1. Halbjahr 2016 erneut Bundeswertpapiere, jedoch mit - 8 Mrd. € nach - 14 Mrd. € im 2. Halbjahr 2015 in deutlich geringerem Umfang.

Halbjährliches Netto-Handelsvolumen mit Bundeswertpapieren nach Regionen  
in Mrd. €



Quellen: Bundesministerium der Finanzen.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

### Marktbericht im 3. Quartal 2016

Von den anfänglich deutlichen Kursrückgängen nach der Brexit-Entscheidung zum Ende des 2. Quartals konnten sich die internationalen Aktienmärkte einigermaßen erholen (s. a. folgende Tabelle). Italienische Aktien entwickelten sich allerdings klar gegen den Trend und weisen seit der Abstimmung der Briten zum Verbleib in der Europäischen Union – gemessen am FTSE MIB 40 – einen Wertverlust von nahezu 9 % auf. Die Situation an der Mailänder Börse wurde von den Sorgen über die Stabilität des italienischen

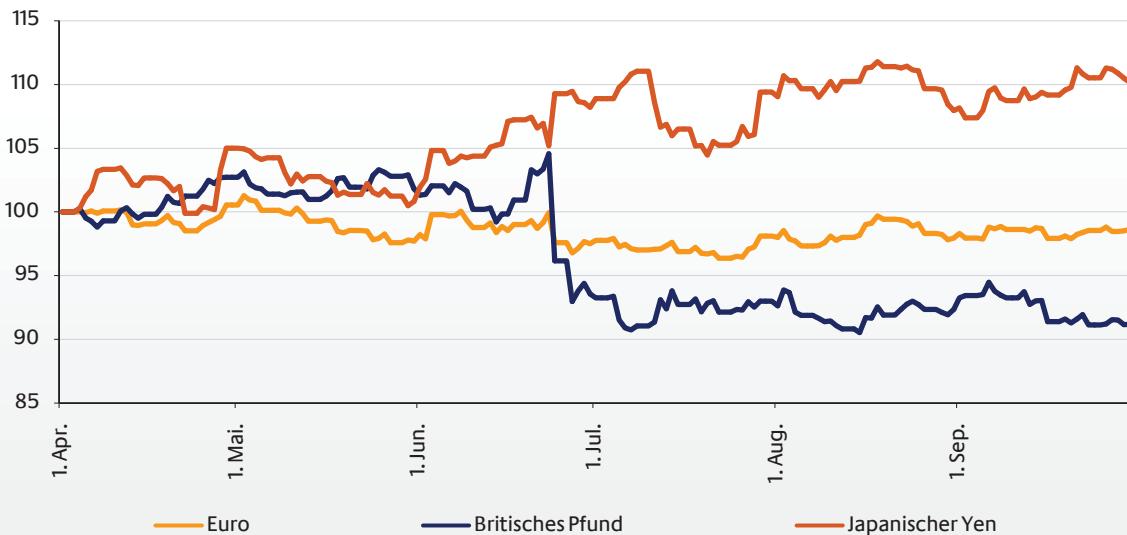
Bankensektors überschattet und konnte daher von der allgemeinen Marktentspannung nicht profitieren. Besonders auffällig auf der positiven Seite: Britische Aktien zeigen den stärksten Zuwachs im Vergleich der großen Aktienmärkte weltweit.

Nicht zuletzt setzen Marktteilnehmer auf stärkere Waren- und Dienstleistungsexporte aus Großbritannien in den Rest der Welt, da sich das Britische Pfund nach wie vor in sehr schwacher Verfassung präsentiert und den starken Sturz nach dem Brexit-Votum bisher nicht ansatzweise kompensieren konnte (s. a. folgende Abbildung).

#### Entwicklung wichtiger Aktienindizes vom 23. Juni 2016 bis 30. September 2016 Aktienindizes der Börsen Frankfurt, London, Paris, Mailand, New York und Tokio

DAX 30	2,50 %
FTSE 100	8,90 %
CAC 40	-0,40 %
FTSE MIB 40	-8,80 %
S&P 500	2,60 %
Nikkei 225	1,30 %

#### Entwicklung der Wechselkurse zum US-Dollar im 2. und 3. Quartal 2016 Wertentwicklung (%) gegenüber US-Dollar; Quartalsbeginn 2. Quartal = 100



Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Reuters.

## Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

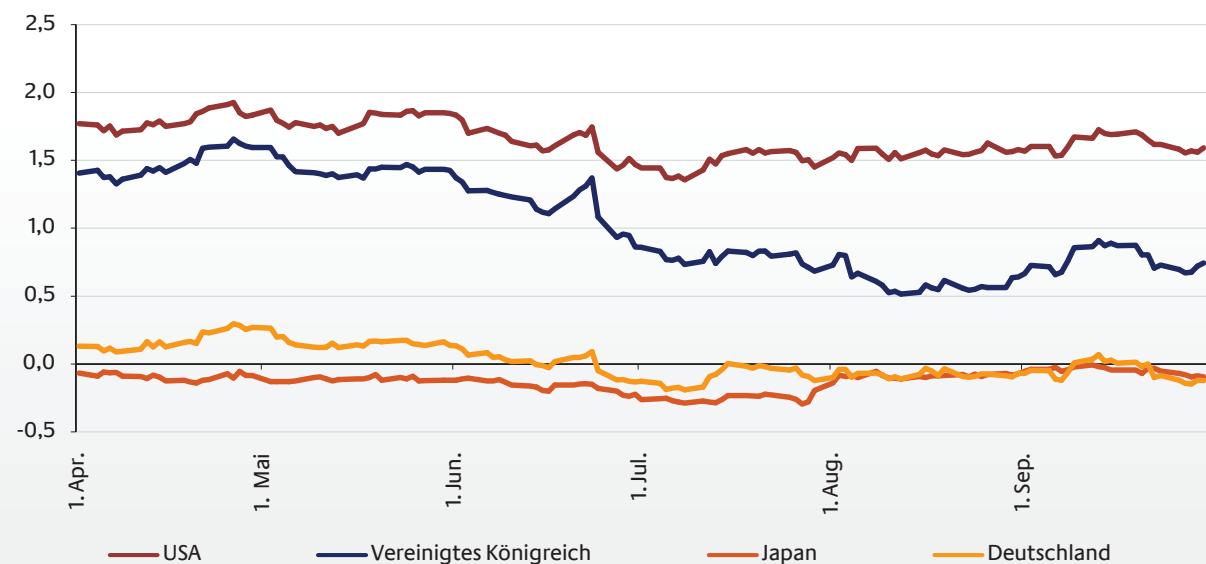
### FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Ein ebenfalls auffälliges Bild liefert die Entwicklung der Rendite für 10-jährige britische Staatsschuldverschreibungen („Gilts“, s. a. folgende Abbildung). Die Rendite war im Zuge der Nachwehen des Votums von rund 1,4% auf knapp 0,5% im Tiefpunkt gefallen, konnte sich seither aber wieder auf ein Niveau von 0,8% zumindest etwas erholen. Die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen hat sich hingegen seit der Brexit-Entscheidung per Saldo kaum verändert. Notierte sie am Tag des Votums noch bei 0,10%, lag sie einen Tag später bei -0,05% und damit nur unwesentlich über dem Stand per 30. September (-0,12%). Eine ähnliche Aussage lässt sich auch für die Entwicklung 10-jähriger Staatsanleihen in den USA und Japan treffen. Während sich die Renditen 10-jähriger japanischer Staatsanleihen nur leicht veränderten und wieder in Richtung der Nulllinie bewegten (aber noch negativ bleiben), verharrten 10-jährige US-Treasuries relativ stabil bei 1,5% und liefern damit die mit Abstand höchste Rendite im Vergleich der großen Währungsräume.

Nachdem das Sommerquartal im vergangenen Jahr noch von der Finanz- und Wirtschaftskrise

in Griechenland geprägt war, richtete sich das Augenmerk in diesem Sommer stark auf die Geldpolitik der Zentralbanken und die Frage nach der Wirksamkeit der in den vergangenen Jahren ergriffenen Maßnahmen, insbesondere großangelegte Ankäufe von Staatsanleihen. Die Frage, welche Folgen langfristig negative Zinsen für die wirtschaftliche Entwicklung haben können, wurde u. a. auf der Zentralbankkonferenz in Jackson Hole im US-Bundesstaat Wyoming kontrovers diskutiert. Die mittel- und langfristigen Inflationserwartungen der Marktteilnehmer für den Euroraum verharrten auch im 3. Quartal deutlich unter der offiziellen Inflations-Zielmarke der EZB von rund 2%. Es bleibt abzuwarten, ob und wie der zum Ende des 3. Quartals anziehende Ölpreis auf die Inflationserwartungen wirken wird. Die Ankäufe von Anleihen im Rahmen des sogenannten Asset Purchase Programme (APP) der EZB wurden indes nahezu unverändert fortgesetzt. Per 30. September 2016 hielt die EZB (über die Bundesbank) einen Anteil von knapp 15% aller umlaufenden Bundeswertpapiere.

**Entwicklung der Renditen 10-jähriger Staatsanleihen im 2. und 3. Quartal 2016**  
Rendite in % p. a.



Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Reuters.

## Aktuelles aus dem BMF

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

# Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

## Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des ECOFIN-Rates am 10. und 11. Oktober 2016 in Luxemburg

In der Eurogruppe am 10. Oktober 2016 standen die Lage in Griechenland, die fiskalische Tragfähigkeit der nationalen Gesundheits- und Pflegesysteme, die Defizitverfahren von Portugal und Spanien sowie das Vorgehen bei der Abgabe und Bewertung der nationalen Haushaltssplanungen auf der Tagesordnung.

Zu Griechenland stellten die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Umsetzungsbericht zum noch nicht ausgezahlten Teil der zweiten Tranche des ESM-Kredits vor. Zu den 15 sogenannten Meilensteinen als Voraussetzung für die Auszahlung der Teiltranche von 1,1 Mrd. € bestätigten die Europäische Kommission und die EZB, dass die Maßnahmen im Wesentlichen umgesetzt seien. Diese betreffen u. a. die Bereiche Renten, Bankenwesen, Energiepolitik, Privatisierung und Steuerverwaltung. Beim Privatisierungsfonds wurde der Aufsichtsrat berufen. Die Eurogruppe betonte, dass der Aufbau vorrangig voranzutreiben sei und das Management bis Jahresende 2016 zu bestellen ist. Die Europäische Kommission empfahl die Auszahlung der Teiltranche von 1,1 Mrd. €. Vor diesem Hintergrund gab die Eurogruppe ihr politisches Einverständnis für die Auszahlung der Teiltranche durch das ESM-Direktorium.

Zudem diskutierte die Eurogruppe den Nettoabbau der Zahlungsrückstände Griechenlands, an den die Auszahlung einer weiteren Teiltranche von 1,7 Mrd. € geknüpft ist. Hierzu konnte Griechenland noch keinen umfassenden Nachweis über die Erfüllung der Auflagen vorlegen. Sobald dies erfolgt, kann das ESM-Direktorium auch diese letzte Teiltranche der zweiten Programmtranche freigeben.

Die Europäische Kommission stellte den Bericht zur fiskalischen Tragfähigkeit der

Gesundheits- und Pflegesysteme vor. Dieser beschäftigt sich mit Maßnahmen zum Abbau von Tragfähigkeitsrisiken vor dem Hintergrund der langfristigen Herausforderungen aufgrund der Bevölkerungsalterung. Die Europäische Kommission betonte, dass insbesondere die zu erwartende zunehmende Nachfrage im Pflegebereich einen Kostendruck verursachen würde. Der Reformbedarf sei nicht rein haushalterischer Natur, sondern betreffe auch strukturelle Fragen sowie den Bereich Prävention. Frankreich, Italien und die Niederlande berichteten über ihre jeweiligen Reformerfahrungen. Auch im ECOFIN wurde der Bericht behandelt. Dort wurde der Wirtschafts- und Finanzausschuss (WFA) beauftragt, unter Einbindung anderer zuständiger Ratsformationen Schlussfolgerungen für den ECOFIN im November vorzubereiten.

Zu Portugal und Spanien berichtete die Europäische Kommission über den strukturierten Dialog mit dem Europäischen Parlament im Vorfeld der Veröffentlichung ihrer Vorschläge zur Aussetzung von Strukturfondsmitteln ab dem 1. Januar 2017. Die Vorschläge sind erforderlich, da beide Mitgliedstaaten keine effektiven Maßnahmen im Rahmen des Defizitverfahrens ergriffen haben. Ein Austausch mit dem Europäischen Parlament hat am 3. Oktober 2016 stattgefunden. Die Europäische Kommission bestätigte ihre Verpflichtung, Vorschläge vorlegen zu müssen.

Zu den nationalen Haushaltssplanungen stimmte die Eurogruppe den von der Eurogruppenarbeitsgruppe und dem WFA vereinbarten Anpassungen am Verhaltenskodex zu. Diese konkretisieren das Vorgehen zur Abgabe der Haushaltspläne durch geschäftsführende Regierungen.

## Aktuelles aus dem BMF

### EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Im Anschluss an die Eurogruppe fand auf Einladung Österreichs ein Treffen der an der Verstärkten Zusammenarbeit zur Einführung der Finanztransaktionssteuer/Financial Transaction Tax teilnehmenden Mitgliedstaaten statt. Dabei konnte eine Verständigung auf den von Österreich vorgelegten Vorschlag zu Kernbestandteilen der Steuer erzielt werden. Dies betrifft insbesondere die Aspekte Territorialität, Derivatebesteuerung und Market Making. Bis Ende des Jahres 2016 werden die technischen Arbeiten fortgesetzt und verbliebene offene Punkte bearbeitet.

Beim ECOFIN am 11. Oktober 2016 standen Mehrwertsteuerspekte des Richtlinienentwurfs zum strafrechtlichen Schutz der finanziellen Interessen der Union, die Umsetzung der Bankenunion, die Klimafinanzierung, das Europäische Semester 2016, der Bericht zur fiskalischen Tragfähigkeit der Gesundheits- und Pflegesysteme (siehe hierzu oben) sowie der Stand der Diskussionen im Baseler Ausschuss zur Bankenreform auf der Tagesordnung.

Beim ECOFIN-Frühstück haben sich die Minister über die Wirtschaftslage sowie über den Stand der Arbeiten zur Verbesserung der Transparenz und Vorhersehbarkeit im Stabilitäts- und Wachstumspakt ausgetauscht. Dabei ging es insbesondere um die zukünftige Rolle der Ausgabenregel. Zudem gab es einen Austausch zu den Vorschlägen der Europäischen Kommission für den Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung. Das Ziel ist, durch die Förderung privater und öffentlicher Investitionen insbesondere in Afrika die Ursachen von Flucht und Migration zu bekämpfen. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble – unterstützt von zahlreichen Ministern – betonte, die Europäische Investitionsbank müsse dabei aufgrund ihrer Expertise eine zentrale Rolle einnehmen.

Der ECOFIN diskutierte erneut über das Thema Mehrwertsteuerbetrug. Dabei wies die Europäische Kommission auf die hohe

finanzielle Dimension des Mehrwertsteuerbetrugs hin. Unter den Ministern bestand Einigkeit darin, den Mehrwertsteuerbetrug weiter bekämpfen zu wollen. Konkret wurde zudem darüber beraten, inwieweit Fragen des Mehrwertsteuerbetrugs im Rahmen der Richtlinie zum strafrechtlichen Schutz der finanziellen Interessen der Union (sogenannte PIF-Richtlinie) geregelt werden sollten. Diese Richtlinie wird aktuell gemeinsam mit dem Vorschlag zur Schaffung einer Europäischen Staatsanwaltschaft im Rat für Justiz und Inneres diskutiert. Zur Einbeziehung des Mehrwertsteuerbetrugs in die PIF-Richtlinie bestand ein differenziertes Meinungsbild zwischen den Ministern. Offenheit bestand für den Ansatz, den Mehrwertsteuerbetrug in den Verordnungsentwurf zur Schaffung der Europäischen Staatsanwaltschaft einzubeziehen. Auch Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble zeigte sich offen für eine Lösung im Verordnungsentwurf, wies aber auf die Zuständigkeit nationaler Steuerverwaltungen hin und lehnte eine Aufnahme des Mehrwertsteuerbetrugs in die PIF-Richtlinie ab. Er sprach sich auch dafür aus, zunächst die präventiven Bemühungen zur Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs zu intensivieren.

Zur Umsetzung der Bankenunion gab die Europäische Kommission den üblichen Überblick über den Umsetzungsstand in den Mitgliedstaaten. Die Bankensanierungs- und abwicklungsrichtlinie (BRRD) und die Einlagensicherungsrichtlinie (DGSD) haben nunmehr alle Mitgliedstaaten bis auf Belgien umgesetzt. Belgien kündigte an, die BRRD noch im Oktober 2016 umzusetzen. Die DGSD würde voraussichtlich im November 2016 umgesetzt werden. Das Abkommen zur nationalen Brückenfinanzierung mit dem Einheitlichen Abwicklungsfonds haben bisher 14 der 19 teilnehmenden Mitgliedstaaten unterzeichnet.

Der ECOFIN hat Schlussfolgerungen zur Klimafinanzierung angenommen. Diese dienen als Beitrag für die Vertragsstaatenkonferenz

## Aktuelles aus dem BMF

### EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

der Klimarahmenkonvention in Marrakesch vom 7. bis 18. November 2016 im Bereich Klimafinanzierung. Die Daten über die Beiträge der Mitgliedstaaten liegen noch nicht vollständig vor und werden gesondert verabschiedet werden.

Der ECOFIN behandelte die Lehren aus dem Europäischen Semester 2016. Hierzu berichtete der Vorsitzende über die Diskussion im WFA. Zentrale Themen für die weitere Verbesserung des Semesters seien Maßnahmen zur Stärkung von Ownership und eine Reformumsetzung, u. a. effizientere und transparentere bilaterale Konsultationen zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten sowie die Kohärenz zwischen den einzelnen länderspezifischen Empfehlungen. Die Europäische Kommission zeigte sich offen, diese Themen aufzugreifen. Sie wies auf den weiterhin unzureichenden Umsetzungsstand der länderspezi-

fischen Empfehlungen in den Mitgliedstaaten hin. Für November 2016 kündigte die Europäische Kommission die Vorlage des Jahreswachstumsberichts 2017, des Frühwarnberichts im Makroökonomischen Ungleichgewichteverfahren sowie ihre Stellungnahme zu den Haushaltspolitiken der Mitgliedstaaten des Euroraums an. Diese werden die Ausgangspunkte des Europäischen Semesters 2017 bilden.

Unter Sonstiges unterrichtete die Europäische Kommission erneut über den Stand der Diskussionen im Baseler Ausschuss zur Bankenreform. Aktuelle Vorschläge würden zu erheblichem zusätzlichen Eigenkapitalbedarf bei europäischen Banken führen. Der ECOFIN unterstrich noch einmal seine gemeinsam formulierten Forderung, dass es keine Benachteiligung europäischer Banken geben dürfe. Vorliegende Vorschläge müssten dahin gehend überarbeitet werden.

 Aktuelles aus dem BMF

TERMINE, PUBLIKATIONEN

## Termine, Publikationen

### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

7./8. November 2016	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
30. November 2016	G20 Fachkonferenz Resilience in Berlin
30. November 2016	Öffentliche Auftaktveranstaltung des BMF zur Deutschen G20-Präsidentschaft in Berlin
5./6. Dezember 2016	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
15./16. Dezember 2016	Europäischer Rat in Brüssel
23./24. Januar 2017	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
20./21. Februar 2017	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel

### Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Bundeshaushalts 2017 und des Finanzplans bis 2020

23. März 2016	Eckwertebeschluss des Kabinetts zum Bundeshaushalt 2017 und Finanzplan bis 2020
2. - 4. Mai 2016	Steuerschätzung in Essen
8. Juni 2016	Stabilitätsrat
6. Juli 2016	Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2017 und Finanzplan bis 2020
12. August 2016	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
5. bis 9. September 2016	1. Lesung Bundestag
23. September 2016	1. Durchgang Bundesrat
31. Oktober bis 2. November 2016	Steuerschätzung in Nürnberg
29. November bis 2. Dezember 2016	2./3. Lesung Bundestag
16. Dezember 2016	2. Durchgang Bundesrat
Ende Dezember 2016	Verkündung im Bundesgesetzblatt

## Aktuelles aus dem BMF

TERMINE, PUBLIKATIONEN

### Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten<sup>1</sup>

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
November 2016	Oktober 2016	21. November 2016
Dezember 2016	November 2016	22. Dezember 2016
Januar 2017	Dezember 2016	27. Januar 2017
Februar 2017	Januar 2017	23. Februar 2017
März 2017	Februar 2017	23. März 2017
April 2017	März 2017	21. April 2017
Mai 2017	April 2017	22. Mai 2017
Juni 2017	Mai 2017	22. Juni 2017
Juli 2017	Juni 2017	20. Juli 2017
August 2017	Juli 2017	21. August 2017
September 2017	August 2017	21. September 2017
Oktober 2017	September 2017	20. Oktober 2017
November 2017	Oktober 2017	23. November 2017
Dezember 2017	November 2017	21. Dezember 2017

<sup>1</sup>Nach Special Data Dissemination Standard Plus (SDDS Plus) des IWF, siehe <http://dsbb.imf.org>.

### Publikationen des BMF

#### Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

#### Zentraler Bestellservice:

Telefon: 03018 272 2721

Telefax: 03018 10 272 2721

#### Internet:

<http://www.bundesfinanzministerium.de>

<http://www.bmf.bund.de>

## Aktuelles aus dem BMF

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

# Stellenausschreibungen

## Bauingenieur/in oder Architekt/in

**Das Bundesministerium der Finanzen sucht kurzfristig eine Referentin oder einen Referenten für baufachliche Angelegenheiten, Große Baumaßnahmen sowie haushaltswirtschaftliche und immobilienökonomische Grundsatzfragen im Hochbau.**

Zum vielfältigen Aufgabengebiet des Bundesministeriums der Finanzen gehören u. a. die Prüfung Großer Baumaßnahmen des Bundes und seiner Zuwendungsempfänger im zivilen und militärischen Bereich im In- und Ausland im Rahmen der Aufstellung und Durchführung des Bundeshaushalts sowie die Begleitung von Normsetzungsvorhaben mit baufachlichem Bezug der EU und der Bundesressorts.

### Aufgaben im Einzelnen

- Abstimmung des Raum- und Infrastrukturbedarfs mit den jeweiligen Bedarfsträgern
- Bewertung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und Verhandlung der Ergebnisse mit den Bedarfsträgern und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
- Verhandlung von Projektkosten als kostenbegrenzende Vorgaben für Baumaßnahmen
- Anerkennung von baufachlichen Unterlagen nach §§ 24 und 54 der Bundeshaushaltsoordnung
- Beteiligung bei Zustimmung zu Projekten Öffentlicher Privater Partnerschaften (ÖPP-Projekte) im Hochbau
- Mitwirkung und Zustimmung zu Liegenschaftskonzepten
- Abstimmung von Gesetzen, Verwaltungsvorschriften und Leitfäden im Zusammenhang mit der Durchführung von Baumaßnahmen auf der Ebene der Bundesressorts
- Festlegung und Fortschreibung von einheitlichen Qualitäts-, Ausstattungs und Ausrüstungsstandards als Planungsgrundlage der erforderlichen Baumaßnahmen mit dem BMUB
- Abstimmung von Kostenstandards und Richtwerten für Baumaßnahmen mit dem BMUB

### Anforderungen

- Abschluss eines universitären Diplomstudiums oder universitären Masterstudiums (120 ECTS) in der Fachrichtung Bauingenieurwesen, Architektur, Gebäudetechnik oder einer vergleichbaren Studienrichtung mit der Note „gut“
- Einschlägige Berufserfahrung nach dem Diplom- oder Masterabschluss in den Bereichen des öffentlichen Hochbaus
- Immobilienökonomische Kenntnisse sowie möglichst Kenntnisse des Haushaltungsrechts und der Haushaltsverfahren
- Gute Englischkenntnisse

## Aktuelles aus dem BMF

### STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Darüber hinaus sollten Sie die Fähigkeit besitzen, sich schnell in neue und wechselnde Aufgabenstellungen einzuarbeiten und komplexe Sachverhalte systematisch zu bearbeiten. Insbesondere Eigeninitiative, Einsatzbereitschaft, Entscheidungs- und Durchsetzungsvermögen, Verhandlungsgeschick und Teamfähigkeit zeichnen Ihre Persönlichkeit aus.

**Wir bieten Ihnen** einen interessanten und zukunftsorientierten Arbeitsplatz in einem der größten Bundesministerien und offerieren zahlreiche Instrumente zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie; eine Teilzeitbeschäftigung ist grundsätzlich möglich.

Bei Erfüllung der beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfolgt Ihre Einstellung im Beamtenverhältnis auf Probe als Regierungsrätin/Regierungsrat (Besoldungsgruppe A 13). Erfüllen Sie diese Voraussetzungen noch nicht, werden Sie zunächst in einem unbefristeten Beschäftigungsverhältnis nach den Bestimmungen des TVöD (Entgeltgruppe 13) eingestellt. Beamtinnen/Beamte aus anderen Verwaltungen werden in ihrem bisherigen Amt (max. Besoldungsgruppe A 14) nach einer vorhergehenden circa sechsmonatigen Abordnung versetzt. Sie erhalten eine Zulage für den Dienst in einer obersten Bundesbehörde („Ministerialzulage“).

### Ihre Bewerbung

Das BMF gewährleistet die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern. Es ist bestrebt, den Frauenanteil zu erhöhen und daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung werden Frauen nach Maßgabe des Bundesgleichstellungsgesetzes und schwerbehinderte Menschen nach dem SGB IX bevorzugt berücksichtigt. Von schwerbehinderten Menschen wird ein Mindestmaß an körperlicher Eignung verlangt. Soweit bei schwerbehinderten Bewerberinnen/Bewerbern ein zeitlicher Kausalzusammenhang zwischen dem Eintritt der Schwerbehinderung und dem Erwerb des universitären Diplom- oder Masterabschlusses nachweisbar ist, wird der Abschluss dieses Studiums mindestens mit der Note „befriedigend“ vorausgesetzt.

Wir freuen uns zudem über Bewerbungen von Menschen aller Nationalitäten.

Fühlen Sie sich angesprochen und erfüllen Sie die genannten Voraussetzungen? Dann sehen wir Ihrer **Online-Bewerbung** über [www.interamt.de](http://www.interamt.de), Stellen-ID 352477, bis zum **6. November 2016** mit Interesse entgegen.

Wir bitten zusätzlich zum dort hinterlegten Bewerbungsbogen einen tabellarischen Lebenslauf, Kopien der Schulabgangs-, Prüfungs- und Beschäftigungszeugnisse sowie gegebenenfalls einen Nachweis über die Schwerbehinderung oder Gleichstellung beizufügen. Bei einem ausländischen Hochschulabschluss fügen Sie bitte auch den Nachweis der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen ([www.kmk.org/zab.html](http://www.kmk.org/zab.html)) über die Feststellung der Gleichwertigkeit des Studienabschlusses mit einem inländischen Hochschulabschluss bei.

## Aktuelles aus dem BMF

### STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Zur Bewerberauswahl ist in der **49. Kalenderwoche** ein gestuftes Auswahlverfahren vorgesehen.

Zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte werden alle zur Verfügung gestellten Unterlagen nach Abschluss des Auswahlverfahrens gelöscht beziehungsweise vernichtet.

Für Fragen bezüglich des Bewerbungsverfahrens stehen Ihnen Frau Almstedt, Tel.: 03018 682 - 1325, und Herr Seehöfer, Tel.: 03018 682 - 1220, E-Mail: [Bewerbung@bmf.bund.de](mailto:Bewerbung@bmf.bund.de), zur Verfügung.

Weitere Informationen über das BMF und das Ministerium als attraktiven Arbeitgeber finden Sie auf unserer Homepage unter [www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de).

## Aktuelles aus dem BMF

HINWEISE AUF AUSSCHREIBUNGEN

# Hinweise auf Ausschreibungen

Ausschreibung zum Forschungsvorhaben fe 13/16 „Rahmenvertrag für Workshops zu wichtigen finanz- und wirtschaftspolitischen Themen“ .....	65
Ausschreibung zum Forschungsvorhaben fe 12/16 „Wissenschaftliche Begleitung der Arbeitsgruppe LIME des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der EU“ .....	66

## Ausschreibung zum Forschungsvorhaben fe 13/16 „Rahmenvertrag für Workshops zu wichtigen finanz- und wirtschaftspolitischen Themen“

Das Bundesministerium der Finanzen schreibt folgendes Forschungsvorhaben aus:

**fe 13/16 „Rahmenvertrag für Workshops zu wichtigen finanz- und wirtschaftspolitischen Themen“.**

Die Bekanntmachung entnehmen Sie bitte dem nachfolgenden Link:

<https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?3&id=138449>

Das Vergabeverfahren erfolgt ausschließlich und vollelektronisch über die e-Vergabeplatzform des Bundes ([www.evergabe-online.de](http://www.evergabe-online.de)). Ausschreibungsunterlagen können nur dort heruntergeladen werden. Teilnahmeanträge/Angebote können nur über die Plattform eingereicht werden.

<http://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Service/Publikationen/Ausschreibungen/ausschreibungen.html>

Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge: 27.10.2016, 23:58 Uhr.

 Aktuelles aus dem BMF

HINWEISE AUF AUSSCHREIBUNGEN

## Ausschreibung zum Forschungsvorhaben fe 12/16 „Wissenschaftliche Begleitung der Arbeitsgruppe LIME des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der EU“

Das Bundesministerium der Finanzen schreibt folgenden Forschungsauftrag aus:

**fe 12/16 „Wissenschaftliche Begleitung der Arbeitsgruppe LIME des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der EU“.**

Die Bekanntmachung entnehmen Sie bitte dem nachfolgenden Link:

<https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?2&id=139178>

Das Vergabeverfahren erfolgt ausschließlich und vollelektronisch über die e-Vergabeplattform des Bundes ([www.evergabe-online.de](http://www.evergabe-online.de)). Ausschreibungsunterlagen können nur dort heruntergeladen werden. Teilnahmeanträge/Angebote können nur über die Plattform eingereicht werden.

<http://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Service/Publikationen/Ausschreibungen/ausschreibungen.html>

Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge: 01.11.2016 23:58 Uhr.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Statistiken und Dokumentationen

## Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung ..... 69

1	Entwicklung der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen .....	69
2	Gewährleistungen .....	70
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund.....	71
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund.....	73
5	Bundeshaushalt 2015 bis 2020 .....	76
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2012 bis 2017 .....	77
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2017 .....	79
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2017 .....	83
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts .....	85
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen .....	87
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten .....	89
12	Entwicklung der Staatsquote .....	90
13a	Schulden der öffentlichen Haushalte .....	91
13b	Schulden der öffentlichen Haushalte - neue Systematik.....	93
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte .....	94
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden.....	95
16	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich .....	96
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich.....	97
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich .....	98
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich.....	99
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015.....	100

## Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte..... 101

Abb. 1	Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2015/2016 .....	101
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2016 im Vergleich zum Jahressoll 2016 .....	101
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis August 2016 .....	102
3	Die Einnahmen und Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2016.....	104

## Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

### **Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes.... 108**

1	Produktionslücken, Budgetsemelastizität und Konjunkturkomponenten .....	109
2	Produktionspotenzial und -lücken .....	110
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum .....	111
4	Bruttoinlandsprodukt .....	112
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt .....	114
6	Kapitalstock und Investitionen.....	118
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität.....	119
8	Preise und Löhne .....	120

### **Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ..... 122**

1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.....	122
2	Preisentwicklung .....	123
3	Außenwirtschaft .....	124
4	Einkommensverteilung.....	125
5	Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich .....	126
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich .....	127
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich .....	128
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern .....	129
9	Übersicht Weltfinanzmärkte .....	130
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote .....	131
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo.....	135

Quellen: soweit nicht anders gekennzeichnet Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Entwicklung der Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen in Mio. €

	Schuldenstand 31. Dezember 2015	Kreditauf- nahme (Zunahme)	Tilgungen (Abnahme)	Schuldenstand 30. September 2016	Schulden- stands- änderung (Saldo)
<b>Haushaltskredite</b>	<b>1 097 175</b>	<b>167 946</b>	<b>-159 643</b>	<b>1 105 478</b>	<b>8 303</b>
<b>Gliederung nach Verwendung</b>					
Bundesaushalt	1 050 926	169 337	-156 175	1 064 088	13 162
Finanzmarktstabilisierungsfonds	25 227	-654	-1 768	22 805	-2 422
Investitions- und Tilgungsfonds	21 022	-737	-1 699	18 585	-2 436
<b>Gliederung nach Schuldenarten</b>					
Bundeswertpapiere	1 079 829	169 940	-158 820	1 090 949	11 120
Bundesanleihen	662 891	51 238	-50 500	663 629	738
30-jährige Bundesanleihen	189 048	8 749	-4 500	193 298	4 249
10-jährige Bundesanleihen	473 843	42 488	-46 000	470 332	-3 512
inflationsindexierte Bundeswertpapiere	74 495	5 944	-15 000	65 439	-9 056
30-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	2 906	1 400	-	4 306	1 400
10-jährige inflationsindexierte Anleihen des Bundes	57 036	4 527	-15 000	46 563	-10 473
inflationsindexierte Obligationen des Bundes	14 553	17	-	14 570	17
Bundesobligationen	232 387	32 988	-34 000	231 375	-1 012
Bundesschatzanweisungen	96 389	44 664	-39 000	102 053	5 664
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	10 887	35 106	-19 888	26 105	15 218
sonstige Bundeswertpapiere	2 780	0	-432	2 348	-432
Schuldscheindarlehen	10 649	0	-823	9 826	-823
sonstige Kredite und Buchschulden	6 697	-1 995	0	4 703	-1 995
<b>Gliederung nach Restlaufzeiten</b>					
bis 1 Jahr	166 685			160 816	-5 869
über 1 Jahr bis 4 Jahre	327 184			353 205	26 021
über 4 Jahre	603 306			591 457	-11 849
<b>nachrichtlich:</b>					
Verbindlichkeiten aus der Kapitalindexierung	5 607			3 097	-2 510
inflationsindexierter Bundeswertpapier					
Rücklagen gemäß Schlussfinanzierungsgesetz	4 450			2 317	-2 133

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung	
		am 30. September 2016 in Mrd. €	Belegung am 30. September 2015
Ausfuhren	160,0	128,5	132,2
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite	65,0	46,7	44,8
FZ-Vorhaben	25,7	17,2	12,6
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	158,0	102,3	105,0
Internationale Finanzierungsinstitutionen	66,0	60,0	56,8
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,0	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	10,0	10,0	8,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)**  
Central Government Operations – Haushalt Bund

	Central Government Operations					
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs-saldo	Kassenmittel	Münzein-nahmen	Kapitalmarkt-saldo/ Nettokredit-aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financial market balance/Net borrowing
in Mio. €/€ m						
<b>2016</b> Dezember	-	-	-	-	-	-
November	-	-	-	-	-	-
Oktober	-	-	-	-	-	-
September	231 684	233 154	1 472	-19 130	146	20 059
August	207 451	203 266	-4 183	-17 600	132	18 961
Juli	184 055	181 195	-2 858	-29 133	106	31 792
Juni	150 661	155 597	4 937	-6 292	62	16 702
Mai	128 374	123 617	-4 756	-19 718	31	20 405
April	106 757	100 080	-6 676	-35 876	-70	34 541
März	83 507	74 622	-8 883	-25 195	-115	21 607
Februar	61 282	42 815	-18 465	-37 291	-141	24 785
Januar	38 739	22 149	-16 589	-41 607	-130	24 889
<b>2015</b> Dezember	299 285	311 055	11 792	0	353	0
November	275 901	267 237	-8 617	-19 916	200	11 500
Oktober	252 058	247 873	-4 144	-23 768	198	19 822
September	228 888	226 166	-2 686	-14 053	188	11 555
August	202 583	196 915	-5 636	-12 976	191	7 531
Juli	180 764	174 943	-5 794	-21 268	179	15 653
Juni	147 444	147 872	450	-4 819	129	5 398
Mai	124 549	113 481	-11 046	-17 612	72	6 638
April	104 640	90 101	-14 518	-34 653	-28	20 106
März	81 483	68 011	-13 454	-28 180	-105	14 620
Februar	59 888	37 371	-22 506	-39 780	-129	17 144
Januar	38 092	19 565	-18 528	-28 905	-126	10 252
<b>2014</b> Dezember	295 486	295 147	-297	0	297	0
November	273 755	252 401	-21 297	-18 391	118	-2 788
Oktober	251 113	229 707	-21 363	-28 982	137	7 756
September	227 810	208 955	-18 809	-21 206	110	2 507
August	205 597	180 504	-25 052	-29 508	124	4 579
Juli	184 378	159 069	-25 268	-35 248	121	10 100
Juni	150 047	134 048	-15 973	-16 582	94	704
Mai	127 591	103 500	-24 066	-25 388	0	1 322
April	103 067	84 896	-18 139	-28 185	-18	10 028
März	80 119	63 166	-16 936	-24 101	-126	7 040
Februar	59 707	35 554	-24 137	-29 495	-178	5 179
Januar	38 484	18 235	-20 235	-38 930	-161	18 534

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)**  
**Central Government Operations – Haushalt Bund**

	Central Government Operations					
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs-saldo	Kassenmittel	Münzein-nahmen	Kapitalmarkt-saldo/ Nettokredit-aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financial market balance/Net borrowing
in Mio. €/€ m						
<b>2013</b> Dezember	307 843	285 452	-22 348	0	276	-22 072
November	286 965	245 022	-41 873	-23 619	110	-18 144
Oktober	260 699	223 768	-36 881	-35 674	132	-1 075
September	228 296	202 085	-26 162	-21 798	119	-4 245
August	206 802	176 302	-30 448	-23 274	124	-7 050
Juli	185 785	156 321	-29 418	-30 261	111	954
Juni	150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1 367
Mai	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176
April	104 661	83 276	-21 371	-34 642	-58	13 213
März	79 772	60 452	-19 306	-24 193	-107	4 780
Februar	59 487	35 678	-23 786	-24 082	-128	168
Januar	37 510	17 690	-19 803	-23 157	-132	3 222
<b>2012</b> Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480
November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749
Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178
September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697
August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379
Juli	184 344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408
Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16 515
Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195
April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	-1	1 298
März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	-77	-2 406
Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	-98	-10 254
Januar	42 651	18 162	-24 484	-24 357	-123	-250
<b>2011</b> Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343
November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280
Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712
September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244
August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851
Juli	185 285	150 535	-34 709	-4 344	162	-30 202
Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335
Mai	129 439	102 355	-27 051	9 300	94	-36 257
April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544
März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	-41	-16 554
Februar	63 623	34 012	-29 593	-17 844	-93	-11 841
Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	-90	-3 861

□ Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)**  
Central Government Debt – Schulden des Bundes und seiner Sondervermögen

	Central Government Debt					Gewährleistungen <sup>1</sup>	
	Schulden, Gliederung nach Restlaufzeiten				Total debt		
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)		Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)			
	Short term	Medium term	Long term	Schulden insgesamt	Debt guaranteed		
	in Mio. €/€ m					in Mrd. €/€ bn	
<b>2016</b> Dezember	-	-	-	-	-	-	
November	-	-	-	-	-	-	
Oktober	-	-	-	-	-	-	
September	160 816	353 205	591 457	1 105 478	467	-	
August	160 198	344 997	598 627	1 103 823	-	-	
Juli	159 029	342 531	590 442	1 092 002	-	-	
Juni	163 083	336 341	602 509	1 101 932	464	-	
Mai	163 453	344 611	592 567	1 100 631	-	-	
April	160 133	340 391	582 702	1 083 226	-	-	
März	170 913	319 285	608 440	1 098 638	458	-	
Februar	169 774	329 687	598 791	1 098 251	-	-	
Januar	168 222	341 169	588 023	1 097 414	-	-	
<b>2015</b> Dezember	166 685	327 184	603 306	1 097 175	469	-	
November	168 065	336 257	602 786	1 107 108	-	-	
Oktober	170 274	332 251	596 101	1 098 627	-	-	
September	174 816	330 669	599 875	1 105 360	461	-	
August	181 894	340 017	589 117	1 111 028	-	-	
Juli	185 717	336 172	580 608	1 102 497	-	-	
Juni	186 398	332 244	594 255	1 112 897	469	-	
Mai	184 474	344 280	585 291	1 114 045	-	-	
April	183 316	340 068	575 739	1 099 123	-	-	
März	170 054	353 776	582 063	1 105 892	464	-	
Februar	173 942	362 357	574 994	1 111 293	-	-	
Januar	175 646	358 395	582 244	1 116 284	-	-	
<b>2014</b> Dezember	174 418	344 350	596 205	1 114 973	464	-	
November	174 865	355 735	593 212	1 123 811	-	-	
Oktober	179 904	352 355	584 644	1 116 904	-	-	
September	179 650	348 783	587 261	1 115 694	459	-	
August	182 193	360 447	576 780	1 119 419	-	-	
Juli	184 184	356 339	569 683	1 110 206	-	-	
Juni	188 514	350 756	582 619	1 121 888	452	-	
Mai	187 882	363 376	572 633	1 123 891	-	-	
April	189 874	358 460	561 374	1 109 708	-	-	
März	192 454	344 362	581 505	1 118 321	449	-	
Februar	195 998	355 633	571 956	1 123 587	-	-	
Januar	182 989	351 395	577 490	1 111 874	-	-	

█ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)**  
**Central Government Debt – Schulden Bund**

	Central Government Debt				
	Schulden, Gliederung nach Restlaufzeiten				Gewährleistungen <sup>1</sup>
	Total debt				
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Schulden insgesamt	Debt guaranteed
	Short term	Medium term	Long term	Total debt	in Mrd. €/€ bn
	in Mio. €/€ m				
<b>2013</b> Dezember	185 271	341 269	587 045	1 113 586	443
November	188 754	351 185	582 457	1 122 396	-
Oktober	189 757	347 773	569 078	1 106 607	-
September	189 278	345 590	573 190	1 108 058	470
August	193 020	356 381	562 007	1 111 409	-
Juli	194 720	352 590	552 163	1 099 473	-
Juni	190 827	354 337	561 762	1 106 926	474
Mai	190 923	365 209	551 931	1 108 063	-
April	185 788	361 159	541 621	1 088 568	-
März	196 977	358 249	548 694	1 103 920	472
Februar	200 351	369 334	539 369	1 109 054	-
Januar	201 089	349 799	543 590	1 094 479	-
<b>2012</b> Dezember	198 359	344 094	553 079	1 095 533	470
November	202 601	355 077	551 259	1 108 937	-
Oktober	201 414	349 798	537 404	1 088 616	-
September	201 576	345 126	542 966	1 089 668	508
August	208 360	355 924	529 662	1 093 945	-
Juli	208 104	352 283	520 825	1 081 212	-
Juni	212 946	347 436	530 779	1 091 161	459
Mai	214 688	357 227	523 689	1 095 604	-
April	213 986	352 526	512 860	1 079 372	-
März	202 748	342 881	534 056	1 079 685	454
Februar	206 070	356 415	523 881	1 086 365	-
Januar	207 850	336 560	530 200	1 074 610	-

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)  
Central Government Debt – Schulden Bund

	Central Government Debt					Gewährleistungen <sup>1</sup>			
	Schulden, Gliederung nach Restlaufzeiten				Schulden insgesamt				
	Total debt			Debt guaranteed					
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)						
	Short term	Medium term	Long term	Total debt	in Mio. €/€ m				
					in Mrd. €/€ bn				
<b>2011</b> Dezember	208 659	325 547	541 458	1 075 664	378				
November	215 408	337 011	536 176	1 088 595	-				
Oktober	219 396	331 770	525 205	1 076 371	-				
September	225 341	328 198	533 879	1 087 418	376				
August	223 570	344 093	524 129	1 091 792	-				
Juli	224 983	338 696	517 939	1 081 618	-				
Juni	222 841	340 497	528 153	1 091 490	361				
Mai	218 689	353 569	523 092	1 095 350	-				
April	220 829	347 235	512 372	1 080 436	-				
März	225 835	339 414	515 722	1 080 971	348				
Februar	221 904	353 140	504 297	1 079 342	-				
Januar	226 030	330 826	512 329	1 069 186	-				

<sup>1</sup> Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet. Ab Dezember 2013 neue Ermittlungsmethode für die Gewährleistungen, daher keine Vergleichbarkeit der Werte zur Vorperiode. Vorjahreswert (2012) nach neuer Ermittlungsmethode: 433 Mrd. €.

 Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 5: Bundeshaushalt 2015-2020**  
Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Ist	Soll	RegEntw	Finanzplanung		
	Mrd. €					
<b>1. Ausgaben</b>	<b>299,3</b>	<b>316,9</b>	<b>328,7</b>	<b>331,1</b>	<b>343,3</b>	<b>349,3</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 1,3	+ 5,9	+ 3,7	+ 0,7	+ 3,7	+ 1,8
<b>2. Einnahmen<sup>1</sup></b>	<b>311,1</b>	<b>310,5</b>	<b>321,7</b>	<b>330,8</b>	<b>343,0</b>	<b>349,0</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 5,4	- 0,2	+ 3,6	+ 2,9	+ 3,7	+ 1,8
darunter:						
Steuereinnahmen	270,8	281,7	288,1	301,8	315,5	327,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 4,0	+ 2,3	+ 4,8	+ 4,6	+ 3,9	+ 3,5
<b>3. Finanzierungssaldo</b>	<b>11,8</b>	<b>-6,4</b>	<b>-7,0</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>
in % der Ausgaben	+ 1,6	- 2,0	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1
<b>Zusammensetzung des Finanzierungssaldos</b>						
<b>4. Bruttokreditaufnahme<sup>2</sup> (-)</b>	<b>170,2</b>	<b>210,1</b>	<b>187,3</b>	<b>193,5</b>	<b>181,0</b>	<b>201,2</b>
<b>5. Sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen</b>	<b>-18,5</b>	<b>13,9</b>	<b>13,2</b>	<b>0,1</b>	<b>-1,8</b>	<b>0,9</b>
<b>6. Tilgungen (+)</b>	<b>188,7</b>	<b>196,2</b>	<b>174,1</b>	<b>192,9</b>	<b>182,8</b>	<b>200,3</b>
<b>7. Nettokreditaufnahme</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
<b>8. Münzeinnahmen</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,4</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,3</b>
nachrichtlich:						
investive Ausgaben	29,3	29,6	31,5	33,3	34,5	35,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 0,9	+ 6,5	+ 5,7	+ 3,7	+ 1,6	- 12,2
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,0	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> Gemäß BHO §13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: Juli 2016

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2012 bis 2017**

Ausgabeart	2012	2013	2014	2015	2016	2017	
	Ist			Soll	RegEntwurf <sup>1</sup>		
	in Mio. €						
<b>Ausgaben der laufenden Rechnung</b>							
<b>Personalausgaben</b>	<b>28 046</b>	<b>28 575</b>	<b>29 209</b>	<b>29 907</b>	<b>30 989</b>	<b>32 094</b>	
Aktivitätsbezüge	20 619	20 938	21 280	21 695	22 562	23 502	
ziviler Bereich	9 289	9 599	9 997	10 395	11 594	12 069	
militärischer Bereich	11 331	11 339	11 283	11 300	10 968	11 433	
Versorgung	7 427	7 637	7 928	8 212	8 427	8 592	
ziviler Bereich	2 538	2 619	2 699	2 765	2 831	2 834	
militärischer Bereich	4 889	5 018	5 229	5 447	5 596	5 758	
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>23 703</b>	<b>23 152</b>	<b>23 174</b>	<b>24 305</b>	<b>26 202</b>	<b>28 437</b>	
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 384	1 453	1 352	1 462	1 493	1 535	
militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 287	8 550	8 814	9 055	10 186	11 133	
sonstiger laufender Sachaufwand	12 033	13 148	13 008	13 788	14 523	15 769	
<b>Zinsausgaben</b>	<b>30 487</b>	<b>31 302</b>	<b>25 916</b>	<b>21 066</b>	<b>23 772</b>	<b>19 286</b>	
an andere Bereiche	30 487	31 302	25 916	21 066	23 772	19 286	
Sonstige	30 487	31 302	25 916	21 066	23 772	19 286	
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42	
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	30 446	31 261	25 874	21 024	23 730	19 245	
an Ausland	-	-	0	0	0	0	
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>187 734</b>	<b>190 781</b>	<b>187 308</b>	<b>193 751</b>	<b>204 322</b>	<b>214 930</b>	
an Verwaltungen	17 090	27 273	21 108	24 064	24 285	26 368	
Länder	11 529	13 435	14 133	16 154	17 137	19 002	
Gemeinden	8	8	5	19	6	5	
Sondervermögen	5 552	13 829	6 969	7 890	7 143	7 361	
Zweckverbände	1	0	0	0	0	0	
an andere Bereiche	170 644	163 508	166 200	169 687	180 036	188 562	
Unternehmen	24 225	25 024	25 517	25 616	28 296	29 511	
Renten, Unterstützungen u. ä. an natürliche Personen	26 307	27 055	28 029	28 903	29 609	30 793	
an Sozialversicherung	113 424	103 693	104 719	107 334	111 824	117 175	
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 668	1 656	1 889	1 936	2 575	3 479	
an Ausland	5 017	6 075	6 043	5 894	7 730	7 600	
an Sonstige	2	5	5	4	2	4	
<b>Summe Ausgaben der laufenden Rechnung</b>	<b>269 971</b>	<b>273 811</b>	<b>265 607</b>	<b>269 028</b>	<b>285 285</b>	<b>294 747</b>	

<sup>1</sup>Stand: Kabinettsbeschluss vom 6. Juli 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2012 bis 2017

Ausgabeart	2012	2013	2014	2015	2016	2017	
	Ist			Soll	RegEntwurf <sup>1</sup>		
	in Mio. €						
<b>Ausgaben der Kapitalrechnung</b>							
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>7 760</b>	<b>7 895</b>	<b>7 865</b>	<b>7 684</b>	<b>9 264</b>	<b>9 851</b>	
Baumaßnahmen	6 147	6 264	6 419	6 141	7 137	7 581	
Erwerb von beweglichen Sachen	983	1 020	983	1 186	1 491	1 618	
Grunderwerb	629	611	463	357	636	653	
<b>Vermögensübertragungen</b>	<b>16 005</b>	<b>15 327</b>	<b>16 575</b>	<b>21 219</b>	<b>20 639</b>	<b>22 536</b>	
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 524	14 772	15 971	20 516	19 919	21 838	
an Verwaltungen	5 789	4 924	4 854	8 779	6 128	6 972	
Länder	5 152	4 873	4 786	5 213	5 790	6 437	
Gemeinden und Gemeindeverbände	56	52	68	66	107	89	
Sondervermögen	581	-	0	3 500	231	446	
an andere Bereiche	9 735	9 848	11 118	11 737	13 792	14 866	
Sonstige – Inland	6 234	6 393	5 886	6 625	8 114	8 570	
Ausland	3 501	3 455	5 232	5 112	5 678	6 296	
sonstige Vermögensübertragungen	480	555	604	703	719	699	
an andere Bereiche	480	555	604	703	719	699	
Unternehmen – Inland	4	7	5	0	30	30	
Sonstige – Inland	129	141	135	131	132	125	
Ausland	348	406	464	572	557	544	
<b>Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen</b>	<b>13 040</b>	<b>10 810</b>	<b>5 439</b>	<b>1 353</b>	<b>2 301</b>	<b>1 595</b>	
Darlehensgewährung	2 736	2 032	1 024	983	1 848	1 228	
an Verwaltungen	1	0	0	0	1	1	
Länder	1	0	0	0	1	1	
an andere Bereiche	2 735	2 032	1 023	983	1 847	1 228	
sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 070	597	793	708	1 597	911	
Ausland	1 666	1 435	230	274	250	317	
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	10 304	8 778	4 416	370	453	367	
Inland	0	91	72	370	113	201	
Ausland	10 304	8 687	4 343	0	340	165	
<b>Summe Ausgaben der Kapitalrechnung</b>	<b>36 804</b>	<b>34 032</b>	<b>29 879</b>	<b>30 257</b>	<b>32 203</b>	<b>33 983</b>	
Darunter: Investive Ausgaben	36 324	33 477	29 275	29 553	31 484	33 284	
<b>Globale Mehr-/Minderausgaben</b>	-	-	-	0	- 588	- 30	
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>306 775</b>	<b>307 843</b>	<b>295 486</b>	<b>299 285</b>	<b>316 900</b>	<b>328 700</b>	

<sup>1</sup>Stand: Kabinettsbeschluss vom 6. Juli 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2017

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €					
<b>0</b>	<b>Allgemeine Dienste</b>	<b>75 148</b>	<b>67 766</b>	<b>28 094</b>	<b>22 225</b>	<b>0</b>	<b>17 447</b>
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	15 727	15 182	4 217	2 070	0	8 895
02	auswärtige Angelegenheiten	12 779	7 066	572	376	0	6 118
03	Verteidigung	36 212	35 876	17 192	17 164	0	1 520
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	5 402	4 839	2 779	1 681	0	379
05	Rechtsschutz	521	505	311	136	0	58
06	Finanzverwaltung	4 505	4 297	3 022	798	0	477
<b>1</b>	<b>Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>23 503</b>	<b>19 751</b>	<b>553</b>	<b>1 268</b>	<b>0</b>	<b>17 930</b>
13	Hochschulen	5 735	4 719	16	13	0	4 690
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	3 973	3 959	0	115	0	3 844
15	sonstiges Bildungswesen	397	297	13	75	0	209
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	12 572	10 138	523	1 051	0	8 564
19	übrige Bereiche aus 1	827	639	1	15	0	623
<b>2</b>	<b>Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik</b>	<b>170 966</b>	<b>169 816</b>	<b>528</b>	<b>531</b>	<b>0</b>	<b>168 757</b>
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	112 090	112 090	39	0	0	112 051
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7 993	7 993	0	4	0	7 989
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1 969	1 421	0	5	0	1 416
25	Arbeitsmarktpolitik	37 907	37 798	1	84	0	37 713
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	546	543	0	31	0	512
29	übrige Bereiche aus 2	10 462	9 971	488	408	0	9 075
<b>3</b>	<b>Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung</b>	<b>2 222</b>	<b>1 280</b>	<b>395</b>	<b>516</b>	<b>0</b>	<b>369</b>
31	Gesundheitswesen	647	610	229	271	0	111
32	Sport und Erholung	157	141	0	12	0	129
33	Umwelt- und Naturschutz	772	334	98	169	0	67
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	646	194	68	65	0	62
<b>4</b>	<b>Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>3 084</b>	<b>385</b>	<b>0</b>	<b>29</b>	<b>0</b>	<b>356</b>
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 753	372	0	17	0	356
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	1 329	13	0	13	0	0
43	kommunale Gemeinschaftsdienste	2	0	0	0	0	0
<b>5</b>	<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>1 155</b>	<b>547</b>	<b>12</b>	<b>272</b>	<b>0</b>	<b>263</b>
52	Landwirtschaft und Ernährung	1 130	525	0	264	0	261
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	132	132	0	105	0	27
529	übrige Bereiche aus 52	998	393	0	159	0	234
599	übrige Bereiche aus 5	25	22	12	8	0	2

 Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2017**

		Sach-investitionen	Vermögens-übertragun-gen	Darlehens-gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital-rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €				
<b>0</b>	<b>Allgemeine Dienste</b>	<b>1 501</b>	<b>5 310</b>	<b>571</b>	<b>7 382</b>	<b>7 366</b>
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	431	114	0	545	545
02	auswärtige Angelegenheiten	154	5 077	482	5 713	5 713
03	Verteidigung	184	64	88	336	321
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	508	54	0	563	563
05	Rechtsschutz	16	0	0	16	16
06	Finanzverwaltung	208	0	0	209	209
<b>1</b>	<b>Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>152</b>	<b>3 600</b>	<b>0</b>	<b>3 752</b>	<b>3 752</b>
13	Hochschulen	2	1 014	0	1 016	1 016
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	0	14	0	14	14
15	sonstiges Bildungswesen	1	100	0	100	100
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	144	2 290	0	2 434	2 434
19	übrige Bereiche aus 1	5	183	0	188	188
<b>2</b>	<b>Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik</b>	<b>34</b>	<b>1 107</b>	<b>9</b>	<b>1 150</b>	<b>497</b>
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	0	0	0	0	0
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	0	0	0	0	0
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	545	1	547	3
25	Arbeitsmarktpolitik	0	109	0	109	0
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	0	3	0	3	3
29	übrige Bereiche aus 2	33	450	8	491	491
<b>3</b>	<b>Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung</b>	<b>483</b>	<b>459</b>	<b>0</b>	<b>942</b>	<b>942</b>
31	Gesundheitswesen	28	8	0	36	36
32	Sport und Erholung	0	16	0	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	6	432	0	438	438
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	448	3	0	452	452
<b>4</b>	<b>Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>0</b>	<b>2 697</b>	<b>2</b>	<b>2 699</b>	<b>2 699</b>
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	0	1 379	2	1 380	1 380
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	0	1 317	0	1 317	1 317
43	communale Gemeinschaftsdienste	0	2	0	2	2
<b>5</b>	<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>2</b>	<b>605</b>	<b>1</b>	<b>608</b>	<b>608</b>
52	Landwirtschaft und Ernährung	0	604	1	605	605
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	0	0	0	0	0
529	übrige Bereiche aus 52	0	604	1	605	605
599	übrige Bereiche aus 5	2	1	0	2	2

□ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2017**

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €					
<b>6</b>	<b>Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>5 195</b>	<b>2 570</b>	<b>106</b>	<b>497</b>	<b>0</b>	<b>1 968</b>
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	125	0	0	0	0	0
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 441	1 424	0	4	0	1 420
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	636	517	0	81	0	436
65	Handel und Tourismus	352	352	0	284	0	69
66	Geld- und Versicherungswesen	40	10	0	10	0	0
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	916	81	0	40	0	41
69	regionale Fördermaßnahmen	1 555	59	0	57	0	2
699	übrige Bereiche aus 6	130	126	106	21	0	0
<b>7</b>	<b>Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>19 743</b>	<b>4 956</b>	<b>1 127</b>	<b>2 657</b>	<b>0</b>	<b>1 171</b>
72	Straßen	9 212	1 236	0	1 049	0	187
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 677	573	108	392	0	73
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	5 420	82	0	5	0	77
75	Luftfahrt	468	239	76	24	0	139
799	übrige Bereiche aus 7	2 966	2 826	943	1 188	0	695
<b>8</b>	<b>Finanzwirtschaft</b>	<b>27 685</b>	<b>27 676</b>	<b>1 281</b>	<b>440</b>	<b>19 286</b>	<b>6 669</b>
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 779	5 779	0	0	0	5 779
82	Steuern und Finanzzuweisungen	929	890	0	0	0	890
83	Schulden	19 295	19 295	0	9	19 286	0
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	581	581	581	0	0	0
88	Globalposten	670	700	700	0	0	0
899	übrige Bereiche aus 8	431	431	0	431	0	0
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>		<b>328 700</b>	<b>294 747</b>	<b>32 094</b>	<b>28 437</b>	<b>19 286</b>	<b>214 930</b>

 Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2017

		Sachin-vestitionen	Vermögens-übertragun-gen	Darlehens-gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital-rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €				
<b>6</b>	<b>Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>3</b>	<b>1 837</b>	<b>785</b>	<b>2 625</b>	<b>2 595</b>
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	0	125	0	125	125
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	0	17	0	17	17
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	0	119	0	119	119
65	Handel und Tourismus	0	0	0	0	0
66	Geld- und Versicherungswesen	0	30	0	30	0
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	0	50	785	835	835
69	regionale Fördermaßnahmen	0	1 496	0	1 496	1 496
699	übrige Bereiche aus 6	3	0	0	3	3
<b>7</b>	<b>Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>7 676</b>	<b>6 883</b>	<b>229</b>	<b>14 788</b>	<b>14 788</b>
72	Straßen	6 536	1 441	0	7 976	7 976
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 101	2	0	1 103	1 103
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	0	5 338	0	5 338	5 338
75	Luftfahrt	1	0	229	230	230
799	übrige Bereiche aus 7	38	102	0	140	140
<b>8</b>	<b>Finanzwirtschaft</b>	<b>0</b>	<b>38</b>	<b>0</b>	<b>38</b>	<b>38</b>
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	0	0	0	0	0
82	Steuern und Finanzzuweisungen	0	38	0	38	38
83	Schulden	0	0	0	0	0
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	0	0	0	0	0
88	Globalposten	0	0	0	0	0
899	übrige Bereiche aus 8	0	0	0	0	0
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>		<b>9 851</b>	<b>22 536</b>	<b>1 595</b>	<b>33 983</b>	<b>33 284</b>

## Statistiken und Dokumentationen

### ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts  
1969 bis 2017  
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)**

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
		Ist-Ergebnisse							
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b>	Mrd. €	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 8,6	+ 12,7	+ 37,5	+ 2,1	+ 0,0	- 1,4	- 1,0	+ 3,3
<b>Einnahmen</b>	Mrd. €	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 17,9	+ 0,2	+ 6,0	+ 5,0	+ 0,0	- 1,5	- 0,1	+ 7,8
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd. €	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	- 31,4
Finanzierung/Verwendung:									
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	0,4	15,3	27,1	11,4	23,9	25,6	23,8	31,2
Münzeinnahmen	Mrd. €	0,1	0,4	27,1	0,2	0,7	0,2	0,1	0,2
Saldo der Rücklagenbewegungen	Mrd. €	0,0	1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	0,7	0,0	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b>	Mrd. €	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 12,4	+ 5,9	+ 6,5	+ 3,4	+ 4,5	+ 0,5	- 1,7	- 1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10,1
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,3
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd. €	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 14,3	+ 23,1	+ 24,1	+ 5,1	+ 6,7	- 6,2	- 4,7	+ 3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14,4
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58,3
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd. €	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 10,2	+ 11,0	- 4,4	- 0,5	+ 8,4	+ 8,8	- 1,7	+ 6,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9,1
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,2
<b>Steuereinnahmen<sup>3</sup></b>	Mrd. €	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 18,7	+ 0,5	+ 6,0	+ 4,6	+ 4,7	- 3,4	+ 3,3	+ 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>4</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42,1
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd. €	- 0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	9,7	12,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0	.	75,3	84,4	131,3
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59,5
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>5</sup></b>									
öffentliche Haushalte <sup>4</sup>	Mrd. €	61,9	129,2	236,6	386,8	536,2	1 009,3	1 198,1	1 447,5
darunter: Bund	Mrd. €	30,1	58,1	119,2	203,8	306,2	657,1	773,9	888,0

## Statistiken und Dokumentationen

### ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts  
1969 bis 2017  
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)**

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
		Ist-Ergebnisse					Soll	RegEntw <sup>1</sup>	
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b>	Mrd. €	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5	299,3	316,9	328,7
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+3,9	-2,4	+3,6	+0,3	-4,0	+1,3	+5,9	+3,7
<b>Einnahmen</b>	Mrd. €	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1	311,1	310,5	321,7
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+0,6	+7,4	+2,0	+0,5	+3,4	+5,4	-0,2	+3,6
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd. €	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3	-0,3	11,8	-6,4	-7,0
Finanzierung/Verwendung:									
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	44,0	17,3	22,5	22,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Münzeinnahmen	Mrd. €	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3
Saldo der Rücklagenbewegungen	Mrd. €	-	-	-	-	-	-12,1	6,1	6,7
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b>	Mrd. €	28,2	27,9	28,0	28,6	29,2	29,9	31,0	32,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+0,9	-1,2	+0,7	+1,9	+2,2	+2,4	+3,6	+3,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,3	9,4	9,1	9,3	9,9	10,0	9,8	9,8
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	14,8	13,1	12,9	12,7	12,4	12,3	12,7	12,4
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd. €	33,1	32,8	30,5	31,3	25,9	21,1	23,8	19,3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-13,1	-0,9	-7,1	+2,7	-17,2	-18,7	+12,8	-18,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,9	11,1	9,9	10,2	8,8	7,0	7,5	5,9
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	57,4	42,4	44,8	47,7	46,5	42,5	48,0	44,7
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd. €	26,1	25,4	36,3	33,5	29,3	29,6	31,5	33,3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-3,8	-2,7	+43,1	-7,8	-12,6	+0,9	+6,5	+5,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	8,6	8,6	11,8	10,9	9,9	9,9	9,9	10,1
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2,3</sup>	%	34,2	27,8	40,7	38,3	33,6	35,1	37,4	35,2
<b>Steuereinnahmen<sup>3</sup></b>	Mrd. €	226,2	248,1	256,1	259,8	270,8	281,7	288,1	301,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-0,7	+9,7	+3,2	+1,5	+4,2	+4,0	+2,3	+4,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	74,5	83,7	83,5	84,4	91,6	94,1	90,9	91,8
Anteil an den Bundessteuereinnahmen	%	87,2	89,1	90,2	91,0	91,7	90,6	92,8	93,8
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>4</sup>	%	42,6	43,3	42,7	41,9	42,1	41,8	42,8	41,7
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd. €	-44,0	-17,3	-22,5	-22,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,5	5,9	7,3	7,2	0,0	0,0	0,0	0,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	168,8	68,3	61,9	65,9	0,0	0,0	0,0	0,0
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	-55,9	-67,0	-83,4	-169,9	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>5</sup></b>									
öffentliche Haushalte <sup>4</sup>	Mrd. €	2 011,7	2 025,4	2 068,3	2 043,3	2 043,9	2 022,6	-	-
darunter: Bund	Mrd. €	1 287,5	1 279,6	1 287,5	1 282,7	1 289,9	1 265,0	-	-

<sup>1</sup>Stand: Kabinettsbeschluss vom 6. Juli 2016.

<sup>2</sup>Stand: Juli 2016; 2016/2017 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite.

<sup>3</sup>Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>4</sup>Ab 1991 Gesamtdeutschland.

<sup>5</sup>Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite; Quelle: Statistisches Bundesamt; Stand: 1. August 2016.

█ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	in Mrd. €						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>1</sup></b>							
Ausgaben	716,5	717,4	772,3	774,7	780,4	792,5	805,3
Einnahmen	626,5	638,8	746,4	747,7	767,3	795,6	833,4
Finanzierungssaldo	-90,0	-78,7	-25,9	-27,0	-13,0	1,8	28,2
davon:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5	299,3
Einnahmen	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1	311,1
Finanzierungssaldo	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3	-0,3	11,8
Extrahaushalte							
Ausgaben	62,4	49,8	75,4	64,5	69,3	69,9	70,5
Einnahmen	41,7	43,0	80,6	65,1	77,8	72,5	79,8
Finanzierungssaldo	-20,7	-6,8	5,3	0,5	8,5	2,7	9,2
Bund insgesamt <sup>1</sup>							
Ausgaben	338,5	340,9	357,0	354,0	351,3	346,5	344,2
Einnahmen	283,3	289,7	344,5	331,7	337,4	348,8	365,2
Finanzierungssaldo	-55,2	-51,1	-12,4	-22,2	-13,9	2,4	21,0
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	287,1	287,3	295,9	299,3	308,7	319,4	332,7
Einnahmen	260,1	266,8	286,5	293,5	306,8	318,9	333,0
Finanzierungssaldo	-27,0	-20,6	-9,6	-5,7	-1,9	-0,4	0,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	0,0	0,0	48,4	44,2	46,3	48,1	51,9
Einnahmen	0,0	0,0	48,0	44,8	48,0	50,0	55,6
Finanzierungssaldo	0,0	0,0	-0,4	0,6	1,7	0,4	3,6
Länder insgesamt <sup>1</sup>							
Ausgaben	287,1	287,3	319,6	321,4	329,5	341,3	355,5
Einnahmen	260,1	266,8	308,9	315,7	329,2	342,8	359,5
Finanzierungssaldo	-27,0	-20,6	-10,6	-5,6	-0,2	0,1	4,0
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	178,3	182,3	184,9	187,5	195,6	205,1	215,2
Einnahmen	170,8	175,4	183,9	190,0	197,3	205,3	218,2
Finanzierungssaldo	-7,5	-6,9	-1,0	2,6	1,7	0,2	3,1
Extrahaushalte							
Ausgaben	4,9	5,1	16,4	17,1	11,4	17,6	20,7
Einnahmen	4,7	4,9	15,3	16,2	10,7	16,7	21,0
Finanzierungssaldo	-0,3	-0,2	-1,1	-1,8	-0,6	-0,9	0,3
Gemeinden insgesamt <sup>1</sup>							
Ausgaben	180,9	185,0	196,9	200,5	204,7	217,6	227,7
Einnahmen	173,1	177,9	194,8	202,3	205,8	217,0	230,8
Finanzierungssaldo	-7,7	-7,0	-2,1	0,8	1,1	-0,7	3,1

## Statistiken und Dokumentationen

### ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts**

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>							
Ausgaben	5,5	0,1	7,7	0,3	0,7	1,6	1,6
Einnahmen	-6,3	2,0	16,8	0,2	2,6	3,7	4,7
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3	-4,0	1,3
Einnahmen	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5	3,4	5,4
Extrahaushalte							
Ausgaben	34,9	-20,2	51,4	-14,4	7,5	0,8	0,9
Einnahmen	3,0	3,2	87,5	-19,3	19,5	-6,8	10,0
Bund insgesamt							
Ausgaben	6,7	0,7	4,7	-0,8	-0,8	-1,4	-0,7
Einnahmen	-5,5	2,3	18,9	-3,7	1,7	3,4	4,7
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	3,6	0,1	3,0	1,1	3,2	3,5	4,2
Einnahmen	-5,8	2,6	7,4	2,5	4,5	4,0	4,4
Extrahaushalte							
Ausgaben	0,0	0,0	0,0	-8,7	4,7	3,9	8,0
Einnahmen	0,0	0,0	0,0	-6,7	7,0	4,2	11,2
Länder insgesamt							
Ausgaben	3,6	0,1	11,2	0,6	2,5	3,6	4,2
Einnahmen	-5,8	2,6	15,8	2,2	4,3	4,1	4,9
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	6,1	2,2	1,4	1,4	4,4	4,8	4,9
Einnahmen	-3,2	2,7	4,9	3,3	3,8	4,1	6,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	5,1	2,8	224,7	3,9	-33,4	55,0	17,5
Einnahmen	-1,1	4,8	213,1	6,1	-33,9	55,6	25,6
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	6,1	2,3	6,4	1,8	2,1	6,3	4,6
Einnahmen	-3,2	2,8	9,5	3,8	1,7	5,4	6,4

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Bis 2010 sind als Extrahaushalte ausgewählte Sondervermögen der jeweiligen Ebene ausgewiesen.

Seit dem Jahr 2011 werden die Extrahaushalte nach dem Schalenkonzept (Abgrenzung des Staatssektors nach dem "Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen") finanzstatistisch dargestellt.

<sup>1</sup>Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: April 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

Jahr	insgesamt	Steueraufkommen			
		davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr	in Mrd. €	in %			
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

□ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

Jahr	insgesamt	Steueraufkommen			
		davon			
		Direkte Steuern in Mrd. €	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Bundesrepublik Deutschland					
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4
2013	619,7	320,3	299,4	51,7	48,3
2014	643,6	335,8	307,8	52,2	47,8
2015	673,3	354,4	318,8	52,6	47,4
2016 <sup>2</sup>	691,2	361,5	329,7	52,3	47,7
2017 <sup>2</sup>	723,9	385,3	338,5	53,2	46,8
2018 <sup>2</sup>	753,0	405,3	347,7	53,8	46,2
2019 <sup>2</sup>	779,7	423,0	356,7	54,3	45,7
2020 <sup>2</sup>	808,1	442,0	366,1	54,7	45,3

<sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30. September 1956) und für Körperschaften (31. Dezember 1957); Baulandsteuer (31. Dezember 1962); Wertpapiersteuer (31. Dezember 1964); Süßstoffsteuer (31. Dezember 1965); Beförderungsteuer (31. Dezember 1967); Speiseeissteuer (31. Dezember 1971); Kreditgewinnabgabe (31. Dezember 1973); Ergänzungsbagabte zur Einkommensteuer (31. Dezember 1974) und zur Körperschaftsteuer (31. Dezember 1976); Vermögensabgabe (31. März 1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31. Dezember 1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31. Dezember 1980); Zündwarenmonopol (15. Januar 1983); Kuponsteuer (31. Juli 1984); Börsenumsatzsteuer (31. Dezember 1990); Gesellschafts- und Wechselsteuer (31. Dezember 1991); Solidaritätszuschlag (30. Juni 1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31. Dezember 1992); Vermögensteuer (31. Dezember 1996); Gewerbe(kapital)steuer (31. Dezember 1997).

<sup>2</sup> Steuerschätzung vom 2. bis 4. Mai 2016.

Stand: Mai 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten<sup>1</sup>**  
(Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>			Abgrenzung der Finanzstatistik <sup>3</sup>		
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote
Jahr	in Relation zum BIP in %					
1960	33,4	23,0	10,3	.	.	.
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9
1991	38,3	22,0	16,3	36,9	21,4	15,5
1992	39,1	22,4	16,7	38,1	22,1	16,0
1993	39,5	22,3	17,2	38,4	21,9	16,4
1994	40,1	22,4	17,7	38,7	21,9	16,8
1995	40,1	22,0	18,1	39,1	21,9	17,2
1996	40,5	21,8	18,7	38,9	21,2	17,6
1997	40,4	21,5	19,0	38,4	20,7	17,7
1998	40,6	21,9	18,7	38,5	21,1	17,4
1999	41,4	22,9	18,5	39,1	21,9	17,2
2000	41,2	23,2	18,1	39,0	22,1	16,9
2001	39,3	21,4	17,8	37,1	20,5	16,6
2002	38,8	21,0	17,8	36,7	20,0	16,7
2003	39,1	21,1	18,0	36,7	19,9	16,8
2004	38,2	20,6	17,6	36,0	19,5	16,5
2005	38,2	20,8	17,4	35,9	19,6	16,2
2006	38,5	21,6	16,9	36,8	20,4	16,4
2007	38,5	22,4	16,1	36,3	21,4	14,9
2008	38,8	22,7	16,1	36,8	21,9	14,9
2009	39,3	22,4	16,9	37,0	21,3	15,7
2010	37,9	21,4	16,5	35,8	20,6	15,3
2011	38,4	22,0	16,4	36,4	21,2	15,1
2012	39,0	22,5	16,5	37,0	21,8	15,3
2013	39,3	22,9	16,5	37,2	21,9	15,3
2014	39,4	22,9	16,5	37,3	22,0	15,3
2015	39,6	23,1	16,5	37,6	22,2	15,4

<sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.<sup>2</sup> Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).  
2013 bis 2015: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2016.<sup>3</sup> Bis 2012: Rechnungsergebnisse. 2013 bis 2015: teilweise Kassenergebnisse.

 Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates	
		darunter	
		Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	Sozialversicherung <sup>3</sup>
in Relation zum BIP in %			
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1985	45,2	27,8	17,4
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,4	28,8	17,5
1992	47,2	28,5	18,7
1993	48,0	28,6	19,4
1994	47,9	28,4	19,5
1995 <sup>4</sup>	48,2	28,2	20,0
1995	54,7	34,6	20,0
1996	48,9	28,1	20,9
1997	48,1	27,4	20,7
1998	47,7	27,2	20,5
1999	47,7	27,1	20,6
2000 <sup>5</sup>	44,7	24,2	20,5
2000	45,1	23,9	21,2
2001	46,9	26,3	20,6
2002	47,3	26,3	21,0
2003	47,8	26,5	21,3
2004	46,3	25,8	20,6
2005	46,2	26,0	20,2
2006	44,7	25,4	19,3
2007	42,8	24,4	18,4
2008	43,6	25,2	18,4
2009	47,6	27,2	20,3
2010	47,3	27,6	19,6
2011	44,7	25,9	18,8
2012	44,3	25,6	18,7
2013	44,7	25,8	18,9
2014	44,4	25,5	18,9
2015	44,0	25,0	19,0

<sup>1</sup>Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.<sup>2</sup>Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).  
2013 bis 2015: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August, 2016.<sup>3</sup>Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).<sup>4</sup>Ohne Schuldenübernahmen (Treuhänderanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).<sup>5</sup>Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der VGR wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Schulden (Mio. €)						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>1</sup></b>	<b>1 357 723</b>	<b>1 429 749</b>	<b>1 489 852</b>	<b>1 545 364</b>	<b>1 552 371</b>	<b>1 577 881</b>	<b>1 694 368</b>
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887 915	919 304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel i.w.S.	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 533
Kreditmarktmittel i.w.S.	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 535
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 346
Kreditmarktmittel i.w.S.	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 180	2 337
Extrahaushalte	-	-	-	996	1 124	1 350	21 399
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	986	1 124	1 325	20 827
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	571
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 863	113 810
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 039
Kreditmarktmittel i.w.S.	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 386
Kassenkredite	15 964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 653
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 771
Kreditmarktmittel i.w.S.	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 626	2 724
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 555
Maastricht-Schuldenstand	1 405 772	1 475 533	1 546 432	1 594 317	1 604 096	1 671 058	1 788 778
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14 357	-	-	-
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	-
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	-
Postbeamtenversorgungskasse	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 498
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 540
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	7 493

## Statistiken und Dokumentationen

### ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### noch Tabelle 13a : Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Schulden (Mio. €)						
gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	567
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	531
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	-	-	-	531
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	-
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	36
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	-	-	-	36
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	-
	Anteil an den Schulden (in %)						
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,5
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							0,0
Länder und Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
	Anteil der Schulden am BIP (in %)						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>	61,2	63,0	64,8	64,6	61,8	61,6	68,9
Bund	37,2	38,3	39,3	39,7	38,1	38,5	42,8
Kernhaushalte	34,6	35,8	38,6	38,4	37,4	37,5	40,3
Extrahaushalte	2,6	2,5	0,7	1,3	0,6	1,0	2,4
Länder	19,1	19,8	20,5	20,2	19,3	18,9	21,4
Gemeinden	4,8	4,9	5,0	4,7	4,4	4,2	4,6
gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	23,9	24,7	25,5	24,9	23,7	23,1	26,0
Maastricht-Schuldenstand	62,9	64,7	66,9	66,3	63,5	64,9	72,4
	Schulden insgesamt (€)						
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2220,1	2270,6	2300,9	2393,3	2513,2	2561,7	2460,3
Einwohner (30.06.)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

<sup>1</sup> Kreditmarktschulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

## Statistiken und Dokumentationen

### ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte**  
Neue Systematik<sup>1</sup>

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	in Mio. €					
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>2</sup></b>	<b>2 011 677</b>	<b>2 025 438</b>	<b>2 068 289</b>	<b>2 043 344</b>	<b>2 043 918</b>	<b>2 022 562</b>
in Relation zum BIP in %	<b>78,0</b>	<b>74,9</b>	<b>75,0</b>	<b>72,3</b>	<b>69,9</b>	<b>66,7</b>
<b>Bund</b> (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517	1 282 683	1 289 854	1 264 995
Wertpapierschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179	1 262 675	1 269 761	1 250 758
Kassenkredite	16 256	7 313	14 338	20 008	20 093	14 236
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882	1 091 201	1 092 590	1 076 308
Extrahaushalte Wertpapierschulden und Kredite	251 813	236 181	214 635	191 482	197 265	188 686
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	17 302	11 000	11 395	12 224	12 576	13 349
SoFFin (FMS)	28 552	17 292	20 450	24 328	25 524	24 930
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265	21 194	19 870	20 646
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520	133 732	136 125	126 545
sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	5	3	3 012	3 216
<b>Länder</b> (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929	624 915	614 055	612 909
Wertpapierschulden und Kredite	595 180	611 651	638 626	620 948	606 472	605 566
Kassenkredite	4 930	3 748	6 304	3 967	7 583	7 343
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389	542 375	541 744	539 427
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 541	82 540	72 311	73 482
<b>Gemeinden</b> (Kernhaushalte und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178	135 116	139 448	144 169
Wertpapierschulden und Kredite	84 363	85 613	87 758	87 733	91 404	96 513
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419	47 383	48 043	47 656
Kernhaushalte	115 253	121 092	126 331	125 903	127 531	127 357
Zweckverbände <sup>3</sup> und sonstige Extrahaushalte	8 315	8 542	8 846	9 213	11 917	16 812
<b>Gesetzliche Sozialversicherung</b> (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665	631	561	489
Wertpapierschulden und Kredite	539	765	661	625	561	488
Kassenkredite	0	58	4	6	-	-
Kernhaushalte	506	735	627	598	541	480
Extrahaushalte <sup>4</sup>	32	88	38	33	20	8
<b>Schulden insgesamt (€)</b>						
je Einwohner	24 607	25 244	25 725	25 356	25 257	24 829
<b>Maastricht-Schuldenstand</b>	<b>2 089 946</b>	<b>2 116 832</b>	<b>2 193 258</b>	<b>2 177 830</b>	<b>2 177 735</b>	<b>2 152 943</b>
in Relation zum BIP in %	<b>81,0</b>	<b>78,3</b>	<b>79,5</b>	<b>77,1</b>	<b>74,5</b>	<b>71,0</b>
nachrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 580	2 703	2 755	2 821	2 916	3 026
Einwohner 30.06.	81 750 716	80 233 104	80 399 253	80 585 684	80 925 031	81 458 978

<sup>1</sup>Aufgrund methodischer Änderungen und Erweiterung des Berichtskreises nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

<sup>2</sup>Einschließlich aller öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.

<sup>3</sup>Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

<sup>4</sup>Nur Extrahaushalte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank, Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen.

## Statistiken und Dokumentationen

### ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>**

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherung	Staat	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherung	Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>3</sup>	
							in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
			in Mrd. €			in Relation zum BIP in %	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-3,2	-1,4
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,3	-1,2
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-31,7	-5,7
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-50,0	-60,9	10,9	-3,2	-3,9	0,7	-62,8	-4,0
1992	-44,0	-42,0	-2,0	-2,6	-2,5	-0,1	-59,2	-3,5
1993	-53,9	-56,5	2,6	-3,1	-3,2	0,1	-70,5	-4,0
1994	-45,9	-47,3	1,5	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,2
1995	-179,0	-171,2	-7,8	-9,4	-9,0	-0,4	-	-
1995 <sup>4</sup>	-59,4	-51,6	-7,8	-3,1	-2,7	-0,4	-55,9	-2,9
1996	-68,2	-60,9	-7,4	-3,5	-3,2	-0,4	-62,3	-3,2
1997	-57,9	-58,2	0,2	-2,9	-3,0	0,0	-48,1	-2,4
1998	-51,1	-52,3	1,2	-2,5	-2,6	0,1	-28,8	-1,4
1999	-35,1	-38,9	3,9	-1,7	-1,9	0,2	-26,9	-1,3
2000	18,2	-27,4	-1,3	0,9	0,9	-0,1	-	-
2000 <sup>5</sup>	-32,6	-31,3	-1,3	-1,5	-1,5	-0,1	-34,0	-1,6
2001	-67,8	-62,5	-5,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,1
2002	-87,1	-79,9	-7,3	-3,9	-3,6	-0,3	-56,8	-2,6
2003	-92,7	-85,4	-7,3	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,1
2004	-84,9	-83,8	-1,1	-3,7	-3,7	0,0	-65,5	-2,9
2005	-78,6	-73,5	-5,1	-3,4	-3,2	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-41,2	-45,5	4,3	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,7
2007	4,7	-5,5	10,2	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-4,5	-11,0	6,4	-0,2	-0,4	0,3	-10,4	-0,4
2009	-79,6	-65,2	-14,4	-3,2	-2,6	-0,6	-90,0	-3,7
2010	-108,9	-112,7	3,8	-4,2	-4,4	0,1	-78,7	-3,1
2011	-25,9	-41,2	15,3	-1,0	-1,5	0,6	-25,9	-1,0
2012	-1,4	-19,8	18,4	0,0	-0,7	0,7	-27,0	-1,0
2013	-5,7	-11,1	5,3	-0,2	-0,4	0,2	-13,0	-0,5
2014	8,1	5,1	3,0	0,3	0,2	0,1	1,8	0,1
2015	22,6	20,1	2,5	0,7	0,7	0,1	28,2	0,9

<sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>2</sup> Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).  
2013 bis 2015: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August, 2016.

<sup>3</sup> Bund, Länder, Gemeinden einschl. Extrahaushalte, ohne Sozialversicherung, ab 1997 ohne Krankenhäuser.  
Bis 2012: Rechnungsergebnisse, 2013 bis 2015: Kassenergebnisse.

<sup>4</sup> Ohne Schuldenübernahmen (Treuhändanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise geleistete Vermögensübertragungen.

<sup>5</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden

Land	1995	2000	2005	2010	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Deutschland</b>	<b>-9,4</b>	<b>0,9</b>	<b>-3,4</b>	<b>-4,2</b>	<b>-0,1</b>	<b>0,3</b>	<b>0,7</b>	<b>0,2</b>	<b>0,1</b>
Belgien	-4,4	-0,1	-2,6	-4,0	-3,0	-3,1	-2,6	-2,8	-2,3
Estland	1,1	-0,1	1,1	0,2	-0,2	0,8	0,4	-0,1	-0,2
Finnland	-5,9	6,9	2,6	-2,6	-2,6	-3,2	-2,7	-2,5	-2,3
Frankreich	-5,1	-1,3	-3,2	-6,8	-4,0	-4,0	-3,5	-3,4	-3,2
Griechenland	-	-4,1	-6,2	-11,2	-13,0	-3,6	-7,2	-3,1	-1,8
Irland	-2,1	4,9	1,6	-32,3	-5,7	-3,8	-2,3	-1,2	-0,7
Italien	-7,3	-1,3	-4,2	-4,2	-2,9	-3,0	-2,6	-2,4	-1,9
Lettland	-1,4	-2,7	-0,4	-8,5	-0,9	-1,6	-1,3	-1,0	-1,0
Litauen	-1,5	-3,2	-0,3	-6,9	-2,6	-0,7	-0,2	-1,0	-0,2
Luxemburg	2,4	5,9	0,1	-0,7	0,8	1,7	1,2	1,0	0,1
Malta	-3,5	-5,5	-2,7	-3,2	-2,6	-2,0	-1,5	-0,9	-0,8
Niederlande	-8,6	1,9	-0,3	-5,0	-2,4	-2,4	-1,8	-1,7	-1,2
Österreich	-6,1	-2,0	-2,5	-4,4	-1,3	-2,7	-1,2	-1,5	-1,4
Portugal	-5,2	-3,2	-6,2	-11,2	-4,8	-7,2	-4,4	-2,7	-2,3
Slowakei	-3,3	-12,0	-2,9	-7,5	-2,7	-2,7	-3,0	-2,4	-1,6
Slowenien	-8,2	-3,6	-1,3	-5,6	-15,0	-5,0	-2,9	-2,4	-2,1
Spanien	-7,0	-1,0	1,2	-9,4	-6,9	-5,9	-5,1	-3,9	-3,1
Zypern	-0,7	-2,2	-2,2	-4,8	-4,9	-8,9	-1,0	-0,4	0,0
Euroraum	-	-0,3	-2,6	-6,2	-3,0	-2,6	-2,1	-1,9	-1,6
Bulgarien	-7,2	-0,5	1,0	-3,2	-0,4	-5,4	-2,1	-2,0	-1,6
Dänemark	-3,6	1,9	5,0	-2,7	-1,1	1,5	-2,1	-2,5	-1,9
Kroatien	-	-	-3,9	-6,2	-5,3	-5,5	-3,2	-2,7	-2,3
Polen	-4,2	-3,0	-4,0	-7,5	-4,0	-3,3	-2,6	-2,6	-3,1
Rumänien	-2,0	-4,6	-0,8	-6,9	-2,1	-0,9	-0,7	-2,8	-3,4
Schweden	-7,0	3,2	1,8	0,0	-1,4	-1,6	0,0	-0,4	-0,7
Tschechien	-12,4	-3,5	-3,1	-4,4	-1,3	-1,9	-0,4	-0,7	-0,6
Ungarn	-8,6	-3,0	-7,8	-4,5	-2,6	-2,3	-2,0	-2,0	-2,0
Vereinigtes Königreich	-5,6	1,2	-3,5	-9,6	-5,6	-5,6	-4,4	-3,4	-2,4
EU	-	-	-2,5	-6,4	-3,3	-3,0	-2,4	-2,1	-1,8
USA	-4,1	0,8	-4,1	-12,0	-5,3	-4,9	-4,0	-4,4	-4,4
Japan	-4,6	-7,5	-4,8	-8,3	-8,5	-6,2	-5,2	-4,5	-4,2

Quellen: Ameco.

Stand: Mai 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP								
	1995	2000	2005	2010	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Deutschland</b>	<b>54,8</b>	<b>58,8</b>	<b>66,9</b>	<b>81,0</b>	<b>77,2</b>	<b>74,7</b>	<b>71,2</b>	<b>68,6</b>	<b>66,3</b>
Belgien	130,5	108,8	94,6	99,7	105,2	106,5	106,0	106,4	105,6
Estland	8,2	5,1	4,5	6,6	9,9	10,4	9,7	9,6	9,3
Finnland	55,1	42,5	40,0	47,1	55,5	59,3	63,1	65,2	66,9
Frankreich	55,8	58,7	67,2	81,7	92,4	95,4	95,8	96,4	97,0
Griechenland	98,9	104,9	107,4	146,2	177,7	180,1	176,9	182,8	178,8
Irland	78,5	36,1	26,1	86,8	120,0	107,5	93,8	89,1	86,6
Italien	116,9	105,1	101,9	115,4	129,0	132,5	132,7	132,7	131,8
Lettland	13,9	12,1	11,8	47,5	39,1	40,8	36,4	39,8	35,6
Litauen	11,5	23,5	17,6	36,2	38,8	40,7	42,7	41,1	42,9
Luxemburg	7,7	6,5	7,5	20,1	23,3	22,9	21,4	22,5	22,8
Malta	34,4	60,9	70,1	67,6	68,6	67,1	63,9	60,9	58,3
Niederlande	73,1	51,4	48,9	59,0	67,9	68,2	65,1	64,9	63,9
Österreich	68,0	65,9	68,3	82,4	80,8	84,3	86,2	84,9	83,0
Portugal	58,3	50,3	67,4	96,2	129,0	130,2	129,0	126,0	124,5
Slowakei	21,7	49,6	33,9	40,8	55,0	53,9	52,9	53,4	52,7
Slowenien	18,3	25,9	26,3	38,2	71,0	81,0	83,2	80,2	78,0
Spanien	61,7	58,0	42,3	60,1	93,7	99,3	99,2	100,3	99,6
Zypern	47,9	55,1	63,2	56,3	102,5	108,2	108,9	108,9	105,4
Euroraum	70,8	68,0	69,2	84,1	93,4	94,4	92,9	92,2	91,1
Bulgarien	-	71,2	26,6	15,5	17,1	27,0	26,7	28,1	28,7
Dänemark	-	52,4	37,4	42,9	44,7	44,8	40,2	38,7	39,1
Kroatien	-	35,5	41,3	58,3	82,2	86,5	86,7	87,6	87,3
Polen	47,6	36,5	46,7	53,3	56,0	50,5	51,3	52,0	52,7
Rumänien	6,6	22,4	15,7	29,9	38,0	39,8	38,4	38,7	40,1
Schweden	69,9	50,6	48,2	37,6	39,8	44,8	43,4	41,3	40,1
Tschechien	13,6	17,0	28,0	38,2	45,1	42,7	41,1	41,3	40,9
Ungarn	84,5	55,1	60,5	80,6	76,8	76,2	75,3	74,3	73,0
Vereinigtes Königreich	48,2	38,9	41,5	76,6	86,2	88,2	89,2	89,7	89,1
EU	-	60,6	61,8	78,6	87,3	88,5	86,8	86,4	85,5
USA	68,8	53,1	64,9	94,7	104,8	104,8	105,9	107,5	107,6
Japan	95,1	143,8	186,4	215,8	243,1	246,2	245,4	247,5	248,1

Quellen: Ameco.

Stand: Mai 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern in % des BIP										
	1965	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2011	2012	2013	2014
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>23,1</b>	<b>23,9</b>	<b>21,8</b>	<b>22,1</b>	<b>22,1</b>	<b>22,5</b>	<b>22,2</b>	<b>21,9</b>	<b>22,5</b>	<b>22,6</b>	<b>22,6</b>
Belgien	21,0	28,9	27,5	30,2	29,5	29,5	28,2	29,1	29,9	30,5	30,6
Dänemark	28,2	41,1	44,4	46,2	46,3	44,8	45,1	45,3	46,3	47,5	50,8
Estland	-	-	-	20,0	20,7	19,9	22,0	20,1	20,7	20,8	21,7
Finnland	28,0	27,1	31,9	34,3	30,0	29,7	28,8	30,0	30,0	31,1	31,2
Frankreich	22,1	22,6	22,9	27,5	26,7	26,4	25,1	26,6	27,6	28,3	28,1
Griechenland	11,7	13,9	17,5	23,2	20,5	20,2	20,5	22,8	23,7	23,7	25,5
Irland	22,9	25,8	27,8	27,3	26,3	24,1	22,4	22,1	23,0	23,9	24,7
Italien	16,2	17,8	24,4	29,0	29,2	28,8	28,9	29,0	30,8	30,8	30,5
Japan	13,9	17,5	21,0	17,3	18,1	17,4	15,9	16,7	17,2	17,9	-
Kanada	23,9	27,3	31,0	30,2	27,6	26,9	26,5	25,6	26,0	25,7	25,8
Luxemburg	17,8	24,1	24,7	27,5	26,5	26,6	27,4	26,8	27,5	27,3	27,0
Niederlande	21,4	24,9	25,2	22,5	23,5	23,0	22,6	22,1	21,4	21,7	-
Norwegen	25,9	33,1	29,7	33,1	33,4	32,8	31,6	32,8	32,2	31,0	29,2
Österreich	25,2	26,7	26,4	27,8	26,9	27,6	26,7	26,9	27,5	27,9	28,2
Polen	-	-	-	20,0	22,8	23,1	20,3	20,7	20,1	19,6	-
Portugal	12,3	15,4	19,3	23,3	23,9	23,5	21,5	23,6	23,3	25,6	25,4
Schweden	27,6	31,2	36,0	36,1	33,2	33,0	33,2	32,6	32,4	32,9	32,8
Schweiz	14,1	17,9	18,0	20,9	20,0	20,5	20,6	20,4	20,2	20,1	19,9
Slowakei	-	-	-	19,7	17,8	17,5	16,6	16,6	16,1	17,1	17,5
Slowenien	-	-	-	22,7	23,6	22,6	21,6	21,8	21,9	22,0	22,1
Spanien	10,3	11,3	20,4	21,8	24,7	20,5	18,1	19,6	20,7	21,4	21,8
Tschechien	-	-	-	18,1	19,3	18,7	18,1	18,7	19,1	19,5	18,8
Ungarn	-	-	-	27,3	26,7	26,7	26,8	24,1	26,0	25,9	25,5
Vereinigtes Königreich	24,8	27,8	27,3	28,8	27,8	27,5	25,9	27,3	26,7	26,7	26,5
Vereinigte Staaten	20,4	19,9	19,3	21,5	20,4	18,9	16,7	18,1	18,6	19,3	19,8

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD, Revenue Statistics 1965-2014, Paris 2015; eigene Berechnungen.

Stand: Dezember 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

## ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP										
	1965	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2011	2012	2013	2014
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>31,6</b>	<b>36,4</b>	<b>34,8</b>	<b>36,2</b>	<b>34,9</b>	<b>35,4</b>	<b>36,1</b>	<b>35,7</b>	<b>36,4</b>	<b>36,5</b>	<b>36,6</b>
Belgien	30,6	40,6	41,2	43,6	42,6	43,0	42,1	43,0	44,0	44,7	44,7
Dänemark	29,5	41,3	44,4	46,9	46,4	44,9	45,2	45,4	46,4	47,6	50,9
Estland	-	-	-	31,0	31,1	31,3	34,9	31,9	32,1	31,8	32,9
Finnland	30,0	35,3	42,9	45,8	41,5	41,2	40,9	42,0	42,7	43,7	43,9
Frankreich	33,6	39,4	41,0	43,1	42,4	42,2	41,3	42,9	44,1	45,0	45,2
Griechenland	17,0	20,7	25,1	33,2	31,2	31,0	30,8	33,5	34,5	34,4	35,9
Irland	24,5	30,1	32,4	30,9	30,4	28,6	27,6	27,4	27,9	29,0	29,9
Italien	24,7	28,7	36,4	40,6	41,7	41,6	42,1	41,9	43,9	43,9	43,6
Japan	17,8	24,8	28,5	26,6	28,5	28,5	27,0	28,6	29,4	30,3	-
Kanada	25,2	30,5	35,3	34,9	32,3	31,5	31,4	30,2	30,7	30,5	30,8
Luxemburg	26,4	33,8	33,8	37,1	36,6	37,2	39,0	37,9	38,8	38,4	37,8
Niederlande	30,9	40,3	40,2	36,8	36,1	36,5	35,4	35,9	36,1	36,7	-
Norwegen	29,6	41,9	40,2	41,9	42,1	41,5	41,2	42,0	41,5	40,5	39,1
Österreich	33,6	38,7	39,4	42,1	40,5	41,4	41,0	41,0	41,7	42,5	43,0
Polen	-	-	-	33,1	34,8	34,5	31,5	32,0	32,3	31,9	-
Portugal	15,7	21,9	26,5	31,2	32,0	31,9	30,0	32,5	32,0	34,5	34,4
Schweden	31,4	43,7	49,5	49,0	45,0	44,0	44,1	42,5	42,6	42,8	42,7
Schweiz	16,6	23,3	23,6	27,6	26,1	26,7	27,1	27,0	26,9	26,9	26,6
Slowakei	-	-	-	33,6	29,2	29,1	28,9	28,7	28,5	30,4	31,0
Slowenien	-	-	-	36,6	37,1	36,4	36,2	36,5	36,8	36,8	36,6
Spanien	14,3	22,0	31,6	33,4	36,5	32,3	29,8	31,3	32,1	32,7	33,2
Tschechien	-	-	-	32,5	34,3	33,5	32,4	33,4	33,8	34,3	33,5
Ungarn	-	-	-	38,7	39,6	39,5	39,0	36,5	38,6	38,4	38,5
Vereinigtes Königreich	29,3	33,4	32,9	34,7	34,1	34,0	32,3	33,6	33,0	32,9	32,6
Vereinigte Staaten	23,5	25,5	25,9	28,2	26,7	25,2	23,0	23,6	24,1	25,4	26,0

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD, Revenue Statistics 1965 bis 2013, Paris 2014; eigene Berechnungen.

Stand: Dezember 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP									
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Deutschland</b>	<b>54,7</b>	<b>44,7</b>	<b>46,2</b>	<b>47,3</b>	<b>44,5</b>	<b>44,5</b>	<b>44,3</b>	<b>43,9</b>	<b>44,3</b>	<b>44,5</b>
Belgien	52,4	49,1	51,4	53,3	55,8	55,6	55,1	53,9	53,7	53,0
Estland	41,0	36,4	34,0	40,5	39,1	38,3	38,0	39,5	40,3	40,2
Finnland	61,1	48,0	49,3	54,8	56,2	57,5	58,1	58,3	58,3	58,1
Frankreich	54,2	51,1	52,9	56,4	56,8	57,0	57,3	56,8	56,2	55,9
Griechenland	46,0	46,4	45,6	52,5	55,3	62,1	50,7	55,3	50,7	49,6
Irland	40,8	30,9	33,4	65,7	41,8	39,7	38,6	35,1	32,4	31,5
Italien	51,8	45,5	47,1	49,9	50,8	51,0	51,2	50,5	49,7	48,6
Lettland	35,6	37,3	34,3	44,8	37,2	37,0	37,5	37,2	36,8	37,3
Litauen	34,6	39,4	34,1	42,3	36,1	35,6	34,8	35,1	35,2	34,5
Luxemburg	40,3	37,6	44,0	44,9	44,6	43,2	42,4	41,5	41,5	40,9
Malta	39,1	40,2	42,3	41,1	42,4	42,0	43,2	43,3	40,5	40,2
Niederlande	53,7	41,8	42,3	48,2	47,1	46,4	46,2	44,9	44,3	43,7
Österreich	55,5	50,3	51,0	52,7	51,1	50,8	52,6	51,7	51,4	50,7
Portugal	42,6	42,6	46,7	51,8	48,5	49,9	51,7	48,3	46,6	45,8
Slowakei	48,2	52,0	39,6	42,0	40,5	41,3	41,9	45,6	41,3	40,2
Slowenien	52,1	46,1	44,9	49,3	48,6	60,3	49,9	48,0	45,7	45,2
Spanien	44,3	39,1	38,3	45,6	48,0	45,1	44,5	43,3	42,1	41,3
Zypern	30,8	34,4	39,3	42,2	41,9	41,4	48,7	40,1	38,7	38,2
Bulgarien	41,3	41,1	36,8	36,7	34,7	37,6	42,1	40,2	38,9	38,7
Dänemark	58,5	52,7	51,2	57,1	58,3	56,5	56,0	55,7	54,8	53,5
Kroatien	–	–	45,4	47,5	47,0	47,8	48,1	46,9	46,8	46,6
Polen	47,7	42,0	44,5	45,6	42,6	42,4	42,2	41,5	41,7	42,2
Rumänien	34,1	38,3	33,1	39,6	37,1	35,2	34,3	35,5	34,6	34,9
Schweden	63,5	53,6	52,7	51,2	51,7	52,4	51,7	50,4	50,1	50,4
Tschechien	51,8	40,4	41,8	43,0	44,7	42,8	42,8	42,6	41,4	41,3
Ungarn	55,4	47,2	49,6	49,6	48,6	49,6	49,8	50,7	48,4	48,1
Vereinigtes Königreich	41,8	37,8	42,8	48,8	46,8	45,0	43,9	43,2	42,6	42,0
Euroraum	52,6	45,6	46,7	50,5	49,7	49,6	49,3	48,6	48,0	47,6
EU-28	–	–	46,1	50,0	49,0	48,6	48,2	47,4	46,9	46,5
USA	37,2	33,7	36,4	42,9	40,0	38,7	38,0	37,6	37,9	38,1
Japan	35,7	38,8	36,4	40,7	41,8	42,4	42,0	41,4	41,5	41,6

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

Stand: Mai 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

	EU-Haushalt 2014				EU-Haushalt 2015			
	Verpflichtungen		Zahlungen		Verpflichtungen		Zahlungen	
	in Mio. €	in %						
1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>Rubrik</b>								
1. Nachhaltiges Wachstum	63 986,3	44,8	65 300,1	47,0	77 954,7	48,0	66 853,3	47,3
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	59 190,9	41,5	56 443,8	40,6	63 877,1	39,4	55 978,8	39,6
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 172,0	1,5	1 665,5	1,2	2 522,1	1,6	1 927,0	1,4
4. Die EU als globaler Akteur	8 325,0	5,8	6 840,9	4,9	8 710,9	5,4	7 478,2	5,3
5. Verwaltung	8 404,5	5,9	8 405,5	6,0	8 660,3	5,3	8 658,6	6,1
6. Ausgleichszahlungen	28,6	0,0	28,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Besondere Instrumente	582,9	0,4	350,0	0,3	548,1	0,34	384,5	0,27
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>142 690,3</b>	<b>100,0</b>	<b>139 034,2</b>	<b>100,0</b>	<b>162 273,3</b>	<b>100,0</b>	<b>141 280,4</b>	<b>100,0</b>

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

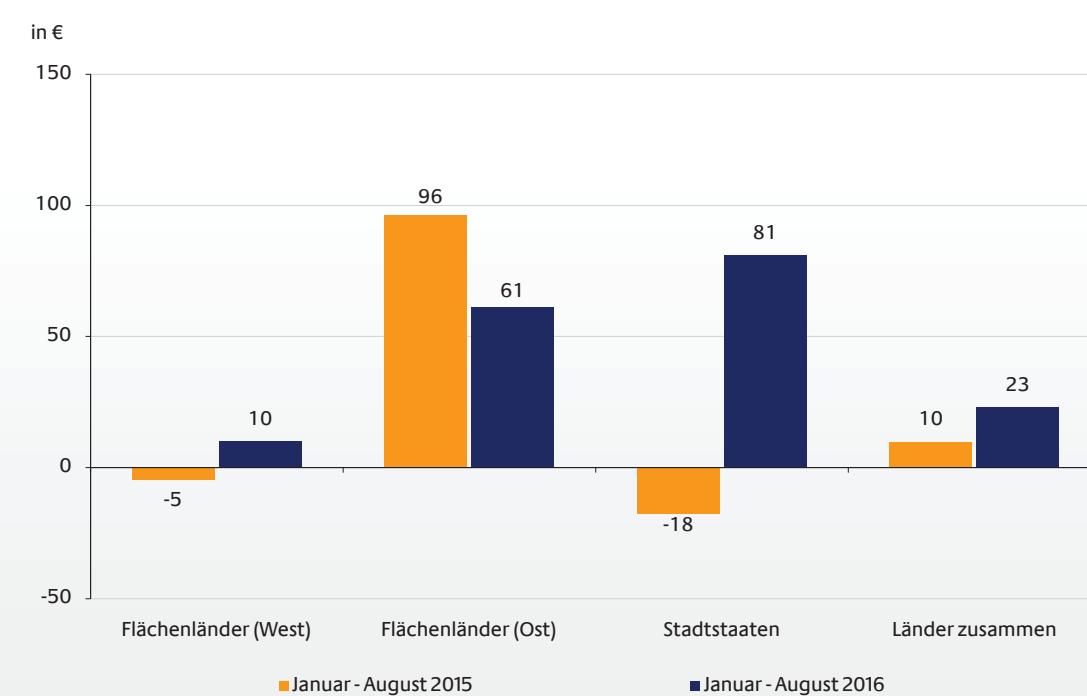
	Differenz in %		Differenz in Mio. €	
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	12	13
<b>Rubrik</b>				
1. Nachhaltiges Wachstum	21,8	2,4	13 968,3	1 553,2
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	7,9	-0,8	4 686,2	-465,0
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	16,1	15,7	350,1	261,5
4. Die EU als globaler Akteur	4,6	9,3	385,9	637,3
5. Verwaltung	3,0	3,0	255,8	253,1
6. Ausgleichszahlungen	-100,0	-100,0	-28,6	-28,6
Besondere Instrumente	-6,0	9,9	-34,8	34,5
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>13,7</b>	<b>1,6</b>	<b>19 583,0</b>	<b>2 246,2</b>

□ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

## Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Abbildung 1: Vergleich der Finanzierungssalden je Einwohner 2015/2016



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2016 im Vergleich zum Jahressoll 2016

	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
	in Mio. €							
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	<b>246 784</b>	<b>164 102</b>	<b>55 646</b>	<b>35 399</b>	<b>42 364</b>	<b>28 741</b>	<b>337 139</b>	<b>223 819</b>
darunter:								
Steuereinnahmen	195 495	129 588	34 446	22 745	26 892	18 861	256 833	171 194
übrige Einnahmen	51 289	34 513	21 200	12 655	15 473	9 881	80 306	52 625
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	<b>255 726</b>	<b>163 468</b>	<b>56 693</b>	<b>34 633</b>	<b>42 938</b>	<b>28 260</b>	<b>347 702</b>	<b>221 937</b>
darunter:								
Personalausgaben	95 660	63 639	14 160	9 127	13 788	8 964	123 608	81 730
laufender Sachaufwand	18 720	12 079	4 492	2 692	10 373	7 487	33 584	22 258
Zinsausgaben	10 222	6 604	1 904	1 104	3 094	1 900	15 220	9 607
Sachinvestitionen	4 852	2 271	1 743	778	752	303	7 347	3 351
Zahlungen an Verwaltungen	85 234	51 342	21 057	13 146	1 368	541	100 004	60 605
übrige Ausgaben	41 039	27 533	13 337	7 786	13 564	9 066	67 940	44 386
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-8 942</b>	<b>634</b>	<b>-1047</b>	<b>767</b>	<b>-605</b>	<b>481</b>	<b>-10 594</b>	<b>1 882</b>

□ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis August 2016

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €									
		August 2015			Juli 2016			August 2016			
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
Seit dem 1. Januar gebuchte											
<b>1</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	<b>196 915</b>	<b>212 855</b>	<b>394 737</b>	<b>181 195</b>	<b>199 036</b>	<b>366 308</b>	<b>203 266</b>	<b>223 819</b>	<b>411 814</b>	
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	193 809	205 802	399 610	179 202	192 305	371 507	200 608	216 662	417 271	
111	Steuereinnahmen	175 099	160 634	335 732	163 256	152 842	316 098	183 437	171 194	354 631	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 803	37 384	39 187	1 602	32 685	34 287	1 821	37 796	39 617	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	1 648	1 648	-	2 009	2 009	-	2 006	2 006	
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	3 107	7 053	10 160	1 994	6 730	8 724	2 658	7 157	9 814	
121	Veräußerungserlöse	1 670	167	1 837	170	256	426	179	266	445	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	827	62	889	44	152	196	44	152	196	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	377	4 067	4 444	445	3 993	4 438	431	4 246	4 677	
<b>2</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	<b>202 583</b>	<b>212 051</b>	<b>399 601</b>	<b>184 055</b>	<b>195 054</b>	<b>365 186</b>	<b>207 451</b>	<b>221 937</b>	<b>414 118</b>	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	187 906	194 938	382 844	169 270	181 313	350 583	190 672	205 997	396 669	
211	Personalausgaben	20 516	79 291	99 807	18 235	71 949	90 183	20 680	81 730	102 410	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	6 193	25 144	31 337	5 551	23 411	28 962	6 261	26 609	32 870	
212	laufender Sachaufwand	12 915	18 785	31 700	12 678	19 493	32 171	14 542	22 258	36 801	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	8 087	12 434	20 521	7 375	13 458	20 833	8 508	15 333	23 841	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	20 071	10 953	31 023	15 781	8 654	24 436	16 108	9 607	25 715	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	13 950	49 405	63 355	12 826	48 335	61 161	14 312	55 232	69 544	
2141	darunter: Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	500	500	-	389	389	-	539	539	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	18	45 869	45 886	3	45 319	45 322	3	51 755	51 758	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	14 678	17 113	31 790	14 785	13 741	28 525	16 780	15 940	32 720	
221	Sachinvestitionen	3 822	3 119	6 941	3 476	2 806	6 283	4 307	3 351	7 658	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	3 134	5 915	9 049	3 368	4 809	8 176	3 490	5 373	8 863	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	14 185	16 662	30 847	14 285	13 267	27 553	16 237	15 451	31 688	

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

## Statistiken und Dokumentationen

### ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

**noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis August 2016**

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €									
		August 2015			Juli 2016			August 2016			
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
<b>3</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>-5 636 <sup>2</sup></b>	<b>805</b>	<b>-4 832</b>	<b>-2 858 <sup>2</sup></b>	<b>3 982</b>	<b>1 124</b>	<b>-4 183 <sup>2</sup></b>	<b>1 882</b>	<b>-2 301</b>	
	<b>Schuldenaufnahme und Schuldentilgung</b>										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	123 842	44 035	167 877	134 599	33 795	168 393	149 570	39 524	189 094	
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	131 373	67 331	198 704	136 839	54 055	190 895	139 990	59 314	199 304	
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-7 531	-23 296	-30 827	-2 241	-20 260	-22 501	9 580	-19 790	-10 210	
	<b>Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände</b>										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-12 695	12 446	-249	3 004	15 269	18 273	2 454	16 834	19 289	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	15 980	15 980	-	18 008	18 008	-	17 519	17 519	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	12 696	-7 431	5 264	15 706	-5 922	9 784	25 168	-7 052	18 116	

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

<sup>2</sup> Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

□ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2016

in Mio. €											
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	
	Seit dem 1. Januar gebuchte										
<b>1</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	<b>29 282</b>	<b>36 181 <sup>a</sup></b>	<b>6 969</b>	<b>17 311</b>	<b>5 016</b>	<b>19 501</b>	<b>43 318</b>	<b>9 905</b>	<b>2 545</b>	
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	28 624	35 217 <sup>b</sup>	6 725	16 908	4 310	19 218	41 616	9 635	2 509	
111	Steuereinnahmen	22 547	29 144	4 675	13 942	2 784	15 544 <sup>4</sup>	33 938	7 112	1 817	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	4 698	3 388	1 655	1 979	1 332	2 543	5 780	1 922	609	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	113	-	98	157	308	106	37	
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	251	-	317	371	536	200	83	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	658	964 <sup>c</sup>	244	403	706	283	1 702	270	36	
121	Veräußerungserlöse	1	70 <sup>c</sup>	6	36	3	3	16	71	4	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	70 <sup>c</sup>	3	-	-	2	1	70	2	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	492	737	166	298	471	201	645	144	25	
<b>2</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	<b>29 833</b>	<b>35 385 <sup>d</sup></b>	<b>6 951</b>	<b>17 047</b>	<b>4 698</b>	<b>18 336</b>	<b>43 482</b>	<b>10 805</b>	<b>2 730</b>	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	27 562	32 407 <sup>d</sup>	6 419	16 115	4 136	17 640	40 156	10 344	2 557	
211	Personalausgaben	11 701	14 451	1 807	5 891	1 243	7 432 <sup>2</sup>	15 938 <sup>2</sup>	4 296	1 105	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	4 335	4 536	217	2 129	113	2 687	6 077	1 533	468	
212	laufender Sachaufwand	1 702	2 893	449	1 556	325	1 214	3 185	861	129	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 441	2 430	391	1 341	265	1 094	2 512	680	110	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 115	597 <sup>d</sup>	204	810	140	857	1 947	599	306	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	8 609	11 141	2 845	5 211	1 654	5 275	12 427	3 216	463	
2141	darunter: Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	1 263	3 775	-	1 262	-	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	7 272	7 275	2 472	3 782	1 401	5 130	12 212	3 173	457	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 271	2 978	532	932	562	696	3 326	461	173	
221	Sachinvestitionen	466	982	31	303	166	134	196	51	21	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	855	1 004	155	272	264	129	1 408	262	44	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 239	2 832	532	904	562	696	3 144	417	164	

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

## Statistiken und Dokumentationen

### ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

**noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2016**

in Mio. €										
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
<b>3</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>- 551</b>	<b>796 <sup>e</sup></b>	<b>18</b>	<b>264</b>	<b>318</b>	<b>1 165</b>	<b>- 164</b>	<b>- 900</b>	<b>- 185</b>
	<b>Schuldenaufnahme und Schuldentilgung</b>									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	3 095	865	400	3 998	188	2 530	7 576	3 849	1 066
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt aktueller	8 092	2 542 <sup>f</sup>	740	4 792	790	5 772	12 890	5 410	1 236
43	Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-4 997	-1 677 <sup>g</sup>	-340	-794	-603	-3 243	-5 314	-1 562	-170
	Zum Ende des Monats bestehende <b>Schwebende Schulden und Kassenbestände</b>									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	7	1 178	390	4 425	117	140	200	1 464	208
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 012	369	60	1 585	986	3 022	4 136	39	103
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-33	0	796	1 055	960	128	245	-1 457	-252

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

<sup>2</sup> Ohne September-Bezüge.

<sup>3</sup> BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 71,0 Mio. €, b 1,0 Mio. €, c 70,0 Mio. €, d 243,6 Mio. €, e -172,6 Mio. €  
f 1120,0 Mio. €, g -1120,0 Mio. €.

<sup>4</sup> NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel)  
in Höhe von 3,3 Mio. €.

□ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2016

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
<b>1</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	<b>10 674</b>	<b>6 639</b>	<b>7 396</b>	<b>6 101</b>	<b>16 727</b>	<b>3 383</b>	<b>8 669</b>	<b>223 819</b>
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	10 369	6 255	7 140	5 855	16 201	3 302	8 576	216 662
111	Steuereinnahmen	7 269	4 091	5 545	3 926	9 954	1 903	7 004	171 194
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 736	1 865	1 214	1 575	4 582	1 111	808	37 796
1121	darunter: Allgemeine BEZ	217	122	84	121	535	108	-	2 006
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	683	390	147	383	2 006	432	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	305	384	256	246	526	81	93	7 157
121	Veräußerungserlöse	1	2	2	9	24	-	17	266
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1	0	0	2	1	-	-	152
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	173	232	191	174	194	71	34	4 246
<b>2</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr</b>	<b>10 714</b>	<b>6 461</b>	<b>7 187</b>	<b>5 809</b>	<b>16 470</b>	<b>3 375</b>	<b>8 452</b>	<b>221 937</b>
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	9 567	5 988	6 887	5 324	15 526	3 180	7 988	205 997
211	Personalausgaben	2 763	1 647	2 825	1 667	5 403	1 050	2 510	81 730
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	216	178	1 083	159	1 512	380	985	26 609
212	laufender Sachaufwand	758	709	540	452	4 507	638	2 342	22 258
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	634	231	472	290	1 791	304	1 348	15 333
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	134	312	373	315	1 131	380	389	9 607
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 594	2 005	2 294	1 916	228	85	68	55 232
2141	darunter: Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	37	539
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3 050	1 663	2 212	1 623	9	16	9	51 755
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 147	473	300	485	944	196	465	15 940
221	Sachinvestitionen	364	97	119	120	149	21	133	3 351
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	371	219	69	125	143	54	0	5 373
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 148	473	300	485	898	193	465	15 451

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2016

in Mio. €									
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
<b>3</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>- 40</b>	<b>178</b>	<b>209</b>	<b>292</b>	<b>257</b>	<b>8</b>	<b>216</b>	<b>1 882</b>
	<b>Schuldenaufnahme und Schuldetilgung</b>								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	3 756	2 478	98	5 452	2 414	1 760	39 524
41	Schuldetilgung am Kreditmarkt aktueller	115	2 906	3 046	1 298	5 508	2 160	2 017	59 314
43	Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-115	850	-568	-1 200	-56	254	-257	-19 790
	Zum Ende des Monats bestehende								
	<b>Schwebende Schulden und Kassenbestände</b>								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	205	4 857	-	-	-	2 720	923	16 834
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	3 888	105	-	469	837	694	214	17 519
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-4 873	-349	-651	8	-2 586	-40	-7 052

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

<sup>2</sup> Ohne September-Bezüge.

<sup>3</sup> BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 71,0 Mio. €, b 1,0 Mio. €, c 70,0 Mio. €, d 243,6 Mio. €, e -172,6 Mio. €  
f 1120,0 Mio. €, g -1120,0 Mio. €.

<sup>4</sup> NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel)  
in Höhe von 3,3 Mio. €.

# Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes

## Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

**Stand: Herbstprojektion der Bundesregierung vom 7. Oktober 2016**

### Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite <https://circabc.europa.eu/>. Die Budgetseimielastizität basiert auf den von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke<sup>1</sup> sowie auf methodischen Erweiterungen und Aktualisierungen des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Siehe Girouard und André (2005), „Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries”, OECD Economics Department Working Papers 434.

<sup>2</sup> Siehe Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): „The cyclically-adjusted budget balance used in the EU fiscal framework: an update”, Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478 sowie Mourre, Astarita und Princen (2014): „Adjusting the budget balance for the business cycle: the EU methodology”, Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 536.

2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), wobei aktuellen Entwicklungen Rechnung getragen wird (inklusive Flüchtlinge/Zuwanderung). In diesem Zusammenhang wurde die Fortschreibung der Non-accelerating wage rate of unemployment (NAWRU) für die Jahre 2015 bis 2020 ebenfalls angepasst. Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstägigen und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem HP-Filter Rechnung zu tragen.
3. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
4. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Herbstsprojektion 2016 der Bundesregierung.
5. Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und

## Statistiken und Dokumentationen

### GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die **Produktionslücke** kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unter- beziehungsweise Überlastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von „negativen“ beziehungsweise „positiven“ Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der **Potenzialpfad** beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer **Konjunkturkomponente**, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunktuell schlechten Zeiten erweitert und in konjunktuell guten Zeiten einschränkt. Die **Budgetsemielastizität** als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel „Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel“ zu finden.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> <http://www.bundesfinanzministerium.de/mb/2016103>

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt in Mrd. € (nominal)	Produktionslücke	Budgetsemielastizität	Konjunkturkomponente <sup>1</sup> in Mrd. € (nominal)
2017	3 242,7	3 233,2	-9,5	0,205	-1,9
2018	3 337,4	3 336,6	-0,8	0,205	-0,2
2019	3 437,9	3 439,6	1,7	0,205	0,3
2020	3 544,3	3 545,7	1,4	0,205	0,3
2021	3 655,1	3 655,1	0,0	0,205	0,0

<sup>1</sup> Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

□ Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

	Produktionspotenzial				Produktionslücken			
	preisbereinigt		nominal		preisbereinigt		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP
1980	1 504,9	-	859,8	-	35,1	2,3	20,1	2,3
1981	1 538,8	+2,3	915,9	+6,5	9,3	0,6	5,6	0,6
1982	1 570,6	+2,1	977,6	+6,7	-28,6	-1,8	-17,8	-1,8
1983	1 602,6	+2,0	1 025,6	+4,9	-36,4	-2,3	-23,3	-2,3
1984	1 635,7	+2,1	1 067,6	+4,1	-25,3	-1,5	-16,5	-1,5
1985	1 669,9	+2,1	1 113,0	+4,3	-21,9	-1,3	-14,6	-1,3
1986	1 707,7	+2,3	1 172,4	+5,3	-22,0	-1,3	-15,1	-1,3
1987	1 747,6	+2,3	1 215,2	+3,6	-38,3	-2,2	-26,6	-2,2
1988	1 791,0	+2,5	1 266,4	+4,2	-18,4	-1,0	-13,0	-1,0
1989	1 841,0	+2,8	1 339,2	+5,7	0,8	0,0	0,6	0,0
1990	1 896,0	+3,0	1 426,1	+6,5	42,5	2,2	32,0	2,2
1991	1 952,4	+3,0	1 513,1	+6,1	86,1	4,4	66,7	4,4
1992	2 009,6	+2,9	1 639,7	+8,4	68,1	3,4	55,6	3,4
1993	2 062,8	+2,6	1 752,7	+6,9	-4,9	-0,2	-4,2	-0,2
1994	2 107,1	+2,1	1 829,1	+4,4	1,3	0,1	1,2	0,1
1995	2 146,2	+1,9	1 899,9	+3,9	-1,2	-0,1	-1,1	-0,1
1996	2 182,5	+1,7	1 944,1	+2,3	-19,9	-0,9	-17,7	-0,9
1997	2 216,8	+1,6	1 979,8	+1,8	-14,2	-0,6	-12,7	-0,6
1998	2 250,6	+1,5	2 022,2	+2,1	-4,4	-0,2	-3,9	-0,2
1999	2 286,4	+1,6	2 060,9	+1,9	4,5	0,2	4,0	0,2
2000	2 323,3	+1,6	2 084,7	+1,2	35,4	1,5	31,8	1,5
2001	2 359,6	+1,6	2 144,3	+2,9	39,1	1,7	35,5	1,7
2002	2 393,9	+1,5	2 204,9	+2,8	4,8	0,2	4,4	0,2
2003	2 425,5	+1,3	2 261,0	+2,5	-43,9	-1,8	-40,9	-1,8
2004	2 457,0	+1,3	2 315,4	+2,4	-47,5	-1,9	-44,8	-1,9
2005	2 488,5	+1,3	2 359,6	+1,9	-62,0	-2,5	-58,7	-2,5
2006	2 521,3	+1,3	2 398,0	+1,6	-5,0	-0,2	-4,7	-0,2
2007	2 553,1	+1,3	2 469,5	+3,0	45,3	1,8	43,8	1,8
2008	2 581,1	+1,1	2 517,4	+1,9	45,4	1,8	44,3	1,8
2009	2 600,3	+0,7	2 580,7	+2,5	-121,4	-4,7	-120,5	-4,7
2010	2 621,6	+0,8	2 621,6	+1,6	-41,6	-1,6	-41,6	-1,6
2011	2 648,1	+1,0	2 676,5	+2,1	26,4	1,0	26,7	1,0
2012	2 679,7	+1,2	2 750,1	+2,8	7,9	0,3	8,2	0,3
2013	2 714,8	+1,3	2 840,9	+3,3	-14,0	-0,5	-14,7	-0,5
2014	2 752,4	+1,4	2 933,0	+3,2	-8,5	-0,3	-9,1	-0,3
2015	2 800,3	+1,7	3 042,8	+3,7	-9,2	-0,3	-9,9	-0,3
2016	2 849,2	+1,7	3 143,4	+3,3	-6,5	-0,2	-7,2	-0,2
2017	2 889,8	+1,4	3 242,7	+3,2	-8,5	-0,3	-9,5	-0,3
2018	2 928,7	+1,3	3 337,4	+2,9	-0,7	0,0	-0,8	0,0
2019	2 967,4	+1,3	3 437,9	+3,0	1,5	0,0	1,7	0,0
2020	3 009,1	+1,4	3 544,3	+3,1	1,1	0,0	1,4	0,0
2021	3 052,2	+1,4	3 655,1	+3,1	0,0	0,0	0,0	0,0

□ Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

**Tabelle 3:** Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum<sup>1</sup>

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität Prozentpunkte	Arbeit	Kapital
	in % gegenüber Vorjahr		Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,3	1,0	0,1	1,1
1982	+2,1	1,0	0,0	1,0
1983	+2,0	1,2	0,0	0,9
1984	+2,1	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,3	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,7	0,0	0,8
1989	+2,8	1,8	0,1	0,9
1990	+3,0	1,9	0,2	0,9
1991	+3,0	1,8	0,2	0,9
1992	+2,9	1,7	0,2	1,0
1993	+2,6	1,5	0,1	1,1
1994	+2,1	1,4	-0,2	1,0
1995	+1,9	1,2	-0,3	1,0
1996	+1,7	1,1	-0,3	0,9
1997	+1,6	1,0	-0,3	0,8
1998	+1,5	1,0	-0,3	0,8
1999	+1,6	1,0	-0,3	0,8
2000	+1,6	1,0	-0,3	0,8
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	0,0	0,6
2004	+1,3	0,7	0,0	0,5
2005	+1,3	0,7	0,1	0,5
2006	+1,3	0,7	0,2	0,5
2007	+1,3	0,6	0,1	0,5
2008	+1,1	0,5	0,0	0,5
2009	+0,7	0,4	-0,1	0,4
2010	+0,8	0,5	0,0	0,4
2011	+1,0	0,5	0,1	0,4
2012	+1,2	0,5	0,3	0,4
2013	+1,3	0,5	0,4	0,4
2014	+1,4	0,5	0,5	0,4
2015	+1,7	0,5	0,8	0,4
2016	+1,7	0,5	0,8	0,4
2017	+1,4	0,6	0,4	0,4
2018	+1,3	0,6	0,3	0,4
2019	+1,3	0,7	0,2	0,4
2020	+1,4	0,7	0,2	0,5
2021	+1,4	0,7	0,2	0,5

<sup>1</sup> Abweichungen des ausgewiesenen Potenzialwachstums von der Summe der Wachstumsbeiträge sind rundungsbedingt.

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

**Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt**

	preisbereinigt <sup>1</sup>		nominal	
	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr
1960	750,2	.	171,7	.
1961	784,9	+4,6	191,9	+11,8
1962	821,6	+4,7	213,1	+11,1
1963	844,7	+2,8	225,8	+5,9
1964	900,9	+6,7	250,4	+10,9
1965	949,2	+5,4	274,7	+9,7
1966	975,6	+2,8	285,0	+3,7
1967	972,6	-0,3	279,9	-1,8
1968	1 025,7	+5,5	307,3	+9,8
1969	1 102,2	+7,5	350,5	+14,1
1970	1 157,7	+5,0	402,4	+14,8
1971	1 194,0	+3,1	446,6	+11,0
1972	1 245,3	+4,3	486,9	+9,0
1973	1 304,8	+4,8	542,3	+11,4
1974	1 316,4	+0,9	587,0	+8,2
1975	1 305,0	-0,9	614,8	+4,8
1976	1 369,6	+4,9	666,6	+8,4
1977	1 415,5	+3,3	710,3	+6,6
1978	1 458,1	+3,0	757,6	+6,7
1979	1 518,6	+4,2	822,8	+8,6
1980	1 540,0	+1,4	879,9	+6,9
1981	1 548,1	+0,5	921,4	+4,7
1982	1 542,0	-0,4	959,9	+4,2
1983	1 566,3	+1,6	1 002,3	+4,4
1984	1 610,5	+2,8	1 051,1	+4,9
1985	1 648,0	+2,3	1 098,4	+4,5
1986	1 685,7	+2,3	1 157,3	+5,4
1987	1 709,3	+1,4	1 188,5	+2,7
1988	1 772,7	+3,7	1 253,4	+5,5
1989	1 841,7	+3,9	1 339,7	+6,9
1990	1 938,5	+5,3	1 458,0	+8,8
1991	2 038,5	+5,2	1 579,8	+8,4
1992	2 077,7	+1,9	1 695,3	+7,3
1993	2 057,9	-1,0	1 748,6	+3,1
1994	2 108,4	+2,5	1 830,3	+4,7
1995	2 145,1	+1,7	1 898,9	+3,7
1996	2 162,6	+0,8	1 926,3	+1,4
1997	2 202,6	+1,8	1 967,1	+2,1
1998	2 246,2	+2,0	2 018,2	+2,6
1999	2 290,8	+2,0	2 064,9	+2,3

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbereinigt <sup>1</sup>		nominal	
	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr
2000	2 358,7	+3,0	2 116,5	+2,5
2001	2 398,7	+1,7	2 179,9	+3,0
2002	2 398,7	+0,0	2 209,3	+1,4
2003	2 381,7	-0,7	2 220,1	+0,5
2004	2 409,5	+1,2	2 270,6	+2,3
2005	2 426,5	+0,7	2 300,9	+1,3
2006	2 516,3	+3,7	2 393,3	+4,0
2007	2 598,4	+3,3	2 513,2	+5,0
2008	2 626,5	+1,1	2 561,7	+1,9
2009	2 478,9	-5,6	2 460,3	-4,0
2010	2 580,1	+4,1	2 580,1	+4,9
2011	2 674,5	+3,7	2 703,1	+4,8
2012	2 687,6	+0,5	2 758,3	+2,0
2013	2 700,8	+0,5	2 826,2	+2,5
2014	2 743,9	+1,6	2 923,9	+3,5
2015	2 791,1	+1,7	3 032,8	+3,7
2016	2 842,7	+1,8	3 136,2	+3,4
2017	2 881,3	+1,4	3 233,2	+3,1
2018	2 928,0	+1,6	3 336,6	+3,2
2019	2 968,8	+1,4	3 439,6	+3,1
2020	3 010,3	+1,4	3 545,7	+3,1
2021	3 052,2	+1,4	3 655,1	+3,1

<sup>1</sup>Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2010=100).

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung <sup>1</sup>		Partizipationsraten		Erwerbstätige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
1960	54 657	.	.	60,0	32 340	.
1961	54 667	+0,0	.	60,5	32 791	+1,4
1962	54 803	+0,2	.	60,5	32 905	+0,3
1963	55 035	+0,4	.	60,5	32 983	+0,2
1964	55 219	+0,3	.	60,3	33 011	+0,1
1965	55 499	+0,5	59,9	60,3	33 199	+0,6
1966	55 793	+0,5	59,5	59,8	33 097	-0,3
1967	55 845	+0,1	59,1	58,7	32 019	-3,3
1968	55 951	+0,2	58,8	58,3	32 046	+0,1
1969	56 377	+0,8	58,7	58,3	32 545	+1,6
1970	56 586	+0,4	58,6	58,6	32 993	+1,4
1971	56 729	+0,3	58,6	58,8	33 143	+0,5
1972	57 126	+0,7	58,6	58,9	33 325	+0,6
1973	57 519	+0,7	58,6	59,3	33 727	+1,2
1974	57 776	+0,4	58,4	58,8	33 408	-0,9
1975	57 814	+0,1	58,3	58,1	32 570	-2,5
1976	57 871	+0,1	58,1	57,9	32 434	-0,4
1977	58 057	+0,3	58,1	57,8	32 508	+0,2
1978	58 348	+0,5	58,2	57,9	32 829	+1,0
1979	58 738	+0,7	58,5	58,4	33 463	+1,9
1980	59 196	+0,8	59,0	58,9	34 024	+1,7
1981	59 595	+0,7	59,5	59,4	34 065	+0,1
1982	59 823	+0,4	60,2	60,2	33 802	-0,8
1983	59 931	+0,2	61,0	61,2	33 494	-0,9
1984	59 957	+0,0	61,8	61,8	33 783	+0,9
1985	59 980	+0,0	62,5	62,7	34 257	+1,4
1986	60 095	+0,2	63,3	63,2	34 915	+1,9
1987	60 194	+0,2	63,9	63,8	35 402	+1,4
1988	60 300	+0,2	64,6	64,5	35 906	+1,4
1989	60 567	+0,4	65,1	64,9	36 580	+1,9
1990	60 955	+0,6	65,5	65,9	37 733	+3,2
1991	61 396	+0,7	65,7	66,7	38 790	+2,8
1992	61 972	+0,9	65,8	65,9	38 283	-1,3
1993	62 517	+0,9	65,8	65,3	37 786	-1,3
1994	62 797	+0,4	65,8	65,5	37 798	+0,0
1995	62 925	+0,2	65,9	65,4	37 958	+0,4
1996	62 993	+0,1	66,1	65,8	37 969	+0,0
1997	62 977	-0,0	66,4	66,2	37 947	-0,1
1998	62 917	-0,1	66,8	66,9	38 407	+1,2
1999	62 907	-0,0	67,3	67,4	39 031	+1,6

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung <sup>1</sup>		Partizipationsraten		Erwerbstätige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
2000	62 932	+0,0	67,7	68,4	39 917	+2,3
2001	63 000	+0,1	68,0	68,0	39 809	-0,3
2002	63 115	+0,2	68,2	68,1	39 630	-0,4
2003	63 178	+0,1	68,5	68,1	39 200	-1,1
2004	63 176	-0,0	68,8	68,8	39 337	+0,3
2005	63 153	-0,0	69,1	69,4	39 326	-0,0
2006	63 093	-0,1	69,3	69,3	39 635	+0,8
2007	62 992	-0,2	69,6	69,5	40 325	+1,7
2008	62 833	-0,3	69,9	69,8	40 856	+1,3
2009	62 546	-0,5	70,3	70,3	40 892	+0,1
2010	62 224	-0,5	70,6	70,5	41 020	+0,3
2011	61 984	-0,4	71,0	70,9	41 577	+1,4
2012	61 890	-0,2	71,4	71,6	42 061	+1,2
2013	61 877	-0,0	71,9	71,9	42 328	+0,6
2014	61 859	-0,0	72,3	72,3	42 662	+0,8
2015	62 076	+0,4	72,7	72,5	43 057	+0,9
2016	62 248	+0,3	73,1	72,9	43 572	+1,2
2017	62 188	-0,1	73,5	73,6	43 992	+1,0
2018	62 148	-0,1	73,9	74,2	44 332	+0,8
2019	62 080	-0,1	74,2	74,4	44 408	+0,2
2020	62 080	-0,0	74,5	74,5	44 485	+0,2
2021	62 080	-0,0	74,8	74,6	44 562	+0,2
2022	61 967	-0,2	75,1	75,0	.	.
2023	61 799	-0,3	75,4	75,4	.	.
2024	61 568	-0,4	75,7	75,7	.	.

<sup>1</sup>12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		Tatsächlich beziehungsweise prognostiziert				in % der Erwerbspersonen	NAWRU <sup>2</sup>
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr		
1960	.	.	2 167	.	25 152		1,4	.
1961	.	.	2 141	-1,2	25 768	+2,5	0,9	.
1962	.	.	2 104	-1,7	26 138	+1,4	0,8	.
1963	.	.	2 073	-1,4	26 436	+1,1	1,0	.
1964	.	.	2 085	+0,6	26 733	+1,1	0,9	.
1965	2 067	.	2 071	-0,7	27 096	+1,4	0,7	.
1966	2 043	-1,2	2 045	-1,3	27 111	+0,1	0,8	.
1967	2 019	-1,2	2 007	-1,8	26 198	-3,4	2,4	0,8
1968	1 996	-1,1	1 995	-0,6	26 364	+0,6	1,7	0,9
1969	1 973	-1,2	1 975	-1,0	27 095	+2,8	0,9	1,0
1970	1 949	-1,2	1 960	-0,8	27 877	+2,9	0,5	1,0
1971	1 924	-1,3	1 928	-1,6	28 339	+1,7	0,7	1,2
1972	1 898	-1,4	1 905	-1,2	28 680	+1,2	0,9	1,3
1973	1 872	-1,4	1 876	-1,5	29 199	+1,8	1,0	1,5
1974	1 847	-1,3	1 837	-2,1	29 048	-0,5	1,7	1,7
1975	1 825	-1,2	1 800	-2,0	28 383	-2,3	3,1	2,0
1976	1 807	-1,0	1 813	+0,7	28 461	+0,3	3,2	2,4
1977	1 790	-0,9	1 795	-1,0	28 696	+0,8	3,1	2,8
1978	1 775	-0,9	1 776	-1,1	29 090	+1,4	2,9	3,2
1979	1 759	-0,9	1 764	-0,7	29 822	+2,5	2,4	3,7
1980	1 744	-0,9	1 745	-1,1	30 405	+2,0	2,4	4,2
1981	1 729	-0,9	1 724	-1,2	30 484	+0,3	3,8	4,8
1982	1 713	-0,9	1 712	-0,6	30 260	-0,7	6,2	5,3
1983	1 698	-0,9	1 699	-0,8	29 992	-0,9	8,6	5,8
1984	1 681	-1,0	1 688	-0,7	30 281	+1,0	8,9	6,2
1985	1 664	-1,0	1 665	-1,4	30 758	+1,6	9,0	6,6
1986	1 646	-1,1	1 646	-1,1	31 393	+2,1	8,1	6,8
1987	1 629	-1,1	1 624	-1,3	31 914	+1,7	7,8	7,0
1988	1 612	-1,0	1 619	-0,3	32 429	+1,6	7,7	7,2
1989	1 595	-1,0	1 595	-1,4	33 078	+2,0	6,9	7,2
1990	1 580	-1,0	1 572	-1,4	34 212	+3,4	6,0	7,3
1991	1 567	-0,8	1 554	-1,2	35 227	+3,0	5,3	7,3
1992	1 555	-0,7	1 565	+0,7	34 675	-1,6	6,3	7,3
1993	1 545	-0,7	1 542	-1,5	34 120	-1,6	7,5	7,4
1994	1 534	-0,7	1 537	-0,3	34 052	-0,2	8,0	7,5
1995	1 523	-0,7	1 528	-0,6	34 161	+0,3	7,8	7,5
1996	1 512	-0,8	1 511	-1,1	34 115	-0,1	8,4	7,7
1997	1 499	-0,8	1 500	-0,7	34 036	-0,2	9,0	7,8
1998	1 486	-0,9	1 494	-0,4	34 447	+1,2	8,7	7,9
1999	1 472	-0,9	1 479	-1,0	35 046	+1,7	7,9	8,0

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		Tatsächlich beziehungsweise prognostiziert				in % der Erwerbspersonen	NAWRU <sup>2</sup>
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr		
2000	1 459	-0,9	1 452	-1,8	35 922	+2,5	7,2	8,1
2001	1 447	-0,8	1 442	-0,7	35 797	-0,3	7,1	8,2
2002	1 437	-0,7	1 431	-0,8	35 570	-0,6	7,9	8,2
2003	1 429	-0,5	1 425	-0,4	35 078	-1,4	8,9	8,3
2004	1 423	-0,4	1 422	-0,2	35 079	+0,0	9,5	8,2
2005	1 419	-0,3	1 411	-0,8	34 916	-0,5	10,3	8,1
2006	1 415	-0,3	1 425	+1,0	35 152	+0,7	9,4	7,9
2007	1 411	-0,3	1 424	-0,0	35 798	+1,8	7,9	7,6
2008	1 404	-0,5	1 418	-0,4	36 353	+1,6	6,9	7,3
2009	1 396	-0,6	1 373	-3,2	36 407	+0,1	7,0	6,9
2010	1 389	-0,5	1 390	+1,3	36 533	+0,3	6,4	6,5
2011	1 383	-0,5	1 393	+0,2	37 014	+1,3	5,5	6,0
2012	1 377	-0,4	1 375	-1,3	37 501	+1,3	5,0	5,6
2013	1 372	-0,3	1 362	-0,9	37 870	+1,0	4,9	5,2
2014	1 370	-0,2	1 368	+0,4	38 260	+1,0	4,7	4,8
2015	1 369	-0,1	1 368	+0,0	38 721	+1,2	4,3	4,4
2016	1 369	-0,0	1 374	+0,4	39 266	+1,4	4,0	4,0
2017	1 369	+0,0	1 371	-0,2	39 706	+1,1	3,9	3,8
2018	1 369	+0,0	1 370	-0,0	40 066	+0,9	3,9	3,8
2019	1 369	-0,0	1 370	-0,1	40 145	+0,2	3,8	3,8
2020	1 369	-0,0	1 369	-0,1	40 224	+0,2	3,8	3,8
2021	1 368	-0,0	1 368	-0,1	40 303	+0,2	3,7	3,8
2022	1 368	-0,0	1 368	-0,0	.	.	.	.
2023	1 367	-0,0	1 367	-0,0	.	.	.	.
2024	1 367	-0,0	1 367	-0,0	.	.	.	.

<sup>1</sup> 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.<sup>2</sup> NAWRU – Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlagevermögen		Bruttoanlageinvestitionen		Abgangssquote tatsächlich bzw. prognostiziert	
	preisbereinigt		preisbereinigt			
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr		
1980	7 465,3	+3,5	348,8	+2,3	1,4	
1981	7 705,8	+3,2	332,6	-4,7	1,2	
1982	7 923,0	+2,8	317,4	-4,6	1,3	
1983	8 130,7	+2,6	326,9	+3,0	1,5	
1984	8 335,7	+2,5	327,4	+0,2	1,5	
1985	8 534,2	+2,4	329,6	+0,7	1,6	
1986	8 733,5	+2,3	340,1	+3,2	1,7	
1987	8 936,9	+2,3	347,2	+2,1	1,6	
1988	9 147,4	+2,4	364,7	+5,0	1,7	
1989	9 373,5	+2,5	391,1	+7,2	1,8	
1990	9 621,9	+2,7	422,4	+8,0	1,9	
1991	9 884,4	+2,7	442,3	+4,7	1,9	
1992	10 178,4	+3,0	460,5	+4,1	1,7	
1993	10 486,7	+3,0	441,2	-4,2	1,3	
1994	10 783,4	+2,8	457,2	+3,6	1,5	
1995	11 079,3	+2,7	457,1	-0,0	1,5	
1996	11 365,0	+2,6	454,8	-0,5	1,5	
1997	11 641,2	+2,4	458,4	+0,8	1,6	
1998	11 918,1	+2,4	476,2	+3,9	1,7	
1999	12 206,0	+2,4	498,3	+4,6	1,8	
2000	12 499,7	+2,4	510,0	+2,3	1,8	
2001	12 779,6	+2,2	497,1	-2,5	1,7	
2002	13 019,3	+1,9	468,4	-5,8	1,8	
2003	13 225,3	+1,6	462,2	-1,3	2,0	
2004	13 416,7	+1,4	462,4	+0,0	2,0	
2005	13 596,5	+1,3	465,8	+0,7	2,1	
2006	13 785,0	+1,4	500,8	+7,5	2,3	
2007	13 992,5	+1,5	521,2	+4,1	2,3	
2008	14 203,7	+1,5	529,2	+1,5	2,3	
2009	14 380,5	+1,2	475,8	-10,1	2,1	
2010	14 533,2	+1,1	501,4	+5,4	2,4	
2011	14 700,5	+1,2	537,4	+7,2	2,5	
2012	14 876,6	+1,2	533,9	-0,7	2,4	
2013	15 044,7	+1,1	527,8	-1,1	2,4	
2014	15 211,3	+1,1	545,9	+3,4	2,5	
2015	15 388,1	+1,2	555,2	+1,7	2,5	
2016	15 564,2	+1,1	569,3	+2,5	2,6	
2017	15 743,0	+1,1	580,4	+2,0	2,6	
2018	15 930,0	+1,2	598,2	+3,1	2,6	
2019	16 126,9	+1,2	613,2	+2,5	2,6	
2020	16 335,4	+1,3	628,5	+2,5	2,6	
2021	16 553,8	+1,3	644,2	+2,5	2,6	

□ Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4164	-7,4274
1981	-7,4149	-7,4174
1982	-7,4193	-7,4071
1983	-7,4019	-7,3956
1984	-7,3840	-7,3833
1985	-7,3693	-7,3699
1986	-7,3597	-7,3557
1987	-7,3541	-7,3403
1988	-7,3329	-7,3236
1989	-7,3059	-7,3057
1990	-7,2745	-7,2872
1991	-7,2438	-7,2689
1992	-7,2311	-7,2520
1993	-7,2330	-7,2370
1994	-7,2169	-7,2236
1995	-7,2079	-7,2118
1996	-7,2014	-7,2009
1997	-7,1864	-7,1905
1998	-7,1802	-7,1805
1999	-7,1729	-7,1703
2000	-7,1548	-7,1599
2001	-7,1394	-7,1499
2002	-7,1380	-7,1408
2003	-7,1407	-7,1327
2004	-7,1352	-7,1254
2005	-7,1277	-7,1185
2006	-7,1074	-7,1120
2007	-7,0916	-7,1061
2008	-7,0918	-7,1009
2009	-7,1333	-7,0968
2010	-7,1071	-7,0920
2011	-7,0853	-7,0873
2012	-7,0837	-7,0827
2013	-7,0808	-7,0780
2014	-7,0765	-7,0733
2015	-7,0696	-7,0684
2016	-7,0658	-7,0631
2017	-7,0611	-7,0573
2018	-7,0540	-7,0510
2019	-7,0452	-7,0442
2020	-7,0366	-7,0371
2021	-7,0282	-7,0297

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Bruttoinlandsprodukts		Deflator des privaten Konsums		Arbeitnehmerentgelte, Inland	
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	22,9	-	26,3	-	83,5	-
1961	24,4	+6,8	27,2	+3,3	94,2	+12,9
1962	25,9	+6,1	28,0	+2,9	104,3	+10,6
1963	26,7	+3,0	28,8	+3,0	111,9	+7,3
1964	27,8	+4,0	29,4	+2,2	122,4	+9,4
1965	28,9	+4,2	30,4	+3,2	135,8	+11,0
1966	29,2	+0,9	31,5	+3,6	146,2	+7,7
1967	28,8	-1,5	32,0	+1,6	146,0	-0,2
1968	30,0	+4,1	32,5	+1,6	156,7	+7,4
1969	31,8	+6,2	33,1	+1,9	176,4	+12,6
1970	34,8	+9,3	34,3	+3,5	209,5	+18,7
1971	37,4	+7,6	36,2	+5,6	237,4	+13,3
1972	39,1	+4,5	37,9	+4,7	263,2	+10,9
1973	41,6	+6,3	40,7	+7,4	299,6	+13,8
1974	44,6	+7,3	44,0	+8,0	331,4	+10,6
1975	47,1	+5,7	46,4	+5,5	346,3	+4,5
1976	48,7	+3,3	48,1	+3,8	374,3	+8,1
1977	50,2	+3,1	49,4	+2,7	401,8	+7,4
1978	52,0	+3,5	50,4	+1,9	429,0	+6,8
1979	54,2	+4,3	53,3	+5,7	464,5	+8,3
1980	57,1	+5,5	56,8	+6,7	504,9	+8,7
1981	59,5	+4,2	60,3	+6,1	529,5	+4,9
1982	62,2	+4,6	63,4	+5,0	546,2	+3,1
1983	64,0	+2,8	65,4	+3,2	558,3	+2,2
1984	65,3	+2,0	67,0	+2,5	580,1	+3,9
1985	66,7	+2,1	68,0	+1,5	603,3	+4,0
1986	68,7	+3,0	67,3	-1,1	635,4	+5,3
1987	69,5	+1,3	67,3	-0,1	664,3	+4,5
1988	70,7	+1,7	68,5	+1,9	692,2	+4,2
1989	72,7	+2,9	71,1	+3,9	724,2	+4,6
1990	75,2	+3,4	73,3	+3,0	783,6	+8,2
1991	77,5	+3,0	75,4	+3,0	854,4	+9,0
1992	81,6	+5,3	78,6	+4,2	927,4	+8,5
1993	85,0	+4,1	81,6	+3,7	950,1	+2,4
1994	86,8	+2,2	83,2	+2,1	975,6	+2,7
1995	88,5	+2,0	84,3	+1,3	1 012,6	+3,8
1996	89,1	+0,6	85,1	+1,0	1 021,9	+0,9
1997	89,3	+0,3	86,2	+1,3	1 026,4	+0,4
1998	89,9	+0,6	86,6	+0,5	1 048,3	+2,1
1999	90,1	+0,3	87,0	+0,4	1 078,6	+2,9

□ Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

## noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Bruttoinlandsprodukts		Deflator des privaten Konsums		Arbeitnehmerentgelte, Inland	
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	89,7	-0,4	87,7	+0,8	1 120,5	+3,9
2001	90,9	+1,3	89,2	+1,7	1 137,7	+1,5
2002	92,1	+1,4	90,3	+1,3	1 144,8	+0,6
2003	93,2	+1,2	92,0	+1,8	1 146,2	+0,1
2004	94,2	+1,1	92,9	+1,0	1 148,4	+0,2
2005	94,8	+0,6	94,3	+1,5	1 145,9	-0,2
2006	95,1	+0,3	95,3	+1,1	1 165,3	+1,7
2007	96,7	+1,7	96,8	+1,6	1 197,1	+2,7
2008	97,5	+0,8	98,5	+1,7	1 241,3	+3,7
2009	99,2	+1,8	98,1	-0,4	1 245,7	+0,4
2010	100,0	+0,8	100,0	+2,0	1 282,0	+2,9
2011	101,1	+1,1	102,0	+2,0	1 337,3	+4,3
2012	102,6	+1,5	103,5	+1,5	1 388,8	+3,9
2013	104,6	+2,0	104,6	+1,0	1 427,5	+2,8
2014	106,6	+1,8	105,6	+1,0	1 482,8	+3,9
2015	108,7	+2,0	106,2	+0,6	1 537,0	+3,7
2016	110,3	+1,5	107,0	+0,7	1 593,4	+3,7
2017	112,2	+1,7	108,7	+1,6	1 649,9	+3,5
2018	114,0	+1,6	110,5	+1,7	1 704,6	+3,3
2019	115,9	+1,7	112,5	+1,8	1 757,2	+3,1
2020	117,8	+1,7	114,5	+1,8	1 811,4	+3,1
2021	119,8	+1,7	116,6	+1,8	1 867,5	+3,1

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

	Erwerbstätige im Inland <sup>1</sup>		Erwerbsquote <sup>2</sup>	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote <sup>3</sup>	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote <sup>4</sup>
	Jahr	in Mio.	Veränderung in % p. a.			gesamt	je Erwerbs- tätigem	je Erwerbs- tägigen- stunde	
			in %	in Mio.	in %	Veränderung in % p. a.			in %
1991	38,8	.	51,3	2,2	5,3	.	.	.	24,9
1992	38,3	-1,3	50,8	2,6	6,3	+1,9	+3,3	+2,5	25,1
1993	37,8	-1,3	50,4	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,9	23,9
1994	37,8	+0,0	50,6	3,3	8,0	+2,5	+2,4	+2,7	24,0
1995	38,0	+0,4	50,5	3,2	7,8	+1,7	+1,3	+1,9	23,4
1996	38,0	+0,0	50,8	3,5	8,4	+0,8	+0,8	+2,0	22,8
1997	37,9	-0,1	51,1	3,8	9,0	+1,8	+1,9	+2,6	22,5
1998	38,4	+1,2	51,6	3,7	8,8	+2,0	+0,8	+1,2	22,6
1999	39,0	+1,6	51,9	3,4	8,0	+2,0	+0,4	+1,4	22,9
2000	39,9	+2,3	52,7	3,1	7,3	+3,0	+0,7	+2,5	23,0
2001	39,8	-0,3	52,4	3,1	7,2	+1,7	+2,0	+2,7	21,7
2002	39,6	-0,4	52,6	3,4	7,9	+0,0	+0,5	+1,2	20,0
2003	39,2	-1,1	52,6	3,8	8,9	-0,7	+0,4	+0,8	19,5
2004	39,3	+0,3	53,2	4,1	9,5	+1,2	+0,8	+1,0	19,2
2005	39,3	-0,0	53,8	4,5	10,3	+0,7	+0,7	+1,5	19,1
2006	39,6	+0,8	53,8	4,1	9,4	+3,7	+2,9	+1,9	19,8
2007	40,3	+1,7	54,0	3,5	7,9	+3,3	+1,5	+1,5	20,1
2008	40,9	+1,3	54,3	3,0	6,9	+1,1	-0,2	+0,2	20,3
2009	40,9	+0,1	54,6	3,1	7,1	-5,6	-5,7	-2,6	19,2
2010	41,0	+0,3	54,6	2,8	6,4	+4,1	+3,8	+2,5	19,4
2011	41,6	+1,4	54,7	2,4	5,5	+3,7	+2,3	+2,1	20,3
2012	42,1	+1,2	55,0	2,2	5,0	+0,5	-0,7	+0,6	20,1
2013	42,3	+0,6	55,1	2,2	4,9	+0,5	-0,1	+0,8	19,7
2014	42,7	+0,8	55,2	2,1	4,7	+1,6	+0,8	+0,4	20,0
2015	43,1	+0,9	55,1	2,0	4,3	+1,7	+0,8	+0,8	19,9
2010/2005	40,3	+0,8	54,2	3,5	8,0	+1,2	0,4	+0,7	19,7
2015/2010	42,1	+1,0	54,9	2,3	5,1	+1,6	+0,6	+0,9	19,9

<sup>1</sup> Erwerbstätige im Inland nach ESVG 2010.<sup>2</sup> Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose (ILO)) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 2010.<sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 2010.<sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) <sup>1</sup>	Verbraucher- preisindex (2010=100)	Lohnstück- kosten <sup>2</sup>
Jahr	Veränderung in % p. a.						
1991	.	.	.	.	.	.	.
1992	+7,3	+5,3	+3,3	+4,4	+4,2	+5,1	+6,9
1993	+3,1	+4,1	+2,0	+3,7	+3,7	+4,5	+4,1
1994	+4,7	+2,2	+1,0	+1,9	+2,1	+2,6	+0,7
1995	+3,7	+2,0	+1,7	+1,6	+1,3	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,3	+0,7	+1,0	+1,4	+0,4
1997	+2,1	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+2,0	-0,9
1998	+2,6	+0,6	+1,9	+0,1	+0,5	+1,0	+0,3
1999	+2,3	+0,3	+0,8	+0,1	+0,4	+0,6	+1,0
2000	+2,5	-0,4	-4,3	+0,8	+0,8	+1,4	+0,7
2001	+3,0	+1,3	+0,1	+1,2	+1,7	+2,0	-0,3
2002	+1,4	+1,3	+2,0	+0,8	+1,3	+1,4	+0,6
2003	+0,5	+1,2	+1,2	+1,0	+1,8	+1,1	+1,1
2004	+2,3	+1,1	+0,2	+1,1	+1,0	+1,6	-0,5
2005	+1,3	+0,6	-1,8	+1,2	+1,5	+1,6	-0,4
2006	+4,0	+0,3	-1,6	+0,9	+1,1	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,7	+0,2	+1,7	+1,6	+2,3	-0,8
2008	+1,9	+0,8	-1,7	+1,5	+1,7	+2,6	+2,4
2009	-4,0	+1,8	+4,6	+0,3	-0,4	+0,3	+6,9
2010	+4,9	+0,8	-2,3	+1,6	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,8	+1,1	-2,7	+2,1	+2,0	+2,1	+0,5
2012	+2,0	+1,5	-0,2	+1,6	+1,5	+2,0	+3,0
2013	+2,5	+2,0	+1,1	+1,6	+1,1	+1,5	+1,7
2014	+3,5	+1,8	+1,3	+1,4	+1,0	+0,9	+1,6
2015	+3,7	+2,0	+2,6	+0,9	+0,6	+0,3	+1,5
2010/2005	+2,3	+1,1	-0,2	+1,2	+1,2	+1,6	+0,9
2015/2010	+3,3	+1,7	+0,4	+1,5	+1,2	+1,3	+1,7

<sup>1</sup> Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.<sup>2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft<sup>1</sup>

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderung in % p. a.		in Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991	.	.	-8,1	-26,0	23,7	24,2	-0,5	-1,6
1992	+0,7	+0,9	-8,9	-21,0	22,3	22,8	-0,5	-1,2
1993	-5,7	-8,2	1,1	-17,0	20,4	20,3	0,1	-1,0
1994	+8,7	+8,0	3,6	-27,9	21,1	20,9	0,2	-1,5
1995	+8,0	+6,7	8,9	-25,2	22,0	21,5	0,5	-1,3
1996	+5,6	+4,0	15,8	-15,1	22,9	22,1	0,8	-0,8
1997	+13,2	+11,9	23,3	-10,3	25,4	24,2	1,2	-0,5
1998	+6,9	+6,5	26,7	-14,6	26,5	25,1	1,3	-0,7
1999	+4,6	+7,2	14,7	-29,3	27,0	26,3	0,7	-1,4
2000	+16,9	+19,0	5,7	-31,2	30,8	30,6	0,3	-1,5
2001	+6,5	+1,5	38,4	-9,9	31,9	30,1	1,8	-0,5
2002	+3,6	-5,1	96,7	37,8	32,6	28,2	4,4	1,7
2003	+0,5	+3,1	81,3	37,6	32,6	28,9	3,7	1,7
2004	+11,2	+7,5	114,5	101,2	35,4	30,4	5,0	4,5
2005	+7,9	+8,9	116,4	104,6	37,7	32,7	5,1	4,5
2006	+13,5	+14,2	126,8	137,3	41,2	35,9	5,3	5,7
2007	+9,7	+6,4	167,1	170,8	43,0	36,4	6,6	6,8
2008	+3,0	+5,1	153,1	140,5	43,5	37,5	6,0	5,5
2009	-16,5	-15,8	121,5	142,7	37,8	32,9	4,9	5,8
2010	+17,2	+18,2	134,1	150,0	42,3	37,1	5,2	5,8
2011	+11,1	+12,9	132,1	162,7	44,8	39,9	4,9	6,0
2012	+4,7	+1,9	168,0	195,2	46,0	39,9	6,1	7,1
2013	+1,3	+1,5	168,4	192,7	45,5	39,5	6,0	6,8
2014	+3,9	+2,5	190,7	219,2	45,7	39,1	6,5	7,5
2015	+6,3	+3,9	229,5	255,3	46,8	39,2	7,6	8,4
2010/2005	+4,7	+4,9	136,5	141,0	40,9	35,4	5,5	5,7
2015/2010	+5,4	+4,5	170,5	195,8	45,2	39,1	6,0	6,9

<sup>1</sup>In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) <sup>3</sup>
				unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>		
Jahr	Veränderung in % p. a.			in %		Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	69,9	69,9	.	.
1992	+6,5	+2,2	+8,4	71,1	71,3	+10,2	+4,2
1993	+1,5	-0,4	+2,3	71,6	72,1	+4,3	+0,8
1994	+3,7	+6,3	+2,6	70,9	71,5	+1,9	-1,8
1995	+3,9	+4,6	+3,6	70,7	71,4	+3,0	-0,6
1996	+1,4	+2,6	+0,9	70,4	71,2	+1,2	+0,5
1997	+1,6	+4,3	+0,4	69,6	70,5	+0,0	-2,5
1998	+2,0	+1,7	+2,1	69,7	70,6	+0,9	+0,5
1999	+1,3	-2,4	+2,9	70,8	71,6	+1,3	+1,4
2000	+2,3	-1,5	+3,9	71,9	72,6	+1,0	+1,5
2001	+2,7	+5,7	+1,5	71,0	71,8	+2,3	+1,7
2002	+0,6	+0,5	+0,7	71,1	71,9	+1,4	-0,1
2003	+0,4	+0,9	+0,2	70,9	72,0	+1,2	-1,5
2004	+5,0	+16,5	+0,2	67,7	69,0	+0,5	+1,1
2005	+1,4	+4,8	-0,2	66,6	68,2	+0,3	-1,3
2006	+5,5	+12,9	+1,8	64,3	65,9	+0,7	-1,3
2007	+3,9	+5,9	+2,8	63,6	65,1	+1,4	-0,6
2008	+0,8	-4,4	+3,7	65,5	66,8	+2,4	+0,1
2009	-4,0	-12,3	+0,4	68,4	69,8	-0,1	+0,5
2010	+5,6	+11,2	+3,0	66,8	68,1	+2,5	+2,0
2011	+5,5	+7,7	+4,4	66,1	67,4	+3,4	+0,5
2012	+1,3	-3,6	+3,8	67,7	69,0	+2,8	+1,0
2013	+2,6	+2,2	+2,8	67,8	68,9	+2,0	+0,8
2014	+3,4	+2,4	+3,9	68,2	69,0	+2,8	+1,7
2015	+3,8	+4,2	+3,7	68,0	68,7	+2,7	+1,9
2010/2005	+2,3	+2,2	+2,3	65,9	67,3	+1,4	+0,1
2015/2010	+3,3	+2,5	+3,7	67,4	68,5	+2,8	+1,2

<sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.<sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).<sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %								
	1995	2000	2005	2010	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Deutschland</b>	<b>1,7</b>	<b>3,1</b>	<b>0,7</b>	<b>4,0</b>	<b>0,4</b>	<b>1,3</b>	<b>1,4</b>	<b>1,2</b>	<b>1,6</b>
Belgien	22,9	3,7	1,8	2,3	0,2	1,6	1,7	1,6	1,6
Estland	6,5	9,9	8,9	3,3	2,2	2,9	1,1	1,9	2,4
Finnland	4,0	5,3	2,9	3,4	-1,4	5,2	7,8	4,9	3,7
Frankreich	2,0	3,7	1,8	1,7	0,2	0,7	-0,2	-0,3	2,7
Griechenland	-	4,5	2,3	-4,9	-3,9	1,4	3,2	2,6	2,5
Irland	-	10,6	6,1	-1,1	-0,3	0,2	1,2	1,3	1,7
Italien	2,9	3,7	0,9	1,7	-1,9	-0,3	0,8	1,1	1,3
Lettland	-0,6	5,3	10,1	-1,3	4,1	-2,5	1,6	1,7	2,0
Litauen	-	3,6	7,8	1,6	3,3	2,4	2,7	2,8	3,1
Luxemburg	-	8,4	5,3	3,1	2,1	3,0	1,6	2,8	3,1
Malta	-	-	3,6	4,3	2,9	4,1	4,8	3,3	3,9
Niederlande	3,1	3,9	2,0	1,5	-0,8	3,7	6,3	4,1	3,5
Österreich	2,7	3,7	2,4	1,8	0,3	1,0	2,0	1,7	2,0
Portugal	-	3,9	0,8	1,9	-1,4	0,4	0,9	1,5	1,6
Slowakei	7,9	1,4	6,7	4,4	0,9	0,9	1,5	1,5	1,7
Slowenien	7,4	4,3	4,0	1,3	-1,1	3,0	2,9	1,7	2,3
Spanien	5,0	5,0	3,6	-0,2	-1,2	2,5	3,6	3,2	3,3
Zypern	-	5,0	3,9	1,3	-5,4	-0,7	0,5	0,7	0,7
Euroraum	-	3,8	1,7	2,0	-0,4	0,9	1,7	1,6	1,8
Bulgarien	-	5,7	6,4	0,4	0,9	1,5	3,0	2,0	2,4
Dänemark	3,1	3,5	2,4	1,4	0,4	2,0	4,2	2,1	2,6
Kroatien	-	3,8	4,3	-2,3	-0,9	1,3	1,2	1,2	1,9
Polen	-	4,3	3,6	3,9	1,6	-0,4	1,6	1,8	2,1
Rumänien	7,1	2,4	4,2	-1,1	3,5	3,7	2,9	2,5	2,8
Schweden	3,9	4,5	3,2	6,6	1,6	3,3	3,6	3,7	3,6
Tschechien	6,2	4,2	6,8	2,5	-0,9	3,0	3,8	4,2	3,7
Ungarn	-	4,2	4,0	1,1	1,1	2,3	4,1	3,4	2,9
Vereinigtes Königreich	3,5	4,4	3,2	1,7	1,7	2,9	2,3	1,8	1,9
EU	-	3,9	2,2	2,0	0,1	1,4	2,0	1,8	1,9
USA	2,7	4,1	3,3	2,5	2,2	2,4	2,4	2,3	2,2
Japan	1,9	2,3	1,3	4,7	1,6	0,0	0,5	0,8	0,4

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2013: Eurostat.

Für die Jahre ab 2014: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2016.

Stand: Mai 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Deutschland</b>	<b>+2,1</b>	<b>+1,6</b>	<b>+0,8</b>	<b>+0,1</b>	<b>+1,7</b>	<b>+1,6</b>
Belgien	+2,6	+1,2	+0,5	+0,6	+0,3	+1,5
Estland	+4,2	+3,2	+0,5	+0,1	+0,8	+2,9
Finnland	+3,2	+2,2	+1,2	-0,2	+0,3	+1,3
Frankreich	+2,2	+1,0	+0,6	+0,1	-0,3	+0,6
Griechenland	+1,0	-0,9	-1,4	-1,1	-0,1	+1,4
Irland	+1,9	+0,5	+0,3	+0,0	+0,1	+1,0
Italien	+3,3	+1,2	+0,2	+0,1	+0,2	+1,4
Lettland	+2,3	+0,0	+0,7	+0,2	-0,7	+1,0
Litauen	+3,2	+1,2	+0,2	-0,7	+0,2	+2,0
Luxemburg	+2,9	+1,7	+0,7	+0,1	+0,6	+1,8
Malta	+3,2	+1,0	+0,8	+1,2	-0,1	+1,8
Niederlande	+2,8	+2,6	+0,3	+0,2	+1,4	+2,2
Österreich	+2,6	+2,1	+1,5	+0,8	+0,4	+1,3
Portugal	+2,8	+0,4	-0,2	+0,5	+0,9	+1,7
Slowakei	+3,7	+1,5	-0,1	-0,3	+0,7	+1,2
Slowenien	+2,8	+1,9	+0,4	-0,8	-0,2	+1,6
Spanien	+2,4	+1,5	-0,2	-0,6	-0,1	+1,5
Zypern	+3,1	+0,4	-0,3	-1,5	+0,0	+1,3
Euroraum	+2,5	+1,4	+0,4	+0,0	+0,2	+1,4
Bulgarien	+2,4	+0,4	-1,6	-1,1	-0,7	+0,9
Dänemark	+2,4	+0,5	+0,4	+0,2	+0,5	+1,4
Kroatien	+3,4	+2,3	+0,2	-0,3	+0,3	+1,5
Polen	+3,7	+0,8	+0,1	-0,7	-0,6	+0,7
Rumänien	+3,4	+3,2	+1,4	-0,4	+0,4	+2,3
Schweden	+0,9	+0,4	+0,2	+0,7	+0,0	+1,6
Tschechien	+3,5	+1,4	+0,4	+0,3	-0,6	+2,5
Ungarn	+5,7	+1,7	+0,0	+0,1	+0,9	+1,2
Vereinigtes Königreich	+2,8	+2,6	+1,5	+0,0	+0,8	+1,6
EU	+2,6	+1,5	+0,5	+0,0	+0,3	+1,5
USA	+2,1	+1,2	+1,3	-0,7	+1,2	+2,2
Japan	-	-	+2,7	+0,8	+0,0	+1,5

Quelle: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2016; Eurostat.

Stand: Mai 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung								
	1995	2000	2005	2010	2013	2014	2015	2016	2017
<b>Deutschland</b>	<b>8,2</b>	<b>7,9</b>	<b>11,2</b>	<b>7,0</b>	<b>5,2</b>	<b>5,0</b>	<b>4,6</b>	<b>4,6</b>	<b>4,7</b>
Belgien	9,7	6,9	8,5	8,3	8,4	8,5	8,5	8,2	7,7
Estland	9,8	14,6	8,0	16,7	8,6	7,4	6,2	6,5	7,7
Finnland	15,4	9,8	8,4	8,4	8,2	8,7	9,4	9,4	9,3
Frankreich	10,2	8,6	8,9	9,3	10,3	10,3	10,4	10,2	10,1
Griechenland	9,2	11,2	10,0	12,7	27,5	26,5	24,9	24,7	23,6
Irland	12,3	4,3	4,4	13,9	13,1	11,3	9,4	8,2	7,5
Italien	11,2	10,0	7,7	8,4	12,1	12,7	11,9	11,4	11,2
Lettland	14,9	14,3	10,0	19,5	11,9	10,8	9,9	9,6	9,3
Litauen	6,8	16,4	8,3	17,8	11,8	10,7	9,1	7,8	6,4
Luxemburg	2,9	2,2	4,6	4,6	5,9	6,0	6,4	6,2	6,2
Malta	4,8	6,7	6,9	6,9	6,4	5,8	5,4	5,1	5,1
Niederlande	8,3	3,7	5,9	5,0	7,3	7,4	6,9	6,4	6,1
Österreich	4,2	3,9	5,6	4,8	5,4	5,6	5,7	5,9	6,1
Portugal	7,9	5,1	8,8	12,0	16,4	14,1	12,6	11,6	10,7
Slowakei	12,1	18,9	16,4	14,5	14,2	13,2	11,5	10,5	9,5
Slowenien	6,8	6,7	6,5	7,3	10,1	9,7	9,0	8,6	8,1
Spanien	20,7	11,9	9,2	19,9	26,1	24,5	22,1	20,0	18,1
Zypern	-	4,8	5,3	6,3	15,9	16,1	15,1	13,4	12,4
Euroraum	-	8,9	9,1	10,2	12,0	11,6	10,9	10,4	10,0
Bulgarien	10,0	16,4	10,1	10,3	13,0	11,4	9,2	8,6	8,0
Dänemark	6,7	4,3	4,8	7,5	7,0	6,6	6,2	6,0	5,7
Kroatien		15,8	13,0	11,7	17,3	17,3	16,3	15,5	14,7
Polen	13,2	16,1	17,9	9,7	10,3	9,0	7,5	6,8	6,3
Rumänien	9,7	7,6	7,1	7,0	7,1	6,8	6,8	6,8	6,7
Schweden	8,8	5,6	7,7	8,6	8,0	7,9	7,4	6,8	6,3
Tschechien	3,9	8,8	7,9	7,3	7,0	6,1	5,1	4,5	4,4
Ungarn	9,7	6,3	7,2	11,2	10,2	7,7	6,8	6,4	6,1
Vereinigtes Königreich	8,5	5,4	4,8	7,8	7,6	6,1	5,3	5,0	4,9
EU	-	8,9	9,0	9,6	10,9	10,2	9,4	8,9	8,6
USA	5,6	4,0	5,1	9,6	7,4	6,2	5,3	4,8	4,5
Japan	3,1	4,7	4,4	5,0	4,0	3,6	3,4	3,3	3,3

Quellen: Ameco.

Stand: Mai 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern**

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz			
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								in % des nominalen Bruttoinlandprodukts			
	2014	2015	2016 <sup>1</sup>	2017 <sup>1</sup>	2014	2015	2016 <sup>1</sup>	2017 <sup>1</sup>	2014	2015	2016 <sup>1</sup>	2017 <sup>1</sup>
<b>Gemeinschaft Unabhängiger Staaten</b>	+1,1	-2,8	-0,3	+1,4	+11,4	+13,9	+7,1	+5,8	2,1	3,0	1,3	1,9
darunter												
Russische Föderation	+0,7	-3,7	-0,8	+1,1	+7,8	+15,5	+7,2	+5,0	2,8	5,2	3,0	3,5
Ukraine	-6,6	-9,9	+1,5	+2,5	+12,1	+48,7	+15,1	+11,0	-3,9	-0,3	-1,5	-2,1
<b>Asien</b>	+6,8	+6,6	+6,5	+6,3	+3,5	+2,7	+3,1	+3,3	1,8	2,1	1,6	0,8
darunter												
China	+7,3	+6,9	+6,6	+6,2	+2,0	+1,4	+2,1	+2,3	2,6	3,0	2,4	1,6
Indien	+7,2	+7,6	+7,6	+7,6	+5,9	+4,9	+5,5	+5,2	-1,3	-1,1	-1,4	-2,0
Indonesien	+5,0	+4,8	+4,9	+5,3	+6,4	+6,4	+3,7	+4,2	-3,1	-2,1	-2,3	-2,3
Malaysia	+6,0	+5,0	+4,3	+4,6	+3,1	+2,1	+2,1	+3,0	4,4	3,0	1,2	1,5
Thailand	+0,8	+2,8	+3,2	+3,3	+1,9	-0,9	+0,3	+1,6	3,8	7,8	9,7	7,7
<b>Lateinamerika</b>	+1,0	+0,0	-0,6	+1,6	+4,9	+5,5	+5,8	+4,2	-3,2	-3,6	-2,3	-2,3
darunter												
Argentinien	-2,5	+2,5	-1,8	+2,7	.	.	.	+23,2	-1,4	-2,5	-2,3	-3,2
Brasilien	+0,1	-3,8	-3,3	+0,5	+6,3	+9,0	+9,0	+5,4	-4,3	-3,3	-0,8	-1,3
Chile	+1,8	+2,3	+1,7	+2,0	+4,4	+4,3	+4,0	+3,0	-1,3	-2,0	-1,9	-2,4
Mexiko	+2,2	+2,5	+2,1	+2,3	+4,0	+2,7	+2,8	+3,3	-2,0	-2,9	-2,7	-2,8
<b>Sonstige</b>												
Türkei	+3,0	+4,0	+3,3	+3,0	+8,9	+7,7	+8,4	+8,2	-5,5	-4,5	-4,4	-5,6
Südafrika	+1,6	+1,3	+0,1	+0,8	+6,1	+4,6	+6,4	+6,0	-5,3	-4,3	-3,3	-3,2

<sup>1</sup> Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, Oktober 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

<b>Aktienindizes</b>	<b>Aktuell</b>	<b>Ende</b>	<b>Änderung in %</b>	<b>Tief</b>	<b>Hoch</b>
	13. Oktober 2016	2015	zu Ende 2015	2015/2016	2015/2016
Dow Jones	18 099	17 425	3,87	15 660	18 636
Euro Stoxx 50	3 012	3 268	-7,84	2 680	3 829
DAX	10 535	10 743	-1,94	8 753	12 375
CAC 40	4 462	4 637	-3,78	3 897	5 269
Nikkei	16 774	19 034	-11,87	14 952	20 868
<b>Renditen staatlicher Benchmarkanleihen (in % p. a.)</b>	<b>Aktuell</b>	<b>Ende</b>	<b>Spread zu</b>	<b>Tief</b>	<b>Hoch</b>
	13. Oktober 2016	2015	US-Bond	2015/2016	2015/2016
10 Jahre					
USA	1,75	2,28	-	1,36	2,50
Deutschland	0,04	0,63	-1,71	-0,19	0,98
Japan	-0,05	0,28	-1,80	-0,29	0,54
Vereinigtes Königreich	1,03	1,97	-0,72	0,52	2,20
<b>Währungen</b>	<b>Aktuell</b>	<b>Ende</b>	<b>Änderung in %</b>	<b>Tief</b>	<b>Hoch</b>
	13. Oktober 2016	2015	zu Ende 2015	2015/2016	2015/2016
Dollar/Euro	1,10	1,09	1,27	1,06	1,20
Yen/Dollar	104,34	120,30	-13,27	99,87	125,61
Yen/Euro	114,49	131,07	-12,65	111,17	145,21
Pfund/Euro	0,90	0,73	23,88	0,70	0,90

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
G7-Länder/Euroraum/EU-28**

	BIP (real)					Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Deutschland</b>												
EU-KOM	+1,6	+1,7	+1,6	+1,6	+0,8	+0,1	+0,3	+1,5	5,0	4,6	4,6	4,7
OECD	+1,6	+1,5	+1,8	+2,0	+0,8	+0,1	+1,0	+1,6	5,0	4,6	4,6	4,6
IWF	+1,6	+1,5	+1,8	+1,4	+0,8	+0,1	+0,4	+1,5	5,0	4,6	4,3	4,5
<b>USA</b>												
EU-KOM	+2,4	+2,4	+2,3	+2,2	+1,6	+0,1	+1,2	+2,2	6,2	5,3	4,8	4,5
OECD	+2,4	+2,4	+2,5	-	+1,6	+0,0	+1,0	+1,8	6,2	5,3	4,7	4,7
IWF	+2,4	+2,6	+1,6	+2,2	+1,6	+0,1	+1,2	+2,3	6,2	5,3	4,9	4,8
<b>Japan</b>												
EU-KOM	+0,0	+0,5	+0,8	+0,4	+2,7	+0,8	+0,0	+1,5	3,6	3,4	3,4	3,3
OECD	-0,1	+0,6	+1,0	+0,5	+2,7	+0,8	+0,7	+2,3	3,6	3,4	3,2	3,1
IWF	-0,0	+0,5	+0,5	+0,6	+2,8	+0,8	-0,2	+0,5	3,6	3,4	3,2	3,2
<b>Frankreich</b>												
EU-KOM	+0,2	+1,2	+1,3	+1,7	+0,6	+0,1	+0,1	+1,0	10,3	10,4	10,2	10,1
OECD	+0,2	+1,1	+1,3	+1,6	+0,6	+0,1	+1,0	+1,2	9,9	10,0	10,0	9,9
IWF	+0,6	+1,3	+1,3	+1,4	+0,6	+0,1	+0,4	+1,0	10,3	10,4	9,8	9,6
<b>Italien</b>												
EU-KOM	-0,3	+0,8	+1,1	+1,3	+0,2	+0,1	+0,2	+1,4	12,7	11,9	11,4	11,2
OECD	-0,4	+0,8	+1,4	+1,4	+0,2	+0,2	+0,8	+1,1	12,7	12,3	11,7	11,0
IWF	-0,3	+0,8	+0,8	+0,9	+0,2	+0,1	-0,1	+0,5	12,6	11,9	11,5	11,2
<b>Vereinigtes Königreich</b>												
EU-KOM	+2,9	+2,3	+1,8	+1,9	+1,5	+0,0	+0,8	+1,6	6,1	5,3	5,0	4,9
OECD	+2,9	+2,4	+2,4	+2,3	+1,5	+0,1	+1,5	+2,0	6,2	5,6	5,7	5,8
IWF	+3,1	+2,3	+1,8	+1,1	+1,5	+0,1	+0,7	+2,5	6,2	5,4	5,0	5,2
<b>Kanada</b>												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+2,4	+1,2	+2,0	+2,3	+1,9	+1,2	+2,0	+2,3	6,9	6,9	6,8	6,4
IWF	+2,5	+1,1	+1,2	+1,9	+1,9	+1,1	+1,6	+2,1	6,9	6,9	7,0	7,1
<b>Euroraum</b>												
EU-KOM	+0,9	+1,7	+1,6	+1,8	+0,4	+0,0	+0,2	+1,4	11,6	10,9	10,3	9,9
OECD	+0,9	+1,5	+1,8	+1,9	+0,4	+0,1	+0,9	+1,3	11,5	10,9	10,4	9,8
IWF	+1,1	+2,0	+1,7	+1,5	+0,4	+0,0	+0,3	+1,1	11,6	10,9	10,0	9,7
<b>EU-28</b>												
EU-KOM	+1,4	+2,0	+1,8	+1,9	+0,5	+0,0	+0,3	+1,5	10,2	9,4	8,9	8,5
IWF	+1,6	+2,3	+1,9	+1,7	+0,6	+0,0	+0,3	+1,3	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2016.

Stand: Oktober 2016.

□ Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Übrige Länder des Euroraums**

	BIP (real)					Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Belgien</b>												
EU-KOM	+1,3	+1,4	+1,2	+1,6	+0,5	+0,6	+1,7	+1,6	8,5	8,5	8,2	7,7
OECD	+1,3	+1,3	+1,5	+1,6	+0,5	+0,6	+1,3	+1,4	8,5	8,7	8,6	8,3
IWF	+1,3	+1,4	+1,5	+1,4	+0,5	+0,6	+2,1	+1,6	8,6	8,5	8,4	8,3
<b>Estland</b>												
EU-KOM	+2,9	+1,1	+1,9	+2,4	+0,5	+0,1	+0,8	+2,9	7,4	6,2	6,5	7,7
OECD	+2,9	+1,8	+2,5	+2,9	+0,5	+0,1	+1,4	+2,4	7,4	6,4	6,0	5,6
IWF	+2,9	+1,1	+1,5	+2,5	+0,5	+0,1	+0,5	+1,4	7,4	6,1	5,6	5,5
<b>Finnland</b>												
EU-KOM	-0,7	+0,5	+0,7	+0,7	+1,2	-0,2	+0,0	+1,3	8,7	9,4	9,4	9,3
OECD	-0,4	-0,1	+1,1	+1,7	+1,2	-0,2	+0,4	+0,8	8,7	9,4	9,7	9,8
IWF	-0,7	+0,2	+0,9	+1,1	+1,2	-0,2	+0,4	+1,2	8,7	9,3	9,1	8,9
<b>Griechenland</b>												
EU-KOM	+0,7	-0,2	-0,3	+2,7	-1,4	-1,1	-0,3	+0,6	26,5	24,9	24,7	23,6
OECD	+0,7	-1,4	-1,2	+2,1	-1,4	-0,9	+0,7	+0,5	26,5	25,3	24,8	23,4
IWF	+0,7	-0,2	+0,1	+2,8	-1,4	-1,1	-0,1	+0,6	26,5	25,0	23,3	21,5
<b>Irland</b>												
EU-KOM	+5,2	+7,8	+4,9	+3,7	+0,3	+0,0	+0,3	+1,3	11,3	9,4	8,2	7,5
OECD	+5,2	+5,6	+4,1	+3,5	+0,3	+0,1	+1,6	+2,0	11,3	9,4	8,3	7,5
IWF	+8,5	+26,3	+4,9	+3,2	+0,3	-0,0	+0,3	+1,2	11,3	9,5	8,3	7,7
<b>Lettland</b>												
EU-KOM	+2,4	+2,7	+2,8	+3,1	+0,7	+0,2	+0,2	+2,0	10,8	9,9	9,6	9,3
OECD	+2,4	+2,5	+3,1	+3,5	+0,7	+0,6	+1,7	+2,5	10,8	9,8	9,6	9,0
IWF	+2,0	+2,7	+2,5	+3,4	+0,7	+0,2	+0,2	+1,7	10,8	9,9	9,4	9,3
<b>Litauen<sup>1</sup></b>												
EU-KOM	+3,0	+1,6	+2,8	+3,1	+0,2	-0,7	+0,6	+1,8	10,7	9,1	7,8	6,4
OECD	+3,0	+1,7	+2,9	+3,7	+0,2	-0,7	+1,4	+2,0	10,9	9,4	9,0	8,4
IWF	+3,0	+1,6	+2,6	+3,0	+0,2	-0,7	+0,5	+1,2	10,7	9,1	7,8	7,6
<b>Luxemburg</b>												
EU-KOM	+4,1	+4,8	+3,3	+3,9	+0,7	+0,1	-0,1	+1,8	6,0	6,4	6,2	6,2
OECD	+4,1	+3,0	+3,0	+2,9	+0,7	+0,1	+1,0	+1,5	7,1	6,9	6,8	6,8
IWF	+4,1	+4,9	+3,5	+3,1	+0,7	+0,1	+0,2	+1,0	7,1	6,9	6,5	6,3
<b>Malta</b>												
EU-KOM	+3,7	+6,3	+4,1	+3,5	+0,8	+1,2	+1,4	+2,2	5,8	5,4	5,1	5,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,5	+6,2	+4,1	+3,4	+0,8	+1,2	+1,2	+1,5	5,8	5,4	4,8	4,9
<b>Niederlande</b>												
EU-KOM	+1,0	+2,0	+1,7	+2,0	+0,3	+0,2	+0,4	+1,3	7,4	6,9	6,4	6,1
OECD	+1,0	+2,2	+2,5	+2,7	+0,3	+0,3	+1,2	+1,6	7,4	6,9	6,6	6,1
IWF	+1,4	+2,0	+1,7	+1,6	+0,3	+0,2	+0,1	+0,9	7,4	6,9	6,7	6,5

<sup>1</sup> Seit 1. Januar 2015 Mitglied im Euroraum.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Übrige Länder des Euroraums**

	BIP (real)					Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Österreich</b>												
EU-KOM	+0,4	+0,9	+1,5	+1,6	+1,5	+0,8	+0,9	+1,7	5,6	5,7	5,9	6,1
OECD	+0,5	+0,8	+1,3	+1,7	+1,5	+0,9	+1,5	+1,7	5,7	6,0	6,1	5,9
IWF	+0,4	+0,9	+1,4	+1,2	+1,5	+0,8	+0,9	+1,6	5,6	5,7	6,2	6,4
<b>Portugal</b>												
EU-KOM	+0,9	+1,5	+1,5	+1,7	-0,2	+0,5	+0,7	+1,2	14,1	12,6	11,6	10,7
OECD	+0,9	+1,7	+1,6	+1,5	-0,2	+0,5	+0,7	+1,0	13,9	12,3	11,3	10,6
IWF	+0,9	+1,5	+1,0	+1,1	-0,2	+0,5	+0,7	+1,1	13,9	12,4	11,2	10,7
<b>Slowakei</b>												
EU-KOM	+2,5	+3,6	+3,2	+3,3	-0,1	-0,3	-0,1	+1,5	13,2	11,5	10,5	9,5
OECD	+2,5	+3,2	+3,4	+3,5	-0,1	-0,2	+1,0	+1,5	13,2	11,5	10,7	10,0
IWF	+2,5	+3,6	+3,4	+3,3	-0,1	-0,3	-0,2	+1,1	13,2	11,5	9,9	8,8
<b>Slowenien</b>												
EU-KOM	+3,0	+2,9	+1,7	+2,3	+0,4	-0,8	-0,2	+1,6	9,7	9,0	8,6	8,1
OECD	+3,0	+2,5	+1,9	+2,7	+0,4	-0,6	+0,5	+1,1	9,7	9,3	9,1	8,4
IWF	+3,1	+2,3	+2,3	+1,8	+0,2	-0,5	-0,3	+1,0	9,7	9,0	8,2	7,9
<b>Spanien</b>												
EU-KOM	+1,4	+3,2	+2,6	+2,5	-0,2	-0,6	-0,1	+1,4	24,5	22,1	20,0	18,1
OECD	+1,4	+3,2	+2,7	+2,5	-0,2	-0,6	+0,3	+0,9	24,4	22,1	19,8	18,2
IWF	+1,4	+3,2	+3,1	+2,2	-0,2	-0,5	-0,3	+1,0	24,4	22,1	19,4	18,0
<b>Zypern</b>												
EU-KOM	-2,5	+1,6	+1,7	+2,0	-0,3	-1,5	-0,7	+1,0	16,1	15,1	13,4	12,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,5	+1,5	+2,8	+2,2	-0,3	-1,5	-1,0	+0,5	16,2	14,9	13,0	11,6

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2016.

Stand: Oktober 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Bulgarien</b>												
EU-KOM	+1,5	+3,0	+2,0	+2,4	-1,6	-1,1	-0,7	+0,9	11,4	9,2	8,6	8,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,6	+3,0	+3,0	+2,8	-1,6	-1,1	-1,6	+0,6	11,5	9,2	8,2	7,1
<b>Dänemark</b>												
EU-KOM	+1,3	+1,2	+1,2	+1,9	+0,4	+0,2	+0,3	+1,5	6,6	6,2	6,0	5,7
OECD	+1,1	+1,8	+1,8	+1,9	+0,6	+0,5	+0,9	+1,4	6,5	6,3	6,2	5,9
IWF	+1,3	+1,0	+1,0	+1,5	+0,6	+0,5	+0,4	+1,1	6,5	6,2	6,0	5,8
<b>Kroatien</b>												
EU-KOM	-0,4	+1,6	+1,8	+2,1	+0,2	-0,3	-0,6	+0,7	17,3	16,3	15,5	14,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,4	+1,7	+1,9	+2,1	-0,2	-0,5	-1,0	+0,8	17,1	16,9	16,4	15,9
<b>Polen</b>												
EU-KOM	+3,3	+3,6	+3,7	+3,6	+0,1	-0,7	+0,0	+1,6	9,0	7,5	6,8	6,3
OECD	+3,3	+3,5	+3,4	+3,5	+0,1	-0,8	+1,0	+1,7	9,0	7,6	7,3	7,1
IWF	+3,3	+3,7	+3,1	+3,4	-0,0	-0,9	-0,6	+1,1	9,0	7,5	6,3	6,2
<b>Rumänien</b>												
EU-KOM	+3,0	+3,8	+4,2	+3,7	+1,4	-0,4	-0,6	+2,5	6,8	6,8	6,8	6,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,0	+3,8	+5,0	+3,8	+1,1	-0,6	-1,5	+1,7	6,8	6,8	6,4	6,2
<b>Schweden</b>												
EU-KOM	+2,3	+4,1	+3,4	+2,9	+0,2	+0,7	+0,9	+1,2	7,9	7,4	6,8	6,3
OECD	+2,4	+2,9	+3,1	+3,0	-0,2	+0,1	+1,4	+2,2	7,9	7,7	7,3	6,7
IWF	+2,3	+4,2	+3,6	+2,6	+0,2	+0,7	+1,1	+1,4	7,9	7,4	6,9	6,7
<b>Tschechien</b>												
EU-KOM	+2,0	+4,2	+2,1	+2,6	+0,4	+0,3	+0,5	+1,4	6,1	5,1	4,5	4,4
OECD	+2,0	+4,3	+2,3	+2,4	+0,4	+0,4	+1,3	+2,0	6,1	5,2	5,0	4,8
IWF	+2,7	+4,5	+2,5	+2,7	+0,4	+0,3	+0,6	+1,9	6,1	5,1	4,1	4,1
<b>Ungarn</b>												
EU-KOM	+3,7	+2,9	+2,5	+2,8	+0,0	+0,1	+0,4	+2,3	7,7	6,8	6,4	6,1
OECD	+3,7	+3,0	+2,4	+3,1	-0,2	+0,1	+2,2	+2,7	7,7	7,0	6,3	5,9
IWF	+3,7	+2,9	+2,0	+2,5	-0,2	-0,1	+0,4	+1,9	7,8	6,9	6,0	5,8

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2016.

Stand: Oktober 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
G7-Länder/Euroraum/EU-28**

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Deutschland</b>												
EU-KOM	0,3	0,7	0,2	0,1	74,7	71,2	68,6	66,3	0,7	8,8	8,5	8,3
OECD	0,3	0,9	0,6	0,9	74,8	71,2	67,7	64,3	7,5	8,3	8,0	7,5
IWF	0,3	0,8	0,1	0,1	74,5	71,0	68,2	66,0	7,3	8,5	8,6	8,1
<b>USA</b>												
EU-KOM	-4,9	-4,0	-4,4	-4,4	104,8	105,9	107,5	107,5	-2,3	-3,3	-2,8	-3,1
OECD	-5,1	-4,5	-4,2	-3,7	111,6	110,6	111,4	111,5	-2,2	-2,5	-2,8	-3,0
IWF	-4,2	-3,5	-4,1	-3,7	104,6	105,2	108,3	108,4	-2,3	-2,6	-2,5	-2,7
<b>Japan</b>												
EU-KOM	-6,2	-5,2	-4,5	-4,2	246,2	245,5	247,5	248,1	0,5	3,3	3,9	4,1
OECD	-7,7	-6,7	-5,7	-5,0	226,1	229,2	232,4	233,8	0,5	3,3	2,9	3,3
IWF	-6,2	-5,2	-5,2	-5,1	249,1	248,0	250,4	253,0	0,8	3,3	3,7	3,4
<b>Frankreich</b>												
EU-KOM	-4,0	-3,5	-3,4	-3,2	95,4	95,8	96,4	97,0	-2,3	-1,5	-1,1	-1,0
OECD	-3,9	-3,8	-3,4	-2,8	95,5	96,5	97,7	98,1	-0,9	0,2	0,2	0,3
IWF	-4,0	-3,5	-3,3	-3,0	95,3	96,1	97,2	97,8	-1,1	-0,2	-0,5	-0,4
<b>Italien</b>												
EU-KOM	-3,0	-2,6	-2,4	-1,9	132,5	132,7	132,7	131,8	1,8	2,2	2,4	2,3
OECD	-3,0	-2,6	-2,2	-1,6	132,3	134,3	133,5	131,8	1,9	1,5	1,3	1,7
IWF	-3,0	-2,6	-2,5	-2,2	132,5	132,7	133,2	133,4	1,9	2,2	2,2	1,9
<b>Vereinigtes Königreich</b>												
EU-KOM	-5,6	-4,4	-3,4	-2,4	88,2	89,2	89,7	89,1	-5,1	-5,2	-4,9	-4,4
OECD	-5,7	-3,9	-2,6	-1,5	88,2	87,8	86,9	85,5	-5,1	-4,0	-3,4	-3,0
IWF	-5,6	-4,2	-3,3	-2,7	87,9	89,0	89,0	88,8	-4,7	-5,4	-5,9	-4,3
<b>Kanada</b>												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-1,6	-1,9	-1,5	-1,3	94,6	94,8	94,8	94,3	-2,1	-3,3	-2,4	-1,8
IWF	-0,5	-1,3	-2,5	-2,3	86,2	91,5	92,1	90,5	-2,3	-3,2	-3,7	-3,1
<b>Euroraum</b>												
EU-KOM	-2,6	-2,1	-1,9	-1,6	94,4	92,9	92,2	91,1	3,0	3,7	3,7	3,6
OECD	-2,6	-1,9	-1,7	-1,0	94,7	94,1	93,2	91,4	3,3	3,8	3,7	3,7
IWF	-2,6	-2,1	-2,0	-1,7	94,3	92,5	91,7	91,0	2,5	3,2	3,4	3,1
<b>EU-28</b>												
EU-KOM	-3,0	-2,4	-2,1	-1,8	88,5	86,8	86,4	85,5	1,6	2,0	2,2	2,1
IWF	-3,0	-2,3	-2,1	-1,8	88,0	86,8	86,3	85,7	1,6	2,1	2,2	2,3

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2016.

Stand: Oktober 2016.

□ Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Übrige Länder des Euroraums**

	öffentlicher Haushaltssaldo					Staatsschuldenquote			Leistungsbilanzsaldo			
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Belgien</b>												
EU-KOM	-3,1	-2,6	-2,8	-2,3	106,5	106,0	106,4	105,6	0,8	1,3	1,8	1,9
OECD	-3,1	-2,6	-2,0	-1,0	106,7	107,6	106,9	104,8	0,1	0,1	1,0	1,6
IWF	-3,1	-2,6	-2,7	-2,2	106,6	106,1	105,8	105,0	-0,2	0,0	0,1	0,4
<b>Estland</b>												
EU-KOM	0,8	0,4	-0,1	-0,2	10,4	9,7	9,6	9,3	1,1	2,0	0,9	1,6
OECD	0,7	0,2	0,4	0,5	10,4	9,4	8,6	7,5	1,0	3,3	2,3	2,4
IWF	0,7	0,4	0,2	0,2	10,4	9,7	9,5	9,1	1,0	2,1	0,6	0,0
<b>Finnland</b>												
EU-KOM	-3,2	-2,7	-2,5	-2,3	59,3	63,1	65,2	66,9	-1,2	0,1	0,3	0,4
OECD	-3,3	-3,3	-2,7	-1,6	59,3	60,6	62,7	65,0	-0,9	-1,0	-0,7	-0,4
IWF	-3,2	-2,7	-2,4	-2,5	59,3	62,5	63,9	65,3	-0,9	0,1	0,1	0,2
<b>Griechenland</b>												
EU-KOM	-3,6	-7,2	-3,1	-1,8	180,1	176,9	182,8	178,8	-3,0	-0,2	0,6	1,3
OECD	-3,6	-4,3	-7,7	-1,5	177,5	183,4	190,2	184,3	-2,1	-0,3	1,2	1,9
IWF	-4,1	-3,1	-3,4	-2,7	180,1	176,9	183,4	184,7	-2,1	-0,1	0,0	0,0
<b>Irland</b>												
EU-KOM	-3,8	-2,3	-1,1	-0,6	107,5	93,8	89,1	86,6	3,6	4,4	4,6	4,6
OECD	-3,9	-2,1	-1,1	-0,3	107,5	101,0	98,3	95,1	3,6	3,6	3,4	4,1
IWF	-3,7	-1,9	-0,7	-0,5	105,3	78,7	74,6	72,6	1,7	10,2	9,5	9,1
<b>Lettland</b>												
EU-KOM	-1,6	-1,3	-1,0	-1,0	40,8	36,4	39,8	35,6	-2,0	-1,2	-2,6	-2,4
OECD	-1,6	-1,6	-1,1	-1,1	40,8	37,8	40,5	40,6	-2,0	-2,0	-2,1	-2,1
IWF	-1,7	-1,8	-1,2	-1,2	38,6	34,9	35,1	34,7	-2,0	-1,2	-2,0	-1,2
<b>Litauen<sup>1</sup></b>												
EU-KOM	-0,7	-0,2	-1,1	-0,4	40,7	42,7	41,1	42,9	3,9	-1,5	0,0	0,1
OECD	-0,7	-1,5	-1,5	-1,1	40,7	41,3	41,1	40,4	3,6	-3,4	-2,5	-2,4
IWF	-0,7	-0,2	-0,3	-0,5	40,7	42,8	41,9	41,0	3,6	-1,7	-1,6	-2,8
<b>Luxemburg</b>												
EU-KOM	1,7	1,2	1,0	0,1	22,9	21,4	22,5	22,8	5,5	5,5	5,3	4,8
OECD	1,4	0,9	1,0	1,2	23,0	24,9	25,7	26,3	5,5	3,6	5,1	5,0
IWF	1,7	1,3	1,2	0,0	22,9	21,5	22,2	22,9	5,5	5,5	4,5	4,3
<b>Malta</b>												
EU-KOM	-2,0	-1,5	-0,9	-0,8	67,1	63,9	60,9	58,3	3,4	9,9	5,6	4,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,0	-1,5	-0,8	-0,7	67,0	64,0	62,2	59,7	3,4	9,9	6,2	5,8
<b>Niederlande</b>												
EU-KOM	-2,4	-1,8	-1,7	-1,2	68,2	65,1	64,9	63,9	10,6	9,2	8,9	8,2
OECD	-2,4	-2,0	-1,3	-0,7	68,2	68,1	67,8	66,7	10,6	11,0	10,7	10,6
IWF	-2,3	-1,9	-1,1	-0,7	68,0	65,1	63,5	61,8	8,9	8,6	9,1	8,2

<sup>1</sup> Seit 1. Januar 2015 Mitglied im Euroraum.

□ Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Übrige Länder des Euroraums**

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote			Leistungsbilanzsaldo				
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Österreich</b>												
EU-KOM	-2,7	-1,2	-1,5	-1,4	84,3	86,2	84,9	83,0	2,1	3,1	3,1	3,3
OECD	-2,7	-1,8	-1,9	-1,3	84,2	84,7	85,0	84,4	2,0	2,3	2,0	2,0
IWF	-2,7	-1,2	-1,6	-1,5	84,3	86,2	84,9	83,7	1,9	2,6	2,6	2,7
<b>Portugal</b>												
EU-KOM	-7,2	-4,4	-2,7	-2,3	130,2	129,0	126,0	134,5	0,0	-0,1	0,3	0,5
OECD	-7,2	-3,0	-2,8	-2,6	130,2	128,2	127,9	127,4	0,6	0,6	0,5	0,2
IWF	-7,2	-4,4	-3,0	-3,0	130,2	129,0	128,5	128,2	0,1	0,4	0,0	-0,7
<b>Slowakei</b>												
EU-KOM	-2,7	-3,0	-2,4	-1,6	53,9	52,9	53,4	52,7	-0,8	0,8	-0,6	-1,1
OECD	-2,8	-2,7	-1,9	-0,6	53,5	52,9	52,4	51,7	0,1	-0,4	-0,5	0,3
IWF	-2,7	-3,0	-2,3	-2,2	53,9	52,9	52,8	53,0	0,1	-1,3	-1,0	-0,6
<b>Slowenien</b>												
EU-KOM	-5,0	-2,9	-2,4	-2,1	81,0	83,2	80,2	78,0	6,5	7,0	7,0	6,9
OECD	-5,0	-2,9	-2,3	-1,8	80,8	83,2	85,0	86,1	7,0	7,5	8,5	8,7
IWF	-5,8	-3,3	-2,3	-2,3	80,9	83,2	80,0	81,2	6,2	5,2	7,7	7,2
<b>Spanien</b>												
EU-KOM	-5,9	-5,1	-3,9	-3,1	99,3	99,2	100,3	99,6	1,0	1,4	1,5	1,3
OECD	-5,9	-4,2	-2,9	-1,8	99,3	100,5	100,3	99,2	1,0	1,5	1,3	1,2
IWF	-5,9	-5,1	-4,5	-3,1	99,3	99,3	100,1	100,2	1,0	1,4	1,9	1,7
<b>Zypern</b>												
EU-KOM	-8,9	-1,0	-0,4	0,0	108,2	108,9	108,9	105,4	-4,6	-3,5	-4,2	-4,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,2	-1,4	-0,5	-0,7	108,2	108,9	106,7	105,3	-4,6	-3,6	-0,9	-3,7

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2016.

Stand: Oktober 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote			Leistungsbilanzsaldo				
	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017	2014	2015	2016	2017
<b>Bulgarien</b>												
EU-KOM	-5,4	-2,1	-2,0	-1,6	27,0	26,7	28,1	28,7	2,8	1,9	2,3	2,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,7	-2,9	-0,8	-1,2	26,4	26,3	29,7	26,3	0,9	1,4	0,8	0,0
<b>Dänemark</b>												
EU-KOM	1,5	-2,1	-2,5	-1,9	44,8	40,2	38,7	39,1	-2,0	-2,0	-1,5	-1,3
OECD	1,5	-2,7	-2,8	-2,8	45,1	41,6	40,9	43,3	6,3	7,0	7,2	7,4
IWF	1,5	-1,7	-0,9	-1,9	44,8	45,5	45,7	46,3	7,7	7,0	6,7	6,6
<b>Kroatien</b>												
EU-KOM	-5,5	-3,2	-2,7	-2,3	86,5	86,7	87,6	87,3	7,7	7,0	6,3	6,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,5	-3,2	-2,8	-2,6	86,5	86,7	86,8	86,3	0,9	5,2	3,0	2,2
<b>Polen</b>												
EU-KOM	-3,3	-2,6	-2,6	-3,1	50,5	51,3	52,0	52,7	2,2	4,9	5,0	4,5
OECD	-3,3	-2,8	-2,8	-2,4	50,4	51,5	51,5	51,1	-2,0	-0,2	-1,0	-1,4
IWF	-3,3	-2,6	-2,8	-2,9	50,5	51,3	52,4	53,2	-2,0	-0,2	-0,1	-1,0
<b>Rumänien</b>												
EU-KOM	-0,9	-0,7	-2,8	-3,4	39,8	38,4	38,7	40,1	-1,3	0,1	-0,3	-0,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,9	-1,5	-2,8	-2,8	40,5	39,3	39,7	40,3	-0,5	-1,1	-2,0	-2,8
<b>Schweden</b>												
EU-KOM	-1,6	0,0	-0,4	-0,7	44,8	43,4	41,3	40,1	0,2	-0,9	-2,1	-2,8
OECD	-1,7	-1,1	-0,6	-0,3	44,8	43,9	43,0	42,0	6,2	6,0	5,5	5,5
IWF	-1,6	0,0	-0,4	-0,7	44,8	43,4	42,7	41,2	4,6	5,2	5,0	5,3
<b>Tschechien</b>												
EU-KOM	-1,9	-0,4	-0,7	-0,6	42,7	41,1	41,3	40,9	-2,0	-2,0	-1,5	-1,3
OECD	-1,9	-1,9	-1,3	-0,8	42,7	40,5	40,5	40,5	0,6	0,7	0,2	-0,2
IWF	-1,9	-0,4	-0,6	-0,6	42,2	40,3	39,8	38,8	0,2	0,9	1,5	1,1
<b>Ungarn</b>												
EU-KOM	-2,3	-2,0	-2,0	-2,0	76,2	75,3	74,3	73,0	1,1	5,1	4,4	4,0
OECD	-2,5	-2,3	-1,9	-1,5	76,2	76,3	74,6	72,0	2,3	4,3	5,5	6,4
IWF	-2,3	-2,0	-2,0	-2,7	76,2	75,3	75,3	75,1	2,0	4,4	4,9	4,6

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2016, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2016.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2016.

Stand: Oktober 2016.

# Impressum

**Herausgeber**

Bundesministerium der Finanzen  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin

**Redaktion**

Bundesministerium der Finanzen  
Arbeitsgruppe Monatsbericht  
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

**Stand**

Oktober 2016

**Lektorat, Satz und Gestaltung**

heimbüchel pr  
kommunikation und publizistik GmbH,  
Köln

**Bildnachweis**

BMF/ Jörg Rüger

**Publikationsbestellung**

Tel: 03018 272 2721  
Fax: 03018 10 272 2721

ISSN 1618-291X

**Weitere Informationen im Internet unter:**

[www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de)  
[www.ministere-federal-des-finances.de](http://www.ministere-federal-des-finances.de)  
[www.federal-ministry-of-finance.de](http://www.federal-ministry-of-finance.de)  
[www.stabiler-euro.de](http://www.stabiler-euro.de)  
[www.bundesaushalt-info.de](http://www.bundesaushalt-info.de)  
[www.bundesfinanzministerium.de/APP](http://www.bundesfinanzministerium.de/APP)  
[www.youtube.com/finanzministeriumtv](http://www.youtube.com/finanzministeriumtv)  
[www.twitter.com/bmf\\_bund](http://www.twitter.com/bmf_bund)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Nicht zulässig ist die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.

